D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 107
Februar '79 DM 2,–
11. Jahrgang

Revolution in Iran

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

Liebe "links"-Leserinnen, Liebe "links"-Leser!

Der Schah hat seinen Urlaub antreten, Ajatolaah Khomeini kehrt nach über 14jähriger Zwangsemigration in sein Heimatland zurück. Umkehrung der Herrschaftsverhältnisse. – Auch ein Schritt der Selbstverwirklichung, der Befreiung des Volkes, das den Wechsel erzwang oder nur Wechsel von Herrschaft, Machtkampf um die Fortsetzung des Staates? Die Ereignisse in Iran drängen dazu, die Situation, die Bedingungskonstellation der weiteren Entwicklung näher zu betrachten (Siehe dazu den Artikel von Dany Diner auf den Seiten 5 und 6 dieser Ausgabe), aber auch über unser Verhältnis zu internationalen Problemen im allgemeinen ein wenig nachzudenken. Waren es doch die sogenannten Prügelperser des Schahs, die der studentischen Opposition 1967 erstmals zu einer breiteren, wenn auch höchst negativen Öffentlichkeitswirkung durch ihre blinden Angriffe gegen Anti-Schah-Demonstrationen verhalfen. Benno Ohnesorg starb, weil er sich angesichts des Schah-Besuchs in Welt-Berlin an einem Protestzug gegen das Schah-Regime beteiligte, erstes symbolhaftes Opfer des Widerstands der westdeutschen Studenten gegen den Adenauer-Erhard-Kiesinger-Staat in seiner dubiosen Verflechtung mit Unterdrükker-Regimen wie dem des Schahs und nicht zuletzt dem US-amerikanischen Imperialismus.

Vietnam und Persien – der Kampf gegen den US-Imperialismus war von Anfang an zentrales Moment der Außerparlamentarischen Opposition. Innere und äußere Krise der Herrschaftszentren verstärkten sich, der unüberwindbare militärische und moralische Widerstand eines kleinen Volkes und der Protest gegen den Vietnam-Krieg, gegen Ordinarien-Universität, Involution der Demokratie. Ein Zusammenhang, der sich im Zeichen des folgenden innergesellschaftlichen Roll-backs und des Sieges einiger Volksbewegungen in der Dritten Welt oft zu einer verengten antiimperialistischen Fixierung verkürzte: Antiimperialistisches Engagement trat vielfach an die Stelle politischen Engagements im unmittelbaren Lebens- bzw. Gesellschafts-Zusammenhang; immer neue Solidaritätskampagnen als Mittel der Verklärung des düsterer werdenden politischen Alltags, damit zusammenhängend um sich greifende generalisierende Übernahme eines leninistischen Unterentwicklungs-Modells von Sozialismus, das mit der Zeit jeden weiterführenden Ansatz gesellschaftlicher Opposition in den Zentren des hochentwickelten Kapitalismus zu ersticken drohte.

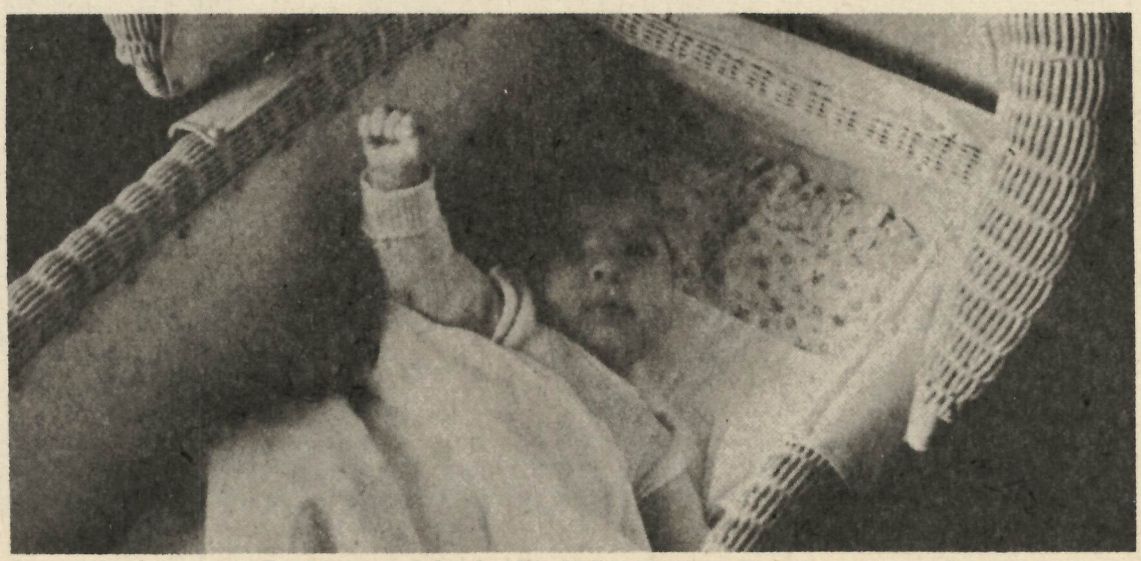
Das Scheitern bzw. die Zerschlagung gesellschaftlicher Modelle, an die die Linke teilweise hochfliegende Erwartungen geknüpft hatte, so unter anderem in Chile und Portugal, nicht zuletzt die nicht mehr übersehbare Reintegration der chinesischen Gesellschaft in den Rahmen kapitalistischer Ökonomie und Wertmuster haben demgegenüber ernüchtert, zeitigen eine tendenzielle Wendung nach innen (bis hin zur "neuen Innerlichkeit" Carlo Spontis). Waren es in den vergangenen Jahren noch die Länder im südlichen und westlichen Europa, Portugal, Italien, Frankreich und Spanien, die politische Perspektiven zu eröffnen schienen – Stichwort "Euro-Kommunismus" –, so verringert sich, insbesondere seit der Wahlniederlage der Links-Union in Frankreich, die politische Ausstrahlung auch dieser Gesellschaften. Internationale Bezüge, internationale Solidarität hat dementsprechend heute bei weitem nicht mehr den politischen Stellenwert wie in früheren Jahren.

Trotz und vielleicht auch gerade angesichts dieser Situation halten wir es für wichtig, den Blick für internationale Zusammenhänge politischer Arbeit nicht zu verlieren. Dies nicht im Sinne politischer Länderstudien, anhand deren unter Umständen die Tristheit unserer hiesigen Wirklichkeit zu überdecken wäre, sondern im Bewußtsein für die Wichtigkeit des Zusammenhangs ungleichzeitiger bzw. verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungen, nicht zuletzt auch im Bewußtsein dafür, daß der hohe Grad realer Vergesellschaftung im entwickelten Kapitalismus, z.B. hinsichtlich der ausgefächert gesamtgesellschaftlichen Produktion, besondere Probleme und Ansatzpunkte sozialistischer Politik eröffnet, die aus internationalem Übersprung nach Lateinamerika oder dem Nahen Osten gerade nicht entwickelt werden können.

Die herrschende Presse in der Bundesrepublik versteht es sehr gut, und frühzeitig, internationale Zusammenhänge ideologisch zu drehen und zu wenden, wie z.B. anhand der Sensationsmache im Falle der vietnamesischen Flüchtlinge und dem strikten Schweigen im Falle argentinischer Flüchtlingsprobleme ersichtlich ist. Wir sollten uns demgegenüber gleichzeitig Kritikfähigkeit ohne doppelte Moral erhalten.

In dieser Nummer bringen wir neben dem Kommentar zu Iran eine Betrachtung der militärischen Auseinandersetzung zwischen Kampuchea und Vietnam, eine Analyse der Entwicklung in Namibia, dem im stillen Einvernehmen mit der UNO Wahlen nach dem Geschmack Südafrikas aufgezwungen wurden, einen Bericht über die aktuelle Entwicklung "Deutsch-Südafrikas", eine kurze Darstellung von Aktivitäten der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung Charta '77 und einen Text zur Entwicklung des Widerstands in Chile. Auch wenn's eine Menge und manchmal nicht ganz leicht zu lesen ist, hoffen wir, daß Ihr etwas davon habt!

Bis zur nächsten Nummer
Eure "links"-Redaktion



... und schöne rote Grüße zum „Jahr des Kindes"!

dpa

Iran nach dem Sturz des Schahs

Seite 5

Dany Diner untersucht die Situation nach dem Abgang Rena Pahlewis, die durch ein widersprüchliches Kräfteverhältnis zwischen revoltierenden Volksmassen, schiitischer Geistlichkeit und Militärapparat gekennzeichnet ist. Zentrale These: Eine Demokratisierung Irans ist ohne konkrete "Aneignung" und damit "Aufhebung" des verselbständigten Staatsapparats durch die vom imperialistischen Kapital zerwühlte und in Bewegung gesetzte iranische Gesellschaft nicht denkbar. Inwieweit dies möglich ist, hängt auch wesentlich von den konkreten Ausdifferenzierungsprozessen der Opposition und dem Verhalten der schiitischen Geistlichen ab.

Russell-Tribunal: Hat es sich gelohnt?

Seite 11

"Wenn wir in das Russell-Tribunal Erwartungen und Hoffnungen gesetzt und deshalb so viele auch erhebliches Engagement in dieses Unternehmen gesteckt haben, dann sollte uns doch klar gewesen sein, daß wir damit nicht alle Probleme und Schwierigkeiten bewältigen oder gar die Repression besiegen würden. Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack benennen Leistungen und Wirkungen des Tribunals, versuchen aber auch zu zeigen, wo es Unzulänglichkeiten und Fehler gegeben hat und wie es jetzt weitergehen sollte. Dazu dokumentieren wir die Schlußfolgerungen der Jury, die Ankündigung eines ständigen Internationalen Russell-Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in der BRD sowie den Vorschlag von Agnes Heller zur Einrichtung eines Russell-Tribunals über die Verletzung der Menschenrechte in Osteuropa.

Chile: Widerstand im Alltag

Seite 20

"Innerhalb des letzten Jahres hat sich in Chile sehr viel verändert. Die Menschen verlieren immer mehr die Angst." Es kommt verstärkt zu Demonstrationen und Streiks, vor allem aber entwickeln sich neue Formen des Widerstands auf Stadtteilebene: Arbeitswerkstätten, Volksküchen, Theater- und Musikgruppen, Gefangenenhilfskomitees. Die Junta reagiert darauf mit subtileren Formen des Terrors, aber: sie ist nicht mehr überall stärker, wie zu Beginn. Birgit Rothe berichtet aus Chile.

Vermarkteter Ausbruch: Nina-Hagen-Band

Seite 30

"Maske, Magierin im Umgang mit ihrem Frausein, schwankend zwischen Rockerbraut, Lesbierin und Bankmackerin. Wer ist sie: eine Persönlichkeit "vom anderen Ufer" oder eine geschickte Vermarkterin ihres Könnens?" Jutta Rücker und Michael Gotthelf gehen dem "Phänomen" Nina Hagen nach, das derzeit Säle füllt und Plattenumsätze puscht – nicht zuletzt ein Beispiel für jenen Mechanismus, mit dem "Alternatives" von den Medienkonzernen zurechtgebogen und vermarktet wird, ohne freilich deshalb bruchlos im Kommerz aufgehen zu können.

Inhaltsverzeichnis

Editorial 2

Leserbriefe 4

Dany Diner: Iran 5

Andreas Buro: Vietnam und Kampuchea 6

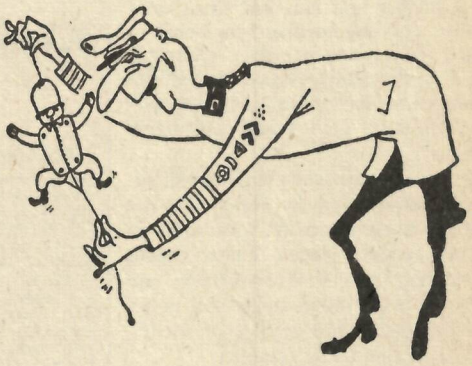
Volkhard Brandes: Zum Ausgang des Stahlstreiks 8

Helmut Ortner: Lebenslänglich 10

Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack: Nach dem Russell-Tribunal 11

Jury des Russell-Tribunals: Schlußfolgerungen 13

SZ Tübingen: Stellungnahme zum Brief von Gollwitzer/Narr 16



Hubertus Knabe: Wehrunterricht in der DDR 18

Birgit Rothe: Chile 20

Jan Koval: Drittes Jahr der Charta '77 21

Gunter Schröder: Wahlen in Namibia 22

Hans-Martin Große-Oetringhaus: Zusammenarbeit BRD – Südafrika 24

Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack: Gespräch mit Helmut Gollwitzer (Teil 2) 25

Michael Kötz: Zwischen zwei Kinos 29

Jutta Rücker/Michael Gotthelf: Nina-Hagen-Band 30

H.E. Brand: Schnee"katastrophe" 32

Leserbriefe

Pfeffer und Salz

Endlich habt Ihr mit der Januar-Ausgabe von "links" einen schon lange überfälligen Schritt getan. Die neue Konzeption von "links" sagt mir jetzt viel eher zu und hält mich auch nicht mehr so schnell vom Lesen ab. Was noch fehlt, sind mehr Bilder und/oder Karikaturen. Nun hoffe ich, daß die Artikel einfacher, sprich verständlicher geschrieben werden.

HUBERT GHELEN

Ich möchte Euch zu dem Versuch, der "links" ein neues Erscheinungsbild zu geben, gratulieren. Die lesbare Schrift, das ansprechend aufgemachte Inhaltsverzeichnis und die nicht mehr wie Prisen Pfeffer und Salz auf einen wohl sonst als ungenießbar angesehenen Text gestreuten, sondern großzügig und großformatig eingesetzten Bilder machen aus der bisher hermetisch wirkenden eine zum Lesen einladende "links".

Mit der anschaulichen und beispielhaften Aufarbeitung der Geschichte der Neuen Linken liegt ihr, was das SB in seiner gegenwärtigen Phase angeht (Problem der Verkehrsformen und dessen, was traditionelles und neues Politikverständnis ist), genau richtig (Artikel zum Club Voltaire).

HEINER STUDT

K-Gruppen verkocht

Der Artikel von Volkhard Brandes, "Erlösungsmythen und Selbstbefreiung" (Massenselbstmord in Guyana) in der "links" Nr. 106 verfällt leider im Lauf seiner Erklärung zusehends in den Stil eines allgemeinen überhistorischen Traktats über das Ich und Wir in der sozialistischen Bewegung. Die historische Wahrheit des Massenselbstmordes von Guyana liegt nicht einfach in der eh schon gegebenen selbstzerstörerischen Tendenz des bürgerlichen Ichs. Sie bezieht sich auf präzise Umstände: eine unter der Decke alltäglicher Freundlichkeit wölfische Konkurrenzgesellschaft in den USA (von Staatseingriffen kaum getrübt) mit ihrem hohen Alltagspegel an Gewalt, das sich in der nämlichen Gesellschaft seit Jahrhunderten umtreibende utopische Freiheitsversprechen, das keine kollektive politische Form gefunden hat und schließlich die Geschichte der Schwarzen, die Sehnsucht, Ohnmacht, Gewaltausbrüche und Gestaltlosigkeit hinterlassen hat.

Das ist alles schlimm genug, und dabei nebenher noch Faschismus, Stalinismus, K-Gruppen usw. mit zu verkochen, lenkt den Blick nicht nur ab, schert nicht nur alles über einen Kamm, es zieht auch gerade die falsche Konsequenz aus dem Berichteten. Die konkrete Geschichte von Jonestown zeigt nämlich nicht die Herrschaft der Organisation über die Individuen, es ist vielmehr gerade der Mangel derselben, der die blinde persönliche Autokratie erst ermöglicht! Sie eignet sich daher gewiß nicht zur Stützung von Theoremen, die ihre Quelle anderswo haben müssen.

GERHARD ARMANSKI

Natur und Gesellschaft

("links" 106/"Linke Geisterfahrer")

Mit Empörung habe ich gerade den Abschnitt gelesen: "Das gerade in den hochindustrialisierten Staaten immer problematischer werdende Verhältnis von Natur und Gesellschaft, mit den sich daran herauskristallisierenden Problemzonen Ökologie, Feminismus etc. wird von Bahro zwar mitreflektiert ..." Feminismus als Problemzone des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft? Das hätte ich doch gerne etwas genauer gehabt! Irgendwohin muß man den Feminismus ja packen, sonst fehlt was ...

Übrigens: "Redupers" ist von Heike Sanders, nicht von Helena Sanders, das ist ein Unterschied.

HILDEGARD HESSELMANN

Subversive Realitäten

Ob Genosse Kraushaar ("links" Nr. 106, "Linke Geisterfahrer") lebensgeschichtliche Erfahrungen mit der DDR oder Osteuropa etc. hat, weiß ich nicht. Sein abwesendes Interesse, jene Produktions- und Lebensverhältnisse zu durchschauen, in welchen alles real ist, bloß nicht der Sozialismus, offenbart sich in seiner Denunziation und nicht kritisch-solidarischen Analyse der sozialistischen Strömungen des Kongresses. Gehören nicht die meisten Mitglieder jener Richtungen zu den Wenigen, die in den letzten Jahren nicht mehr bereit waren, mit ihrer Kritik der herrschenden Verhältnisse an der Elbe aufzuhören? Sind es nicht die, die seit einigen Jahren ihre Solidarität mit Unterdrückten und Beleidigten in Osteuropa erweitern, mit Zeitungen und Gruppen der Opposition dieser Länder zusammenarbeiten?

W.K. schwafelt von den zukünftigen "neuen subversiven Realitäten aus Prag, Warschau, Budapest, Ostberlin, Moskau und anderswo ...," weiß aber offensichtlich kaum etwas vom gegenwärtigen Widerstand dort. Hinter seiner absolut berechtigten, aber durch nichts (!) begriffenen Abwehr gegen die allgemeine Staatssklaverei verbirgt sich die Hinnahme der kapitalistischen Lohnsklaverei und Ablehnung der Epochenaufgabe des Sozialismus. Die Gebundenheit der beiden dominierenden Produktionsweisen der Gegenwart aneinander, um die klassensoziale und individuelle Emanzipation des Menschen zu verhindern, ist für K. kein Problem.

Die "Linken" verschiedenster Richtung mögen einen Satz von dem libertären Rudolph Rocker niemals vergessen: "Es ist überhaupt ein Unding, von einem freiheitlichen und einem autoritären Sozialismus zu sprechen: der Sozialismus wird frei sein, oder er wird nicht sein". Solch ein Denken ist dem Genossen Kraushaar fremd, darain muß ihm Maschke von der FAZ so nahe sein. Neben all den Verkürzungen, Vernebelungen, Weglassungen usw. kennt der FAZ-Artikel von Maschke noch die Überschrift: "Die Linke entdeckt die Meinungsfreiheit". W. Kraushaar dagegen 'entdeckt', seinen FAZ-'Lehrer' überschreitend, in dem Bahro-Kongreß einen kleinen "Vorgriff auf den realen Sozialismus". Welche "Bahn der Geschichte" er einnimmt, ist nun schwerlich zu übersehen, es ist die Bahn der Geschichtslosigkeit. Wo die gesellschaftlichen und historischen "Minen" sind in Berlin, mußte ihm entgehen.

RUDI DUTSCHKE

Kleinanzeigen

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(2/17) Suchen dringend **Ferienhelfer** für Reisen mit behinderten und nichtbehinderten Teilnehmern. Wer macht micht? (Mind. Alter 18 J); BAG "Hilfe für Behinderte", Kirchfeldstr. 149, 4 Düsseldorf, Tel. 0211/340085

(2/18) Wir suchen **Sozialarbeiter(in)** für fachübergreifende Gemeinschaftspraxis mit psychosozialem Bereich (Neurologe/Psychiater, 2 Psychologen, Beschäftigungstherapeutin). Kontakt über Arbeitsfeld Gesundheitswesen, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart

(2/19) Team eines Wohnheims für Behinderte sucht zum 1.3.79 einen anerkannten **Zivildienstleistenden**, Tel. 0611/504889

(2/20) Selbstverwalteter Zimmereibetrieb in Arnsburg (Sauerland) sucht eine(n) **Zimmerfrau/mann**, die/der bereit ist, in unserer Gruppe (eine Frau, zwei Manner) alternative Arbeitsformen langfristig mitzutragen und auszubauen (ev.päd.Projekt). Kontakt: Tel. 02935/743 ab 18.00 Uhr

(2/21) Ich suche nach meinem Studienabschluß (Architektur und Städtebau) im Sommer 1979 eine **Zivildienststelle** im Bereich stadtteilbezogener Sozialarbeit im Rhein-Main-Gebiet. H. Wionski, Admiral-Scheer-Str. 10, 6503 Mainz-Kastel, Tel. 06143/3810

ARBEITS-/WOHN-/ FREIZEITKONTAKTE

(2/22) **Wohngemeinschaft in Bonn** (Berufstätige und Studenten; 2 Frauen, 2 Männer, Kind in spe) sucht Mann oder Frau oder beides (möglichst berufstätig) mit Kind, Tel. 02221/234874

(2/23) SB-Genosse, 32, Lehrer, sucht in **Hameln** Arbeits- und Freizeitkontakt, evtl. WG, Tel. 05151/27079

(2/24) Referendar an einer Berufsschule plant eine **Unterrichtseinheit über Faschismus/Neofaschismus**, wer kann mit Materialien, Konzepten und Hinweisen weiterhelfen. Kosten werden erstattet. N. Degenhardt, Appelsgasse 16, 6000 Frankfurt 90

(2/25) **Achtung Fotofreunde** – fertige von Euren SW-Negativen prof. Handvergrößerungen z.B. 13 x 18 (DM 1,65) 18 x 24 (DM 2,65), Ausschnitte kostenlos, Negativentwicklung z.B. HP 5 bis 33 DIN ohne Aufpreis. Verkaufe Miranda Spiegelreflex-Kamera (1 1/2 Jahre alt) mit Objektiv 2,8/50 und Belichtungsmesser. R. Mezek, Castroper Hellweg 318, 463 Bochum 4

(2/26) **Raum Bochum/Essen/Dortmund**, ich (Soziologe) suche zum April 79 ein Zimmer in einer WG. Thomas Friess, Eggebergerstr. 17, 4802 Halle/Westf., Tel. 05201/2748

(2/27) Wer möchte im Raum Koblenz/Neuwied in einer **Arbeitslosenselbsthilfe** mitarbeiten? L. Grundhöffer, Isenburgstr. 15, 54 Koblenz 1, Tel. 0261/22186

(2/28) **Mitspielaktionen, Workshops, Aktiv-Kultur, Seminare, Feste** mit "Spielwerk" Verein zur Förderung von Spielpädagogik und alternativer Kulturarbeit, Kleinsorheim Nr. 67, 8861 Möttingen, Tel. 09083/585. Wir bieten ab Frühjahr Programme im eigenen Haus an, kommen aber auch zu Euch.

MATERIALIEN, PAPERS ...

(2/1) Die Sozialistische Arbeitsgruppe Hamburg hat den 2. Teil ihrer Atomkraftbroschüre **"Ökologische Probleme"** herausgegeben. Gegen Voreinsendung von DM 2,-- über Florian Piel, Trenknerweg 41, 2 Hamburg 52 zu beziehen

(2/2) **Radioaktive Fässer im Salzsee?** – Informationsbroschüre der Braunschweiger Asse-Gruppe zur Atommüllagerung in der Asse. Gegen DM 1,50 (Briefmarken) zu erhalten von: Matthias Grüneberg, Ekbertstr. 16, 33 Braunschweig

(2/3) **Thema: Kurdistan** – Berichte und Analysen. Gegen Voreinsendung von DM 2,-- zu beziehen bei: Deutsch-Kurdische Gesellschaft, Postfach 1428, 5308 Rheinbach

(2/4) **Thema: Nicaragua** – Broschüren, Poster, Flugblätter, Aufkleber, Nachrichtendienst sind über das Informationsbüro "Nicaragua" c/o Angelika Pappe, Ravensbergerstr. 149, 56 Wuppertal 1 zu beziehen. Materialliste anfordern

(2/5) **Plakette "Gesinnungsüberprüft"**, herausgegeben von dem Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte Berlin. Bezug: Gegen Voreinsendung von DM ,-50 plus Porto, Gruppen erhalten bei Abnahme größerer Megen Rabatt, bei: Jürgen Schmitz, Putlitzstr. 17, 1 Berlin 21

(2/6) **Grundrecht nach Bedarf** – Zur Situation der Kriegsdienstverweigerer in der BRD, herausgegeben von M. Gillig und H.J. Schultz, 286 S./17,-- DM. Bezug: Dreisam-Verlag, Schwaighofstr. 6, 78 Freiburg

(2/7) **OASE**-Zeitung für Koblenz und Umgebung enthält u.a. Beiträge zur Situation im Koblenzer Gefängnis, über die Lage von Kindern und zur Wohnsituation, sowie Hinweise, Tips. Zu beziehen gegen DM 1,40 bei: OASE c/o M. Grundhöffer, Isenburgstr. 15, 54 Koblenz

(2/8) **Columbus** – Quartalszeitschrift in einfacher Sprache für behinderte und nichtbehinderte Kinder vom 5.-9. Lebensjahr, hergestellt von den Ostfriesischen beschützenden Werkstätten, 297 Emden, Format DIN A 4 – 32 Seiten, 4 Ausgaben pro Jahr/DM 10,--. Bezug: Reha-Verlag, Postfach 200561, 53 Bonn 2

(2/9) **Alternativen:** theoretische Modelle und praktische Projekte: Vollständige Liste! Broschüren, Bücher, Nachschlagwerke, Platten und Plakate. Kostenlos anfordern, Rückporto beilegen: "Zündhölzchen"-Buchversand, Postfach, 49 Herford 1

MATERIALIEN GESUCHT

- Kritisches Jahrbuch 1972/1973/1975 (Fischer-TB), Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors v. Altvater/Huisken, Politische Ökonomie der Ausbildung v. M. Masuch. Harald Meissner, Mozartstr. 3, 32 Hildesheim
- Bahr/Gronemeyer: Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit, Gronemeyer: Integration durch Partizipation?, Bahr: Politisierung des Alltags. Winfried Penk, Neckarstr. 25, 6095 Ginsheim 2
- Suche "links" Jahrgänge 1969-1973, gebunden oder einzelne Exemplare, Joachim Bruhn, Herrenstr. 34, 78 Freiburg
- Suche "express"-Jahrgänge 73/74. Uli Kahlert, Liegnitzstr. 38, 28 Bremen, Tel. 0421/611791
- Thema: Regionale Presseagenturen in der BRD, Wer kennt einen haupt- oder nebenberuflich betriebenen Pressedienst, der sich hauptsächlich mit der Verbreitung von Nachrichten und Hintergrundberichten aus einer bestimmten Region an regionale oder überregionale Presseorgane und Rundfunkanstalten befaßt, wende sich an Eckhard Stengel, R.Koch-Str. 38, 34 Göttingen
- Thema: Neofaschismus und Schule, suche dringend Material aus dem gesamten Bundesgebiet (insbes. Berichte aus Regionalzeitungen, Schülerzeitungen, Gewerkschaftspresse, Flügblätter etc.). Kosten werden erstattet. Dierk Joachim, Bernadottestr. 40, 2 Hamburg 50

FILM/THEATER/KULTUR

(2/11) **"Eingreifendes Fotografieren"** – Geschichte, Theorie, Projekte – vorgestellt wird ein Ansatz, den Fotogebrauch als veränderlich zu begreifen mit dem Ziel, in der Wirklichkeit etwas zu verändern; 240 S./DM 19,80, erschienen im Verlag Ästhetik und Kommunikation, Fuggerstr. 19, 1 Berlin 30

(2/12) **"Kabarett Kalte Schnauze"** – eine Amateurgruppe aus Dortmund spielt das Politmärchen "Ist der Rechtsstaat noch zu retten?" (Musik, Gesang, Pantomime, Sketche etc.), Gesamtdauer des Stückes 1 3/4 Stunden – auch Kurzauftritte möglich. Nähere Einzelheiten über Dieter Müller, Söldersee Kirchweg 64, 46 Dortmund 41, Tel. 0231/453490

(2/13) Der **Marburger Kulturladen** sucht Kontakt zu Ausstellern und "Künstlern" (Foto, Grafik, Malerei) zwecks Aufbau eines Kommunikationszusammenhanges von Kulturgruppen. Sie möchten eine Kartei von Ausstellern und Ausstellungen zusammenstellen. Kulturladen KFZ, Schulstr. 6, 355 Marburg, Tel. 06421/29898

(2/14) **Filmwerkschau** – Zeitung von und für engagierte Filmgruppen und Einzelfilmer, die vorrangig mit dem 8 mm-Format (Super 8) arbeiten. Kostenloses Probeexemplar über FWS-Redaktion, R. Lutter, Yorckstr. 71, 1 Berlin 61

(2/15) **"Die unheimliche Ehe" – Chemie und Landwirtschaft**, ein Film von A. Joschko und B. Kliebhan beschreibt und analysiert die Entwicklung der Landwirtschaft und ihrer steigenden Abhängigkeit von Produkten der chemischen Industrie Bezug: Hess. Rundfunk, Abtl. FS-Dokumentationen, Bertramstr. 8, 6 Frankfurt

(2/16) **"Reise ins Schlaraffenland"** – Balladen, Lieder von Geisshaim (u.a. Reise ins Schlaraffenland, Supermannballade, Nuklearmottensong, Irrfahrten des Guggemos). Bezug gegen Voreinsendung von DM 18,-- plus Porto bei: Geisshaim Selbstverlag, Klotzer 18, 8372 Zwiesel

Der Schah ist abgehaun
Jubel in Teheran

Das Erbe der Despotie

Iran: Volksbewegung, "Islamische Republik" oder Armee-Putsch?

Von Dany Diner

Die Volksbewegung hat den Schah außer Landes geschwemmt. Es spricht wenig dafür, daß sein Auslandsaufenthalt jemals ein Ende finden wird. Damit ist aber in Iran ein Ende der Kämpfe nicht eingetreten. Vielmehr steht ein Differenzierungsprozeß innerhalb der Opposition an. Die "Islamische Republik" Khomeinis einerseits sowie die Armee und der orientalische Staatsapparat andererseits als strukturelles Erbe der Despotie sind nunmehr die entscheidenden Faktoren.

Das Symbol und der Stadthalter, Vertreter des monopolistischen internationalen Kapitals, Schah Mohammend Reza Pahlevi, hat Iran verlassen müssen. Es waren die unbewaffneten, aber militanten Massenkämpfe, die sich in Demonstrationen und Streiks unter Inkaufnahme großer Opfer und Entbehrungen niederschlugen und somit Legitimationsbasis der despotisch-terroristischen Schahdiktatur als Erfüllungsagentur des imperialistisch organisierten Weltmarktes zersetzen ließen. Je mehr Waffengewalt gegen das demonstrierende Volk eingesetzt wurde, desto schneller schwand die Herrschaftslegitimation. Ein weiterer Einsatz der bewaffneten Macht hätte sich am Zweck ihrer Funktion gestoßen: Entweder die Niedermachung des Volkes oder der Zusammenbruch der Armee.

Jetzt, wenige Tage nach der grotesken "Abreise" des Schahs nebst Anhang, steht die revolutionäre Volksbewegung noch vor entscheidenden Schwierigkeiten ihrer Perspektiven. Zwar hat, hervorgebracht durch den besonderen Charakter des orientalischen Staates, die persönliche Legitimation des Herrschers hervorragende Bedeutung; Loyalitäten werden direkt über ihn vermittelt. Aber die Herrschaft bedarf auch der materiellen Gewalt, wie sie sich dort wesentlich im von der Gesellschaft unabhängig organisierten Staatsapparat niederschlägt. Diese weitgehende Autonomie des Staates ist eine Besonderheit traditioneller orientalischer Herrschaft.

Ihre Abgelöstheit von der Gesellschaft nährt ihren zur Despotie neigenden Charakter, handele es sich hierbei um eine "gute" oder "schlechte" Despotie. Ihre wesentlichsten Stützen sind das Militär und der bürokratisch verfestigte Staatsapparat, die sich vom Zentrum der Macht herleiten, nicht aber von einer demokratisch verfaßten Volkssouveränität. Darüber hinaus sind sie nicht unmittelbar auf soziale Klassen innerhalb der Gesellschaft rückführbar, sondern schweben gleichsam über ihnen. Dies wäre auch die Erklärung für die Zähigkeit, mit der der Staatsapparat und das Militär in Iran sich bisher zu erhalten vermochten.

Tatsächliche Demokratisierung?

Aber eine auf tatsächliche Demokratisierung der vom Imperialismus zerfressenen und zerfaserten iranischen Gesellschaft müßte sich des Staatsapparates entledigen; die Gesellschaft hätte sich dieses Staates im Sinne seiner Auflösung zu bemächtigen. Die iranische Opposition, wie sie aus dem Kampf gegen das Schah-Regime hervorgegangen ist, hat sich unter dem Banner des Islam gegen das despotische Regime vereint. Die islamischen Formen des Widerstandes vermochten die Opposition als Ganzes zu schützen.

Gleichzeitig förderte der Despotismus des Schahs, dessen Person den orientalischen Staat symbolisierte, die Herausbildung einer Gestalt, in der sich der Volkswiderstand personifizierte: Ayatolla Khomeini. Der Schah und Chomeini wurden zu ideologischen Gegenfiguren, zwischen denen sich die Auseinandersetzung abzuspielen schien; für die Herausbildung von neuen Loyalitäten bzw. dem Niedergang der alten ein wichtiges Ritual.

Die Dauer und Kontinuität des Volkswiderstandes in Iran begann an der bedeutendsten Grundlage des despotischen Staatsapparates zu nagen: der Armee. Bevor sich ein solcher Auflösungsprozeß nach außen hin zu realisieren begann und damit die Grundfeste des despotischen Staatsapparates ins Wanken bringen konnte, galt es seitens der Herrschenden scheinbar Veränderungen im Sinne der Volksopposition vorzunehmen, um den gänzlichen Zusammenbruch zu vermeiden; bzw. in der Codesprache der Herrschenden "die Einheit und Integrität Irans zu wahren". Hierfür mußte zwar die Personifizierung der Despotie – der Schah – weichen, damit an seine Stelle eine abstrakte Institution, ein sogenannter "Thronrat" treten sollte. Für den Übergang zur behaupteten "Demokratie" sollte der vom Schah ernannte Ministerpräsident Bachtiar herhalten; tatsächlich galt seine Ernennung der Erhaltung und Wahrung des Staatsapparates – von Schahs Gnaden. Die Legitimation der Herrschaft sollte sich nicht über die Volksouveränität, der sogenannten "Straße" vollziehen.

In revolutionären Situationen ist Legitimität materielle Gewalt. Im revolutionären Moment wird die Struktur der nachrevolutionären Gesellschaft als Idee geboren. Deshalb wird der Kampf um Legitimität bzw. Illegitimität von Herrschaft in Iran mit solch einer Unerbittlichkeit geführt und nimmt zum Teil groteske Züge an. So wird Schah Reza Ohneland im ägyptischen Assuan als Staatsoberhaupt gehandelt, um telekommunikativ die Fiktion eines "Urlaubs" und damit auch die Legitimität seines Appendix' Bachtiar aufrechtzuerhalten. Der damit verbundene Schaden für Bachtiar wird in Kauf genommen; die Legitimation soll nicht revolutionär der "Straße" überant-

wortet werden. All diese Spielereien gelten der Wahrung der "Integrität" bzw. des Staatsapparates bzw. der Armee. Bachtiar will jenen erhalten und gleichzeitig "demokratisieren", was ein Widerspruch in sich ist. So gelten seine Bemühungen zur Rettung des Staates im propagandistisch angesagten Kampf gegen die "Auswüchse" der Korruption, einer Korruption, die zum Wesensgehalt und zur Funktionsweise des orientalischen Staates ebenso gehört wie der Deckel zum Topf. Und die islamische Opposition? Will sie die Abschaffung des übermächtigen Staatsapparates oder geht es ihr nur um seine Übernahme und Instrumentalisierung gegen die gröbste imperialistische Ausplünderung des Landes und seiner Reichtümer?

Islam: Religion und Staat

Khomeini hat bisher keine klare Bestimmung der politischen Inhalte dessen gegeben, was sich hinter der Parole von der "Islamischen Republik Iran" verbirgt. Die Forderung nach einer "Islamischen Republik" sollte wenige Tage nach der Vertreibung des Schahs durch die Volksmassen alle anderen Parolen, wie solche der Nationalen Front und der Linken, dominieren. Die Vagheit, die sich mit der Forderung nach einer "Islamischen Republik" verbindet, ist gewollt. Entscheidend für den Fortgang bzw. das Abblocken des revolutionären Prozesses ist demnach die Frage nach der alles entscheidenden Beziehung zwischen der "Islamischen Republik" und dem Staatsapparat nebst Militär.
Die Eigendefinition des Islam ist "din wadaula" – Religion (Gesetz) und Staat. Der Islam ist seiner Entstehung wie auch seiner Geltung nach eine staatsschöpfende Religion. Sicher: die persische Ausrichtung des Islam, die Schia, war ihrer Tradition wie auch ihrer gegenwärtigen Wirkung nach antistaatlich, antihierarchisch orientiert. Sie vertrat das Volk zwar gegen den despotischen Machtmißbrauch, bedurfte aber des eigenen Selbstverständnis wegen der Staatsmacht als Gegenpol, stellte sie demnach nicht in Frage. Im Gegenteil: Die Staatsmacht ist im Islam göttlich gerechtfertigt und bedarf zu ihrer Ausübung eines irdischen "Stellvertreters", des Islams (in den letzten Meldungen wird Khomeini als Imam bezeichnet), der die von Gott gegebenen Gesetze umsetzt. Um die Jahrhundertwende hat sich die Schia gegen den despotischen Staat hinsichtlich der Gesetzgebung ein Auslegungsmonopol erkämpft: die Verfassung von 1906 garantierte der Geistlichkeit bzw. den Schriftgelehrten eine letztentscheidende Verfügung hinsichtlich der in Gesetzesform gegossenen gesellschaftlichen Innovationen. Sie kam bekanntlich nicht zur Durchführung. Heute richtet sich die vorläufige Forderung Khomeinis nach einer "Islamischen Republik" im Grunde auf ein Interpretationsmonopol der Geistlichkeit hinsichtlich der Gesetzgebung und damit der Politik überhaupt, was sich aber an der revolutionär errungenen Volkssouveränität reiben dürfte. Ebenso dürfte ein islamisches Selbstverständnis nicht an der Staatsstruktur rütteln. Die angekündigten Verhandlungen Khomeinis mit Vertretern der Streitkräfte, weisen auf eine solche Entwicklung hin, wobei sich jedoch gleichzeitig die Frage nach der Möglichkeit eines anderen Übergangs stellt, zumal die Streitkräfte und demnach der orientalische Staatsapparat intakt geblieben sind. Ein Zusammengehen von schiitischer Geistlichkeit mit dem vorgefundenen Staats- und Militärapparat wäre freilich ein Novum, zumal das schiitische Selbstverständnis auf eine würdige Tradition oppositioneller Haltung zum orientalisch-despotischen Staat verweist.
Eine solche Entwicklung würde die durch die Kämpfe des letzten Jahres radikalisierten Massen auch von der "Islamischen Republik" Khomeinis entfremden, von den Arbeitern, insbesondere den Ölarbeitern, die entscheidend zur Lahmlegung des gesellschaftlichen Lebens und zum Abgang des Schahs beigetragen haben, nicht zu sprechen. Es kündigt sich also bereits jetzt ein Differenzierungsprozeß der Opposition an, ein Umstand der ein Stehenbleiben auf der Stufe einer islamischen Republik wenig wahrscheinlich machen dürfte. Die Kämpfe werden ihre Fortsetzung finden, auch wenn die Etappe einer einheitlichen Frontalopposition gegen das Schah-Regime beendet zu sein scheint.
Die weitere Entwicklung hängt vorläufig noch vom Verhalten des Militärapparates zur im Werden begriffenen "Islamischen Republik" Khomeinis ab. Ein Zusammengehen von schiitischer Geistlichkeit und Armee würde aber voraussichtlich das Ende der Volksbewegung signalisieren. Ein schnelles Ausdifferenzieren der Opposition dürfte jedoch einen solchen möglichen Kompromiß erschweren.
Wie auch immer: Eine Demokratisierung Irans ist ohne eine Aneignung und Aufhebung des orientalischen Staates durch die vom imperialistischen Kapitalismus zerwühlte und in Bewegung gesetzte iranische Gesellschaft nicht denkbar. Eine solche Aneignung des Staates wäre gleichbedeutend mit seiner Auflösung und Umstrukturierung auf Grundlage einer echten Volkssouveränität. Nach außen, d.h. regional und international, sind die Folgen der Veränderung in Iran – auch auf Basis einer "Islamischen Republik" mit eingebauten sozialen Bremsklötzen – in ihrem Ausmaß auf die Region des Vorderen Orients noch nicht absehbar. Sie beziehen sich insbesondere auf den Golf und Saudi-Arabien, und nicht zuletzt können sie Bewegung in den asiatischen Sowjetrepubliken auslösen. Die Türkei wird jetzt imperialistisch in verstärktem Maße als westliche Bastion ausgebaut werden. Durch Iran ist die historische "orientalische Frage" in zunehmendem Maße auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Gefahren für Indochina

Andreas Buro zum militärischen Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem inzwischen gestürzten Pol-Pot-Regime in Kampuchea und den vietnamesischen Streitkräften gefährden den nachkapitalistischen Aufbau in Indochina. Vietnam scheint sich in einen neuen Krieg zu verstricken, dessen Folgen für die Völker Südostasiens und das vietnamesische Volk nicht absehbar sind. Die Entscheidung der vietnamesischen Führung, den Grenzkrieg durch eine militärische Intervention beenden zu wollen, ist durch innere und äußere Faktoren begründet.

Die Blitzoffensive in Kampuchea, deren Träger nach Meldungen aus Hanoi die erst im Dezember 1978 gegründete 'Nationale Einheitsfront Kampucheas zur Nationalen Rettung' ist, verdankt ihre bisherigen militärischen Erfolge zweifellos der massiven Unterstützung Vietnams und sowjetischer Rückendeckung. Alle gegenteiligen Beteuerungen erscheinen wenig glaubwürdig. Das militärische Vorgehen hat anscheinend überwiegend konventionellen Charakter und nicht den eines von den Massen getragenen Prozesses der Selbstbefreiung.

Offizielles vietnamesisches Foto: "Zivilisten

Da der von der Pol Pot-Regierung angekündigte Widerstand die Form des Guerilla-Krieges haben soll und verläßliche Informationen über das Verhalten der Massen der Kampucheaner, also vor allem der auf dem Lande Lebenden, nicht vorliegen, kann gegenwärtig der Stand der Kräfte und der Auseinandersetzung nicht sicher beurteilt und eine Prognose über den Ausgang nicht gegeben werden.

Anforderungen der Kriegsführung

Die Gefahren, die dieser neue Krieg für Indochina birgt, können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Entwickelt er sich zu einem lang anhaltenden Guerilla-Krieg, so werden beide Seiten in zunehmendem Maße auf die Unterstützung der Sowjetunion bzw. Chinas angewiesen sein, die damit den Konflikt für sich instrumentalisieren können. Die Abhängigkeit der Staaten Indochinas von Großmachtinteressen, die nicht mit den ihrigen identisch sind, würde also wachsen. Das ökonomische Entwicklungspotential dieser Länder würde zwangsweise den Anforderungen

der Kriegsführung untergeordnet und das so dringend benötigte Wirtschaftswachstum zur Sicherung elementarster Bedürfnisse und zur Schaffung der Voraussetzung für Industrialisierung nicht zum Nutzen der Masse der Bevölkerung eingesetzt werden.
Aber auch Ansätze zu sozialistischer Demokratie, zu Selbstverwaltung und persönlicher Emanzipation im kollektiven Lernprozeß bei der Gestaltung der Produktionsverhältnisse müßten der Rationalität 'effektiver' Kriegsführung zum Opfer fallen. Autoritäre Durchsetzung von Disziplin und zentralistische Hierarchisierung der Befehlsstruktur könnten zu prägenden Tendenzen werden. Hoffnungen, aus nationalem und sozialem Befreiungskampf in Vietnam würde sich eine emanzipative sozialistische und nicht eine autoritär-bürokratische Gesellschaft entwickeln, verlören durch die Kriegsperspektive an Berechtigung.
Auch wenn sich kein langer militärischer Kampf ergäbe, sondern Kampuchea durch

dpa

cheanische Freiheitskämpfer vor Phnom Penh"

militärische Übermacht als regionaler Satellit 'befriedet' und vietnamesischem Hegemonialstreben unterworfen würde, drohen die oben angedeuteten Gefahren. Sie können nur abgewendet werden, wenn die Bevölkerung Kampucheas ihre Interessen selbständig vertreten kann und diese in einer freiwilligen Entwicklungskooperation mit den anderen Völkern Indochinas aufgehoben findet.

Warum dennoch militärischer Weg?

Man kann davon ausgehen, daß die Führungsgruppe in Hanoi, die seit dem Befreiungskampf gegen den französischen Kolonialismus und den amerikanischen Imperialismus maßgebend ist, durchaus um diese Gefahren weiß. Warum hat sie sich gegenüber Kampuchea so entschieden?
Ausgangspunkt meines Antwortversuches ist die bereits früher vorgebrachte These (siehe "links" v. April und Aug. 1978), daß der Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam vorrangig von der Pol Pot-Regierung eskaliert worden ist, um dortige innergesellschaftliche Spannungen zu überdecken und sie über eine nationalistische Ideologie und eine offensive nationalistische Abgrenzung gegenüber Vietnam nach außen abzuleiten.
Da Vietnam historisch auf seinem Marsch nach Süden im Laufe der Jahrhunderte als Eindringling und Eroberer gegenüber den Khmern aufgetreten ist und weil auch die Franzosen Vietnamesen benutzten, um ihre Interessen in Kambodscha durchzusetzen, ließ sich das 'Feindbild Vietnam' von den jeweilig Herrschenden in Kambodscha wachhalten und für Herrschaftszwecke verwenden. Differenzen um die Grenzziehung beider Länder, die Ausnutzung der Konfrontation durch chinesische und sowjetische Großmachtpolitik, ebenso wie alte Gegensätze aus der Geschichte der kommunistischen Parteien Indochinas, sind diesem Grundproblem nachgeordnet.
Gerade weil es nicht mehr um konkrete Einzelfragen divergierenden Interesses zwischen beiden Ländern ging, konnte Hanoi nicht mehr hoffen, eine Normalisierung der Beziehungen etwa durch Verhandlungen über den Grenzverlauf zu erreichen. Vielmehr mußte es mit einer langen Konfrontation rechnen, die durch zunehmende Einbeziehung von UdSSR und China immer weniger lösbar werden müßte, solange nicht die Kluft zwischen ihnen überbrückt sein würde.

Bisherige Auswirkungen

Die katastrophalen Folgen einer lang anhaltenden und sich möglicherweise verschärfenden Konfrontation zwischen Vietnam und Kampuchea/China lassen sich leicht vorstellen, wenn man die bisherigen Auswirkungen des Konfliktes betrachten. Auf Grund der langen Grenze mit Kampuchea und China mußte Vietnam erhebliche militärische Potentiale, die sonst für den Wiederaufbau des Landes eingesetzt wurden, an den Grenzen zusammenziehen.
Statt Produktionsmitteln und Konsumgütern mußte die Herstellung von Rüstungsgütern forciert werden, wodurch die knappen Resourcen weiter geschmälert wurden. Die durch Bodenknappheit, Überschwemmungen und Dürren ohnehin labile Ernährungslage ließ sich kaum verbessern. Die mühsame Ausweitung der Landwirtschaft in den neuen Wirtschaftsgebieten im Hochland zur kampucheanischen Grenze war durch die Grenzkonflikte schwer beeinträchtigt. Der spannungsreiche Prozeß der partiellen Auflösung der aufgeblähten Ho Tschi Minh-Stadt mit ihrem geringen Beitrag zur Produktion des Landes wurde durch die so behinderten Aussiedlungsvorhaben weiter erschwert.
Es ist nur zu offensichtlich, eine lang anhaltende Verminderung des wirtschaftlichen Aufbaues und eine nachhaltige Störung der Wirtschaftspläne würde alle inneren Schwierigkeiten Vietnams vervielfachen: Schwierigkeiten, die sich etwa aus der sozialistischen Umgestaltung Süd-Vietnams, aus den vielschichtigen Problemen der ethnischen Minderheiten oder aus Umverteilungs- und Umstrukturierungsprozessen bei der Industrialisierung des Landes ergeben. Angesichts der zunehmenden militärischen Unterstützung der Pol Pot-Regierung durch China und der schnellen Modernisierung des chinesischen Rüstungspotentials mag Hanoi sich in einer Lage gesehen haben, die nur ungünstiger werden konnte und deshalb ein schnelles Durchschlagen des Gordischen Knotens mit dem Schwerte zu erheischen schien.
Andere Problemlösungen, etwa im Sinne einer grundsätzlichen Veränderung des eigenen Entwicklungsweges mit stärkerer Stützung auf die Landwirtschaft und dadurch Verringerung der Abhängigkeit von Produktionsmittellieferungen aus dem sowjetischen Bereich, was möglicherweise eine Annäherung an China gestattet hätte, sind offensichtlich verworfen worden. Ob hierfür die bereits vor der Eskalation erfolgte Festlegung auf schnelle Industrialisierung, der geringe landwirtschaftlich nutzbare Bereich Vietnams bei sehr rasch wachsender Bevölkerung oder andere Überlegungen ausschlaggebend waren, lassen die zugänglichen Informationen nicht erkennen.

Auf schmalem Grat

Ob die militärische Blitzaktion allerdings tatsächlich die im strategischen Kalkül angelegte Problemlösung und Indochina den so notwendigen Frieden bringen oder ob sie Auftakt zu einem neuen Indochinakrieg nicht-kapitalistischer Staaten untereinander sein wird, ist offen. Der wichtigste Faktor, der hierüber entscheiden dürfte, ist nicht die militärische Stärke Hanois oder der neu ausgerufenen Volksrepublik Kampuchea. Er liegt vielmehr in der Bereitschaft oder der Nichtbereitschaft der kampucheanischen Bevölkerung, und vor allem ihrer Bauern, die neue Regierung zu unterstützen und sich mit ihrer Politik zu identifizieren.
Hier aber ergibt sich ein schwerwiegender Widerspruch: Einerseits kann die Unterstützung der Bevölkerung in Kampuchea nur gewonnen werden, wenn die neuen Machthaber nicht Marionetten der Vietnamesen sind, wenn sie also Interessen der Entwicklung der Gesellschaft Kampucheas ernsthaft und weitsichtig vertreten. Auf der anderen Seite sind sie vor allem durch die massive Unterstützung Vietnams an die Macht gekommen, was Abhängigkeit zu Hanoi einschließt. Sie werden ferner, auch wenn sie das Wohlwollen der Bevölkerung gewinnen, gegen militärische Restkräfte des gestürzten Pol Pot-Regimes, die noch lange mit chinesischer Unterstützung im Lande operieren können, kämpfen müssen, wozu sie weitere vietnamesische Hilfe benötigen werden.
Selbständigkeit wird deshalb schwierig sein und der Spielraum klein. Sihanouks Betonen der nationalen Souveränität Kampucheas, ebenso wie die Beschuldigungen aus Peking zielen auf diesen Widerspruch.
Auf so schmalem Grat hat Hanoi nur eine Chance, den auch für Vietnam so dringend erforderlichen Frieden in Indochina zu erreichen, wenn es durch Wort und Tat unmißverständlich deutlich macht, daß es keine vietnamesische Vorherrschaft über Kampuchea anstrebt, und wenn es schnell alle Probleme zwischen den beiden Ländern großzügig und unter Achtung des nationalen Interesses und Bestandes Kampucheas regelt. Nur wenn die Regierungen in Phnom Penh und Hanoi glaubhaft zeigen, daß die sozialrevolutionäre Umwandlung der Gesellschaft in Vietnam nationaler Erbfeindschaft den Boden entzogen hat, kann, so scheint mir, ein neuer langer Indochinakonflikt mit verheerenden Folgen für alle dortigen Völker vermieden werden.

★

"Das ist ja wie Aschermittwoch"

Volkhard Brandes zum Stahl-Abschluß

Unauffällig ließen die Funktionäre der IG Metall, die an der letzten Verhandlungsrunde zur Beilegung des vom 28.11.1978 bis zum 11.1.1979 dauernden Streiks in der Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Osnabrück und Bremen beteiligt waren, die Plaketten von ihren Jacken verschwinden, auf denen die 35-Stunden-Woche gefordert wurde. "Das ist ja wie Aschermittwoch, wenn alle ihre Narrenorden ablegen", spotteten ihre Gegner. Und entschuldigend erklärte der Pressesprecher der IG Metall: "Wir haben sie eingesammelt, denn sie werden sicher nochmal gebraucht." Doch das wird wohl noch eine Weile dauern. Erst nach fünf Jahren Laufzeit – zum 31.12.1983 – ist der nach mehr als sechs Wochen Streik abgeschlossene Tarifvertrag kündbar. In ihm ist die 40-Stunden-Woche ausdrücklich festgeschrieben, worauf die Unternehmer immer wieder befriedigt verweisen.

Dennoch verkündet die IG Metall in den "Streik-Nachrichten" (Nr. 31): "Kampf brachte den Erfolg" und behauptete, die 40-Stunden-Woche sei "damit faktisch durchbrochen". Ausgehandelt wurden jedoch von der IG Metall die folgenden Regelungen:

- Die Löhne und Gehälter werden – bei einer von 12 auf 15 Monate verlängerten Laufzeit – um 4% erhöht;
- in den nächsten vier Jahren wird der Urlaub stufenweise angehoben, bis ab 1.1.1982 alle Beschäftigten 6 Wochen Urlaub haben;
- die Nachtschichtler erhalten ab 1.1.1979 zusätzlich 4 Freischichten und ab 1.1.1981 zwei weitere Freischichten;
- alle Beschäftigten über 50 Jahre erhalten ab 1.1.1979 zwei zusätzliche Freischichten, ab 1.1.1981 einer weitere Freischicht.

Daß mit diesem Vertrag das vorher so groß propagierte Ziel der Absicherung der Arbeitsplätze auch nur minimal erreicht werden könnte, wagt inzwischen wohl niemand mehr zu behaupten. Zwar wird die – wenn auch stufenweise – Anhebung des Urlaubs auf 6 Wochen in den Betrieben begrüßt, doch weithin mit der bitteren Anmerkung versehen, was einem sechs Wochen Urlaub bringen, wenn man bis dahin schon längst auf die Straße geflogen ist. Denn dieser Tarifvertrag gesteht den Unternehmern faktisch auf fünf Jahre das Recht zu, noch Zigtausende von Kollegen hinwegzurationalisieren. Ein derartiges Resultat hätte die IG Metall auch ohne Streik oder bereits bei Beginn der Schlichtung erzielen können.

Der ungeliebte Streik

Im Verlauf des Streiks wurde immer offener sichtbar, wie sehr die IG Metall-Spitze entschlossen war, sich gegenüber Forderungen der streikenden Basis abzuschotten. Von Anfang an zielte sie auf Begrenzung der Streikaktionen und der Verhandlungsziele. Angesichts des kategorischen Nein der Kapitalseite zu einem Unterschreiten der 40-Stunden-Woche orientierte sie von Streikbeginn an (und bereits vorher) auf das später auch tarifvertraglich fixierte Modell zusätzlicher Freischichten für bestimmte Beschäftigtengruppen, das der IG Metall das Gesicht zu wahren erlauben sollte, während die Wochenarbeitszeit vor 40 Stunden im Tarifvertrag festgeschrieben und hinsichtlich des Ziels der Arbeitsplatzsicherung faktisch nichts erreicht wurde.

Nur der Druck der Streikenden bewirkte, daß die Verhandlungskommission mehrere Anläufe benötigte, um das – unter Einschaltung des Arbeitsministers von Nordrhein-Westfalen, Farthmann, als Schlichter – entwickelte und auf der Unternehmer-Linie liegende Urlaubs- und Freischichten-Modell schließlich in der Großen Tarifkommission mehrheitsfähig zu machen und zur Urabstimmung zu stellen. IG Metall-Vorsitzender Loderer brauchte den Appell an die "gesamtstaatliche Verantwortung" der Großen Tarifkommission und die Warnung vor CDU-Angriffen auf die Regierung, durch die diese "in eine bestimmte Ecke gedrängt werden würde", um die Kommission schließlich, wenn auch weiterhin gegen eine starke Opposition, zum Einlenken zu bewegen.

Wie stark der Druck der Streikenden war, die zu Hunderten zu den Sitzungen der Großen Tarifkommission erschienen und dort einen faulen Kompromiß zu verhindern versuchten, zeigt die im Zorn an die Adresse der IG Metall-Führung gerichtete Bemerkung des sozialdemokratischen Schlichters Farthmann, sie sollten selbst sehen, wie sie die Affen, die sie von den Bäumen geholt hätten, wieder rauf bekämen.

Diese Niederlage hat sich die IG Metall mit der Weigerung, den Streik so weit auszuweiten, daß die Stahlkapitalisten und die von ihnen abhängigen Industrien tatsächlich empfindlich getroffen wurden, selbst zuzuschreiben. So erhöhten nichtbestreikte Betriebe – von den Belegschaften häufig kaum überprüfbar – den Produktionsausstoß während des Streiks. Die vom Stahl abhängigen Industrien konnten auf längst gefüllte Lager zurückgreifen. Stahlimporte aus dem Ausland erreichten ungehindert die Bundesrepublik.

Nach dem Streikende gezeichnet: Urabstimmung zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche.

Auf Angebote wirksamer Unterstützung des Streiks im Ausland ging die IG Metall nicht ein. Streikwilligen Belegschaften wurde die Einbeziehung in den Arbeitskampf verweigert. So betrieb die IG Metall selbst Spaltungs- und Demobilisierungsmanöver auf den verschiedensten Ebenen, die es den Unternehmern leicht machten, durchzuhalten.

Nicht die Streikfront ist gebrochen

War der Metallerstreik in Baden-Württemberg im Frühjahr 1978 weithin ein Fernsehstreik gewesen, in dem die Streikenden das Geschehen passiv über den Bildschrim verfolgten, so war der Streik im Ruhrgebiet von einem für BRD-Verhältnisse ungewöhnlichen Maß an Mobilisierung und eigenständigen Aktivitäten der streikenden Basis gekennzeichnet, während die IG Metall kaum mehr als üblich tat.

Die im betrieblichen Alltag normalerweise verdrängte gemeinsame Erfahrung der Abhängigkeit wurden in den langen Streikwochen deutlich. Menschen, die sonst Tag für Tag isoliert nebeneinander arbeiten und getrennt voneinander wohnen, begannen im Verlauf des Streiks, aus dieser Isolierung auszubrechen und gemeinsam zu handeln. Sie verloren die Angst, als Streikposten ihre mit Sonderausweis das Werk betretenden Vorgesetzten zu kontrollieren. Sie bauten Zelte vor den Toren der bestreikten Werke auf, richteten sich darin ein und gingen dazu über, ihre Gäste selbst zu bewirten. Sie mobilisierten für Streikveranstaltungen, stellten Kontakte zu den Streikenden anderer Betriebe her und koordinierten den Informationsaustausch zwischen den Belegschaften. Sie begannen sich gegenseitig zu besuchen, organisierten Nachbarschaftshilfe, bezogen Familienangehörige und Freunde, Bekannte und Nachbarn in das Geschehen ein. In Arbeitervierteln wurde systematische Aufklärungsarbeit versucht: durch Briefkastenaktionen, Info-Stände, Abfahren der Viertel mit Lautsprecherwagen, kulturelle Veranstaltungen und Treffen der Ehefrauen streikender Arbeiter. Betriebsräte sprachen in Universitäten, um dort Unterstützung für den Streik zu mobilisieren. Solidaritätsbeweise kamen von Kollegen aus anderen Branchen und aus anderen Teilen der BRD.

So legten im Ruhrgebiet die Fahrer der öffentlichen Verkehrsmittel vorübergehend den Nahverkehr zur Unterstützung der streikenden Stahlarbeiter lahm. HBV-Mitglieder organisierten Diskussionen und Protestaktionen

in Einkaufszentren. Aus Baden-Württemberg erreichten Tausende von Weihnachtspaketen die Kinder streikender Stahlarbeiter. Die einheimische Bevölkerung fuhr zu den Streikposten und versorgte sie mit Geld und Lebensmitteln. Solidaritätsspenden kamen aus Betrieben der verschiedensten Branchen, während die Unterstützung dieses Streiks durch die Spitzen anderer DGB-Gewerkschaften kaum mehr als ein Lippenbekenntnis war: In Wirklichkeit nahmen sie Abschied von einem aktiven Kampf um die 35-Stunden-Woche.
Angesichts der Erfahrung breiter Solidarität harrten Tausende von Kollegen trotz winterlicher Kälte als Streikposten aus. Ihre Erwartungen an diesen Streik waren außerordentlich hoch. Doch die Entscheidungen fielen dann letztlich über die Köpfe derer hinweg, die den Streik aktiv trugen. Schon wenige Tage nach Streikbeginn waren mit Einschaltung des Schlichters die Weichen auf jenen Kompromiß hin gestellt, der prinzipiell die Position der Stahlkapitalisten bezog.
Daß die IG Metall bei der 2. Urabstimmung noch mit einem blauen Auge davonkam (49,5% der Stimmberechtigten stimmten für Annahme des Kompromisses, 40,9% dagegen, die übrigen nahmen an der Abstimmung nicht teil), ist alles andere als Ausdruck von Begeisterung über das erzielte Ergebnis. Dort, wo die Kollegen den Streik wochenlang aktiv getragen und hohe finanzielle Verluste hingenommen hatten, war die Unzufriedenheit besonders hoch. Unter den aktivsten Belegschaften erreichte die Ablehnungsquote bis zu über 90%. Nur die relativ hohe Zustimmung der nicht in den Streik einbezogenen Betriebe zu dem ausgehandelten Ergebnis ermöglichte es der IG Metall, nicht mit einem noch beschämenderen Ergebnis dazustehen.

Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben?

Dieser Streik hat einmal mehr gezeigt, daß die in Unternehmerverbänden zunehmend straffer organisierte Kapitalseite nicht mehr, wie noch in den Jahren der Hochkonjunktur, zu schnellen Kompromissen bereit ist. In wachsendem Maß versuchen die Unternehmer heute, den Gewerkschaften, z.B. mit der Tabuisierung der 40-Stunden-Woche, Grenzen zu setzen, die diese mit der traditionellen Form des Arbeitskampfes, der auf zahlenmäßige Eingrenzung der Streikenden, geringe Aktivierung der streikenden Basis und hohe Kompromißbereitschaft angelegt ist, nicht mehr zu durchstoßen vermögen. Im Gegenteil: Die halbherzige Streiktaktik der Gewerkschaften dürfte eher zu einer Verlängerung der Auseinandersetzungen beitragen und damit die finanziellen Belastungen, die die Gewerkschaften so gern als Hindernis für eine Streikausweitung anführen, noch verstärken.
Die Unternehmer dürften mit diesem Streik ihrem Ziel, die gewerkschaftliche Streikbereitschaft einzudämmen, ein Stück näher gekommen sein. Die 35-Stunden-Woche wird zwar im gewerkschaftlichen Forderungskatalog stehenbleiben, doch zu ihrer Durchsetzung wird, wenn man von der IG Druck und Papier bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen einmal absieht, auf absehbare Zeit wohl kaum noch etwas getan werden. In den Gewerkschaftsspitzen nimmt unter dem Eindruck der Streikerfahrungen des Jahres 1978 die Bereitschaft deutlich zu, längerfristige Tarifverträge abzuschließen, um sich nicht dauernd dem Risiko ausgesetzt zu sehen, von der Unternehmerseite durch Ablehnung selbst mininalster Forderungen zu einem Arbeitskampf gezwungen zu werden. Denn kaum etwas ist den Gewerkschaftsvorständen wichtiger als die Schonung der Streikkassen und die möglichst reibungslose Abwicklung ihrer Tätigkeiten.
So stehen wir möglicherweise nicht am Beginn einer Periode sich ausweiternder, zentral organisierter gewerkschaftlicher Streiks, sondern werden seitens der Gewerkschaftsapparate eher zunehmend Versuche beobachten, die ihnen in den letzten Jahren angesichts verhärteter Unternehmerstrategien aufgezwungene Ausweitung relativ breit angelegter Arbeitskämpfe wieder zurückzunehmen. Da sich aber an der im Stahlbereich wie in anderen Industrien bestehenden betrieblichen Alltagssituation, die von der Einführung arbeitsplatzvernichtender Technologien, Entqualifizierung traditioneller Facharbeiterberufe, Abgruppierungen und Entlassungen gekennzeichnet ist, auf absehbare Zeit nichts ändern wird, wächst für die Belegschaften der Zwang, andere Widerstandsformen zu entwickeln, wenn die zentral organisierten Versuche der Gewerkschaften, über die Durchsetzung tarifvertraglich vereinbarter Absicherung dieser Entwicklung gegenzusteuern, wenig oder nichts ausrichten.
Gegenwärtig herrschen in den Betrieben, deren Belegschaften am aktivsten den Streik getragen haben, Wut und Verbitterung vor. Vielerorts sind Resignation und Ratlosigkeit die Reaktion darauf, daß selbst ein sechswöchiger Streik noch nicht einmal den "Einstieg" in das Ziel der 35-Stunden-Woche brachte. Im betrieblichen Alltag aber werden jetzt die Auswirkungen des neuen Tarifvertrags spürbar: z.B. die – nicht einmal neue – Erfahrung, daß Freischichten – im Block genommen – letztlich nur ein anderes Wort für Urlaub sind. Und daß Urlaub nicht Neueinstellungen bedeutet, sondern Schichtverdünnung, d.h. Arbeitsintensivierung. Daß also der Personalabbau als Folge technologischer Entwicklungen und weltweiter Überkapazitäten in der Stahlproduktion weitergeht und dieser Widerstand erst jenseits des vereinbarten Tarifvertrages beginnt, nicht mit diesem.
Der Zwang zu betrieblicher Gegenwehr wächst angesichts der Erfolglosigkeit zentralisierter gewerkschaftlicher Tarifpolitik im Hinblick auf die Sicherung der Arbeitsplätze. In der Stahlindustrie wie anderswo. So könnte es sein, daß die Kapitalisten in absehbarer Zeit erkennen müssen, daß sie den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben haben. Oder anders ausgedrückt: daß dann niemand Farthmanns Affen von den Bäumen geholt hat, sondern diese selbst herabgestiegen sind.

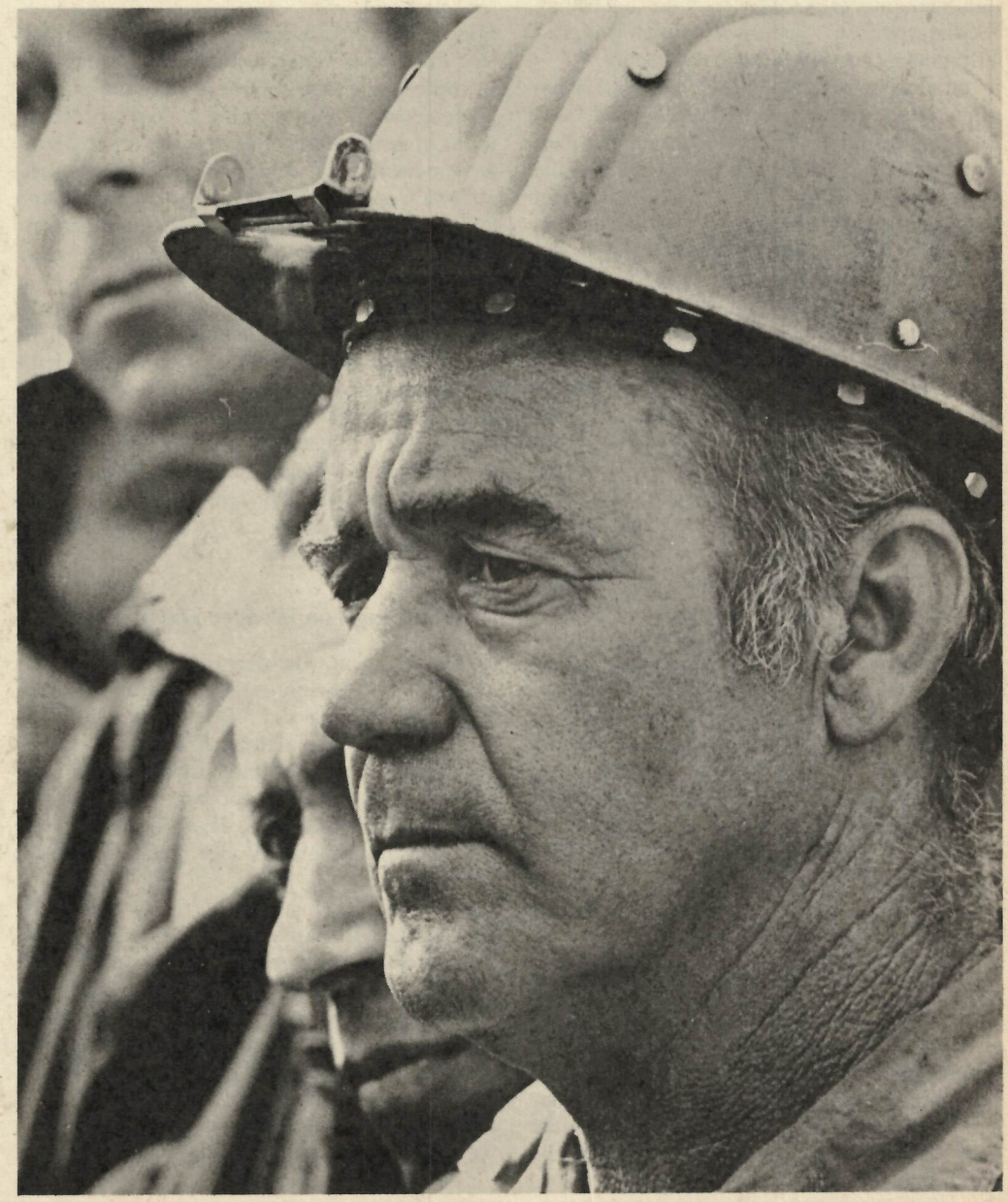


Bild: Rose

Lebenslänglich

Ein neues Gesetz läßt alles beim alten

Von Helmut Ortner

"Lebenslänglich ist auch vergänglich" – ein gängiger Spruch im Gefängnis, soll Wirklichkeit werden. Auch zu lebenslänglicher Haft Verurteilte sollen künftig eine gesetzliche Chance haben, vor ihrem Tode wieder in Freiheit zu kommen. Entsprechend einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juni 1977, das die gegenwärtige Gnadenpraxis beanstandete, beschloß das Kabinett kurz vor Jahresende, daß "Lebenslange" nach 15 Jahren zur Bewährung auf freien Fuß gesetzt werden sollen. Jedoch – und dies ist in fast allen Medien verschwiegen worden – eine Rechtsgarantie dafür gibt es für die Betroffenen nicht.

Gegen eine "Entlassungssystematik", wie es der Kabinettsentwurf nennt, ist vorgesorgt; Voraussetzungen für eine Entlassung nach 15 Jahren Haft sind, daß der Verurteilte nach "menschlichem Ermessen nicht rückfällig wird", der Verurteilte selbst einwilligt und nicht "die besondere Schwere der Schuld des Verurteilten oder die Interessen der Verteidigung der Rechtsordnung eine Straffortsetzung notwendig erscheinen lassen".

Vor der Streichung des Strafrestes muß also in jedem Falle die zuständige Strafvollstrekkungskammer beim Landgericht ein Sachverständigengutachten einholen. Die sogenannte "Sozialprognose", auch wenn sie günstig ausfällt, genügt zur Strafaussetzung nicht.

In der Praxis bedeutet dies, daß der Entlassungszeitpunkt eines zu "lebenslänglich" verurteilten Straftäters nach wie vor von der Entscheidung des zuständigen Ministerpräsideten des Landes abhängt. Und die ist – das zeigt die bisherige "Gnaden"praxis – meist unterschiedlich, ja willkürlich. Damit bleibt in der Strafpraxis alles beim alten. Lautstarke Reformpropaganda entpuppt sich einmal mehr als sozial-liberale Kulissenschieberei.

Ein exemplarisches Beispiel hierzu ist der Fall des schon im Jahre 1949 wegen 2fachen Mordes zu "lebenslänglich" verurteilten Bodo F.: Seit nunmehr fast 30 Jahren (!) in Hamburg-Fuhlsbüttel inhaftiert, hatte Bodo F. im Vorjahr Verfassungsbeschwerde gegen seine lange Haftzeit eingelegt. Er rügte, die freie Hansestadt Bremen, die für ihn zuständig ist, sei "von Amts wegen" verpflichtet, ein Gnadenverfahren für ihn einzuleiten, ihn zu begnadigen und aus der Haft zu entlassen, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Jahr zuvor den Gesetzgeber aufgefordert hatte, die Praktizierung der Strafpraxis zu ändern. Auf dem Papier ist dies mittlerweile geschehen – nicht jedoch in der Praxis. Bodo F. sitzt weiterhin in seiner Zelle. Grund: auch nach der heutigen Auslegung sind seine Verbrechen heimtückische Morde, die "Sozialprognose" für den alternden Bodo F. fiel deshalb besonders ungünstig aus. Eine Entlassung steht nicht in Aussicht.

15 Jahre Haft – ein menschliches Wrack

Bodo F. aber ist kein Einzelfall. Trotz Gesetzentwurf wird die Entlassungsfrage weiterhin unterschiedlich gehandhabt, bis hin zur konsequenten Aufrechterhaltung der lebenslangen Freiheitsstrafe. Damit aber trägt die Strafe Züge der Stellvertretung der Todesstrafe, die durch unsere Verfassung abgeschafft ist.

Wer über Jahre hinweg in einer Zelle eingesperrt, von jeglicher Natur und Sozietät entzogen auf Kommando leben muß, der ist gebrochen, ein menschliches Wrack. Von "Erlernen sozialer Verantwortung", kann hier nicht mehr die Rede sein.

Die drei Phasen, die Betroffene von langjährigen Freiheitsstrafen durchlaufen, sind seit langem bekannt:

In der ersten Phase steht der Täter noch ganz unter dem Eindruck von Tat und Verurteilung. In dieser Zeit treten schwere psychische Störungen, Krisen und überwältigende Verbitterungen (über Komplizen, Gerichtsverfahren, Verhalten von Angehörigen und Bekannten) auf.

Die zweite Phase wird beschrieben als der Versuch eines inneren Neuaufbaus und des Kampfes gegen die drohende Zermürbung. So ist festgestellt worden, daß Langstraf-Verurteilte gerade in dieser Haftphase übermäßige Arbeitsleistungen erbringen, sich fortbilden oder sich innerhalb des Gefängnisses in vielerlei Funktionen (Bücherei, Gefangenen"mitverwaltung", Hauszeitung u.ä.) "verdient" machen.

Die dritte Phase ist dann meistens nur noch ein verzweifeltes Durchhalten mit somatischen Reaktionen, zunehmenden Erkrankungen, Verzweiflungen und Depressionen. Bei vielen beginnt hier der rasche Abbau der aktiven Kräfte. Untersuchungen über Persönlichkeitswandlungen bei Strafgefangenen belegen, daß eine Haftzeit von höchstens 10 Jahren reicht, um den Gefangenen zur bloßen Menschenhülle werden zu lassen.

Abschaffung langjähriger Haftstrafen

In einem Land wie der Bundesrepublik, in dem fast 50 Prozent der Bevölkerung für die Wiedereinführung der Todesstrafe eintreten (diese Zahl dürfte sich nach den zahlreichen terroristischen Gewalttaten noch erhöht haben), fallen Äußerungen, wie sie etwa der stramme Alt-CSU-Mann Jäger öffentlich vertritt, auf fruchtbaren Boden liebgewonnener Klischees.

Jäger, ehemals Justizminister und ob seines energischen Einsatzes für die Wiedereinführung der Todesstrafe auch "Kopf-ab-Jäger" genannt, jammert wegen der Abweichung jahrelanger Strafzeiten und sieht die Gefahr, "daß nun auch die lebenslange Haft für Mörder durch die Hintertür abgeschafft werden soll. Und das geht nicht!"

Für ihn und eine sensationsgeile Presse sind wegen Mord verurteilte Menschen allesamt "eiskalte Killer" und "brutale Gangster": asozial, aggressiv, krank.

Auf diese Weise lernen der Mann und die Frau auf der Straße die einsitzenden Täter aus der Boulevardpresse kennen – und vor allem fürchten. Diese Vorstellungen aber sind bodenlos, das Gegenteil ist der Fall:

Unter "Mördern" im Sinne des Gesetzes und der Rechtsprechung finden sich auffallend viele Situations- und Konflikttäter; zwischen Täter und Opfer besteht überwiegend vor der Tat eine enge soziale Beziehung; ein erheblicher Teil ist bis zur Tat nie mit dem Gesetz in Berührung gekommen.

Auch ist die Rückfallquote bei "Mördern" nach Begnadigung oder Strafaussetzung ungewöhnlich niedrig; lediglich bei etwa zwei Prozent der bislang bundesweit etwa 700 begnadigten "Lebenslänglichen" wurde die Strafaussetzung widerrufen. Gleich günstige Erfahrungen macht man in anderen westlichen Ländern, vor allem dort, wo Strafaussetzungen wesentlich früher geschehen.

Die Bundesrepublik trottet, wie so oft, weit hinterher

Zudem herrscht in der westdeutschen Bevölkerung die Einstellung vor, "lebenslänglich" bedeute obligatorisch Begnadigung oder Entlassung nach 15 Jahren Haft. Doch auch hier sieht die Praxis anders aus, auch nach dem Kabinettentwurf:

Allenfalls Länder wie Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen begnadigen frühestens nach 15 Jahren (jedoch auch nicht immer, wie unser einleitendes Beispiel des Bodo F. deutlich zeigt). Die Länder Niedersachsen und Baden-Württemberg nach durchschnittlich 19 Jahren, Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen und Berlin nach etwa 20 Jahren und Nordrhein-Westfalen gar erst nach 22 Jahren. Diese Zahlen besagen jedoch nicht, daß alle zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten auch eines Tages begnadigt werden. Nicht wenige sterben langsam unter der "trockenen Guillotine" in den Gefängnissen dahin.

In unseren Nachbarstaaten werden Lebenslängliche ungleich früher entlassen: durchschnittlich nach 10 - 14 Jahren, in Schweden sogar nach 9 1/2 Jahren. Die Bundesrepublik trottet auf diesem Gebiet, wie so oft, weit hinterher.

Es kann indes nicht darum gehen, ein wie immer definiertes "einheitliches Gnadenrecht" zu forden, denn das hieße, jener Logik staatlichen Strafens auf den Leim zu gehen, die den Gefangenen über Jahre ent-sozialisiert und ent-menschlicht, um dann "Gnade walten zu lassen".

Es muß uns allen um die schrittweise, aber radikale Abschaffung dieser inhumanen und sinnlosen Strafe gehen, die keinem hilft und allen schadet. Stattdessen ist ein Nachdenken darüber, aus welchen Gründen heraus Menschen schwerste Verbrechen wie Mord begehen, notwendiger denn je.

Solange dies nicht erkannt wird, werden über 900 "Lebenslängliche" in bundesdeutschen Gefängnissen auch künftig in den zweifelhaften Genuß solcher höchstrichterlich angeordneten "Re-Sozialisierung" kommen, um nach jahrelanger Haft "ein straffreies Leben zu führen ...". Viele werden dazu allerdings nicht mehr in der Lage sein, oder wie es der Göttinger Jurist und Publizist Wolfgang Bittner sarkastisch formulierte: "Lebenslänglich", sprach der Richter, "ich hoffe, das wird ihnen eine Lehre für's Leben sein ..."

★

Hat es gelohnt?

Anmerkungen zum Russell-Tribunal

Von Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack

Hat es gelohnt? Diese Frage steht am Ende des Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der BRD. Sie läßt sich heute gewiß noch nicht zureichend beantworten. Ein Teil möglicher Wirkungen steht noch aus. Erfolg und Mißerfolg lassen sich ohnehin nicht mit dem Metermaß ausmachen. Dennoch ist eine vorläufige Bilanz erforderlich.

Wie es anfing

Ausgangspunkt war der SB-Kongreß gegen politische Unterdrückung Pfingsten 1976. Verschiedene Organisationen und Gruppen diskutierten den Vorschlag, die Bertrand Russell Peace Foundation möge gegen die zunehmende Repression in der BRD ein internationales Russell-Tribunal einsetzen.
Die Motive der unterschiedlichen Gruppen waren zweifellos verschiedenartig. Uns ging es vornehmlich – wie auch der Russell-Friedensstiftung – darum, mit einem Russell-Tribunal auf die damals kaum noch wahrnehmbare liberale Öffentlichkeit, in radikaldemokratische, linksliberale, gewerkschaftliche, kirchliche Kreise und auf Jugendorganisationen einzuwirken. Von einem internationalen Tribunal versprachen wir uns auch Druck auf die herrschende Politik.

Die Lage heute

Wie verhält sich das Ergebnis des Russell-Tribunals zu unseren Erwartungen und Hoffnungen? Die brutale Faktizität, die sich in unserem Lande um linke Hoffnungen wenig schert, scheint zunächst eine eher negative Antwort aufzudrängen.
Zwar wird das Berufsverbot neu diskutiert, aber es besteht, wenn auch teilweise eingeschränkt, fort.
Die Antiterrorismusgesetze werden kaum diskutiert. Sie stehen der Exekutive unverkürzt zur Verfügung. Und es ist zu befürchten, daß das Einheitliche Polizeigesetz u.ä. eingeführt und dadurch der Ermessensspielraum der Exekutive erneut beträchtlich ausgeweitet wird.
Die Zensurparagraphen finden zunehmend Anwendung. Zensur findet in einer Vielzahl von Bereichen tagtäglich statt. Ebenso Selbstzensur. Zwar ist der Verfassungsschutz wegen bekannt gewordener skandalöser Vorkommnisse ins Gerede gekommen, aber dies scheint Regierung und Parlament wenig zu scheren. So droht der Verfassungsschutz zunehmend zu einer Art Geheimregierung zu werden.

Was also hat das Russell-Tribunal gebracht?

Wenn wir in das Russell-Tribunal Erwartungen und Hoffnungen gesetzt und deshalb so viele auch erhebliches Engagement in dieses Unternehmen gesteckt haben, dann sollte uns doch klar gewesen sein, daß wir damit nicht alle Probleme und Schwierigkeiten bewältigen oder gar die Repression besiegen würden. Dennoch lassen sich einige Leistungen und Wirkungen benennen, die dem Tribunal zuzuschreiben sind bzw. an denen es gewiß Anteil hat.
So hat die erste Sitzungsperiode des Russell-Tribunals zweifelsohne die gegenwärtige öffentliche Diskussion der Berufsverbote mit angestoßen. Diese Diskussion greift auch innerhalb der SPD erheblich tiefer als alle vorhergehenden. Wenn wir in dieser Frage nicht locker lassen, bestehen Chancen, daß die Berufsverbotspraxis auch weiter gemildert und abgebaut wird. Ob vergleichbare Impulse aus der zweiten Sitzungsperiode erwartet werden dürfen, muß bezweifelt werden. Dies hängt z.T. damit zusammen, daß die Berufsverbote viel stärker ins allgemeine Bewußtsein eingedrungen sind, als die vergleichsweise komplizierten Bereiche von Zensur, Verteidigungsrechten und Verfassungsschutz. Dennoch hat auch diese Thematik einen Teil der Öffentlichkeit erreicht. Besonders in liberalen und radikaldemokratischen Kreisen, aber auch innerhalb der Linken konnte ein Problembewußtsein gefördert werden, das gerade auch im Hinblick auf weitere Verschärfungen, weitere Versuche des Abbaus der Freiheitsrechte für den Widerstand hiergegen bedeutsam ist.
Das Russell-Tribunal hat aber nicht nur Diskussionen in Gang gesetzt, Problembewußtsein verstärkt und über das linke Spektrum hinausgehend angeregt, sich stärker um den Zustand der Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik zu kümmern. Dem Tribunal ist es auch auf der zweiten Sitzung in Köln-Mülheim wiederum gelungen, einen täglich 500-800 Personen umfassenden Zuhörerkreis zu fesseln. Die fünftägige Kölner Sitzung fand bis zum letzten Tag große Aufmerksamkeit, wirkte wie ein spannendes politisches Lehrstück, in dem die Erfahrungen mit der Repression hierzulande in ihrer Vielfalt und Totalität dargestellt wurden.
Dieser Zuhörerkreis setzte sich wohl aus sehr verschiedenen Positionen zusammen. Das Interesse und die durchgehende Aufmerksamkeit verweisen deshalb auf eine große Anziehungskraft des Tribunals und seiner Themen. Vor allem sind sie ein Indiz für die vereinheitlichende Kraft des Tribunals, dem es in seinen öffentlichen Sitzungen gelungen ist, durchaus unterschiedliche, sich im bundesdeutschen Zusammenhang fortlaufend zankende Positionen auf das Ziel einer gemeinsamen Verteidigung der Grund- und Menschenrechte auszurichten.
Wichtig scheint uns auch, daß das Tribunal

Internationales Russell-Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in der BRD

Auf einer Pressekonferenz am 10.1.1979 in Bonn gab der Präsident des III. Internationalen Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der BRD, Vladimir Dedijer, bekannt, daß er gemeinsam mit Jean-Paul Sartre und Noam Chomsky "im Geiste Bertrand Russells und der drei internationalen Russell-Tribunale ... die Bildung eines ständigen internationalen Gremiums, ein Internationales Russell-Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland, initiiert habe. In dieser von Vladimir Dedijer abgegebenen Erklärung heißt es: "Hauptsächliche Aufgabe dieses neuen internationalen Komitees wird es sein, die Entwicklung der Menschenrechte in der Bundesrepublik zu beobachten und seine Beobachtungen und Schlußfolgerungen in einem Jahresbericht zu veröffentlichen. Das Komitee wird in jedem Jahr einen besonders besorgniserregenden Bereich auswählen und prüfen, gleichzeitig fortfahren, mögliche Menschenrechtsverletzungen sorgfältig zu beobachten.
Dieses Komitee wird mit besonderer Empfindsamkeit auf Regierungsmaßnahmen reagieren, die sich gegen Personen richten, die als Gutachter oder Zeugen vor dem Dritten Internationalen Russell-Tribunal erschienen sind, und sie öffentlich bekannt machen.
Wie auch im Falle der drei Russell-Tribunale werden alle von dem Komitee beschlossenen Maßnahmen von demokratischen Grundsätzen geleitet sein.
Folgende Personen sind als Mitglieder eingeladen worden: Günter Anders, Noam Chomsky, Vladimir Dedijer, Christopher Farley, Johan Galtung, Giselle Halimi, Robert Jungk, Lucio Lombardo-Radice, Lolle Nauta, Jean-Paul Sartre, Elliot Taikeff.
Vor der Auswahl des ständigen Sitzes dieses internationalen Gremiums sollten alle Anfragen gerichtet werden an: Vladimir Dedijer, Gorkiĉeva 16 v, Ljubljana, Yogoslavia."

★

Rotbuch

3. Internationales Russell-Tribunal: Die offiziellen Publikationen

Band 1 Berufsverbote

Rotbuch 185
192 Seiten, DM 8 (Abo 7)
Der Band enthält Materialien, Zeugenaussagen, Gutachten und Protokolle der Sitzungen der Jury von der 1. Sitzungsperiode.

Band 2 Das Schlußgutachten der Jury zu den Berufsverboten

Rotbuch 195
128 Seiten, DM 7 (Abo 6)
Der offizielle Schlußbericht der Jury zur ersten Sitzungsperiode, eine ausführliche Bestandsaufnahme der Praxis und der Auswirkung der Berufsverbote.

Band 3 Zensur – Verfassungsschutz – Beschränkung von Verteidigungsrechten

Rotbuch 205
erscheint ca. Ende Februar '79
Der Band enthält die Materialien, Protokolle, Gutachten und Zeugenaussagen der 2. Sitzungsperiode, die Anfang des Jahres in Köln stattfand.

David Cooper Die Sprache der Verrücktheit

Erkundungen ins Hinterland der Revolution
Rotbuch 193
176 Seiten, DM 12 (Abo 11)
»Verrücktheit ist ein gemeinsamer sozialer Besitz, der uns gestohlen wurde, genau wie die Realität unserer Träume und auch des Todes: wir müssen uns diese Dinge politisch wieder aneignen, damit sie in einer verwandelten Gesellschaft wieder zu Kräften der Kreativität und Spontaneität werden.«

Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1978/79: Arbeiterinteressen gegen Sozialpartnerschaft

Rotbuch 1979
224 Seiten, DM 9 (Abo 8)
Die zweite Ausgabe des Jahrbuches, das regelmäßig im Herbst erscheint und aktuelle Berichte aus Branchen und Betrieben, Analysen wichtiger gewerkschaftspolitischer Probleme und eine fortlaufende Dokumentation der wichtigsten Daten und Ereignisse bringt.

Abonnieren können Sie die Rotbücher in jeder Buchhandlung. Oder direkt beim Verlag. Wir sorgen dann dafür, daß Sie die Rotbücher regelmäßig um 1 DM billiger (nur die politischen Rotbücher) durch eine Versandbuchhandlung erhalten.

Rotbuch Verlag
Potsdamer Straße 98 · 1000 Berlin 30

eine breite und zahlreiche Unterstützung für sich mobilisieren konnte. Immerhin fast Zehntausend haben sich mit ihrer Unterschrift offen und veröffentlicht (FR- und ZEIT-Anzeigen) zum Tribunal bekannt. Ein beträchtliches Potential von einzelnen und Gruppen also, die ihr Herz nicht in die Hosentasche stecken, wenn es darauf ankommt.
Gerade dieses sollte als ein Resultat des Russell-Tribunals festgehalten werden. Es ist trotz vieler Mühen, Ärgernisse, Frustrationen und Rückschläge sinnvoll, über den linken Tellerrand hinauszuschauen und sich um Liberale, Radikaldemokraten, linke Sozialdemokraten usw. zu kümmern und sie zum Mitkämpfen zu bewegen.

Einige kritische Bemerkungen

Betrachtet man die Institutionen des Russell-Tribunals selber, so ist anzumerken, daß ausländische Jury, deutscher Beirat und Sekretariat noch zu wenig um Öffentlichkeit gerungen haben. Überall dort, wo intensive und direkte Kontakte gepflegt wurden, wie z.B. in Holland oder zu einigen Journalisten hierzulande, waren auch Presse- und Medienberichterstattung ausführlicher. Obwohl nach der ersten Sitzungsperiode die Bereitschaft der meisten Zeitungen, über das Russell-Tribunal zu berichten, stark zurückgegangen war, hätte doch mit einer offensiveren Presse- und Öffentlichkeitsarbeit manchmal mehr erreicht werden können. Dieser gewiß vor allem in der Zeit-Ökonomie begründete Mangel hätte von Anfang an gesehen und zu beheben versucht werden sollen.
Die teilweise Vernachlässigung der Öffentlichkeit wirkte sich auch in einer zuweilen unzureichenden Öffentlichkeitspolitik der Gremien des Tribunals gegenüber den unterstützenden Gruppen aus. Ein Teil der Versäumnisse fällt freilich auf die Gruppen zurück. Die unterstützenden Gruppen haben zwar im Zusammenhang mit der ersten Sitzungsperiode eine hervorragende Arbeit geleistet. Seltsamerweise ist aber danach (mit wenigen Ausnahmen) die Unterstützung und die Mobilisierung ungeheuer abgeschlafft und zurückgegangen.
Hier bestätigt sich eine spezifische Unfähigkeit gerade in der Linken, sich kontinuierlich für eine Sache zu engagieren (was ja anderes und weiterführendes Engagement nicht ausschließt). Gerade weil wir meist nur hin und wieder zu "einmaligen" Anstrengungen in der Lage zu sein scheinen, gerade deswegen haben wir so selten Erfolge oder können Erfolge wenig stabilisieren und ausnützen. Auch die Periode nach dem Pfingstkongreß 1976 und unser Versäumnis, die nach wie vor richtige Idee "Rotarbeit" in die Tat umzusetzen, legen ein Zeugnis von der Schwäche ab, daß wir uns politisch allzu oft asthmatisch verhalten: kurze Stöße und kein langer Atem.

Wie soll es weitergehen?

Das Russell-Tribunal ist mit der Kölner Sitzung beendet. Es wird in der Bundesrepublik und über dieselbe nicht neu "aufgelegt" werden. Das von Vladimir Dedijer, Jean-Paul Sartre und Noam Chomsky initiierte internationale ständige Russell-Komitee über die Entwicklung der Menschenrechte in der BRD macht jedoch deutlich, daß wir auch weiterhin auf Verbündete im Ausland zählen können. Das Komitee wird ein Auge auf die Bundesrepublik haben und mit jährlichen Berichten in die hiesige Diskussion über die Grund- und Menschenrechtssituation eingreifen.
Darüber hinaus liegt es aber vor allem an uns, daß wir dem Kampf um die Freiheitsrechte eine institutionalisierte Basis geben. Der Vorschlag, ein von den Organisationen unabhängiges Kuratorium einzurichten, ist ein Schritt dahin.
Im SB sollten die immer noch aktuellen Vorschläge des Pfingst-Kongresses wieder aufgenommen werden: Rotarbeit, lokale und arbeitsfeldbezogene Widerstandsarbeit gegen die Repression, praktische Solidarität in jedem Einzelfall von politischen Unterdrückungsmaßnahmen.

Plakat Kulturzensur

Auf den beiden Mittelseiten der Januar-Ausgabe "links" haben wir verkleinert das Plakat Kulturzensur abgedruckt. Dieses Plakat ist im Format DIN A 1 erhältlich und kostet DM 1,-- + Porto. Günstig ist es, neun Stück zu beziehen, die einschließlich Porto DM 10,20 kosten. Bestellungen richtet bitte an Humanistische Union, Ortsverband Dortmund, AG Kultur, Ruckebierstr. 9, 4600 Dortmund.

Da Initiative und Aktivität nun wieder ganz von uns ausgehen müssen, sollten wir uns auch viel selbstkritischer mit eigenen Fehlern und Versäumnissen oder denen anderer linker Gruppierungen auseinandersetzen, als dies im Rahmen des Russell-Tribunals geschehen konnte. Mit dem Russell-Tribunal ging es darum, mögliche Menschenrechtsverletzungen vor allem durch staatliche Instanzen und Gesetze zu untersuchen. Diese Aufgabe besteht weiter. Gleichzeitig dürfen wir nicht kritiklos bleiben, wenn durch eigenes oder anderer Fehlverhalten der Kampf um die Freiheitsrechte geschwächt wird.
Das Bemühen um eine breitere Öffentlichkeit, um Verbündete über den eigenen engen linken Kreis hinaus, erfordert, daß wir unsere Aktionen und Ziele den anderen deutlich machen können. Das ist nicht gleichbedeutend mit taktischer Verschleierung unserer Absichten, fordert vielmehr, daß wir uns sowohl ständig an unseren eigenen Ansprüchen überprüfen als auch auf diejenigen beziehen, die wir überzeugen und gewinnen wollen.

Zensur Verteidigungsrechte Verfassungsschutz

Schlußfolgerungen des Russell-Tribunals

Vom 3. bis 8. Januar 1979 fand in der Stadthalle Köln-Mülheim die zweite Sitzungsperiode des III. Internationalen Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der BRD statt. Die erste Sitzungsperiode im April 1978 hatte den Berufsverboten gegolten, die zweite und zugleich letzte Sitzung behandelte die Themen Zensur, Verteidigungsrechte und Verfassungsschutz. Die von der internationalen Jury und dem deutschen Beirat des Tribunals vorgelegten Schlußfolgerungen können nur eine knappe Zusammenfassung der vielfältigen Gutachten, Fallmaterialien, Zeugenaussagen usw. darstellen. Wie bereits für die Berufsverbots-Sitzung geschehen, sollen auch zu Zensur, Verteidigungsrechten, Verfassungsschutz eine umfassende Dokumentation (bis Anfang April) und ein ausführlicher Schlußbericht (im Sommer 1979) als Rotbücher erscheinen. Die Schlußfolgerungen von Jury und Beirat aus der zweiten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals lauten:

Vorbemerkungen

Hauptattribut einer freien Demokratie ist es, daß ein ungehinderter Austausch von Ideen und Informationen stattfinden kann, unabhängig vom Inhalt oder der Popularität des Gegenstandes. Die Geschichte der letzten 200 Jahre beweist, daß die Demokratie am besten gedeiht, wenn die Öffentlichkeit wachsam ist. Nur eine solche Gesellschaft ist in der Lage, sich zu verändern und zu wachsen, in Übereinstimmung mit dem sich unablässig ändernden Verständnis, welches die Menschen von sich und ihrer Umwelt haben: Für die Veränderung einer demokratischen Gesellschaft gibt es lediglich eine Einschränkung: sie muß mit demokratischen Mitteln geschehen.

Die Art und Weise, in der eine Gesellschaft ihren Gewaltapparat organisiert, entscheidet über den Grad ihrer Freiheit. Dies gilt insbesondere für die Organisation der Polizei im allgemeinen und der Geheimdienste im besonderen. Ein zusätzliches Indiz für die Freiheit einer Gesellschaft bildet der Zustand der Strafgerichtsbarkeit, die in besonderem Maße in die Zuständigkeit des Staates fällt. Weil die Strafgesetze herkömmlicherweise ein Instrument der Repression gewesen sind und weil das Ergebnis einer erfolgreichen Strafverfolgung in der Freiheitsberaubung besteht, ist es das unabdingbare Erfordernis jeder freien Gesellschaft, daß die Strafgesetze öffentlich nachprüfbar, einheitlich und unparteiisch angewandt werden.

Diese Prinzipien sind auch in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland festgelegt:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. (Art. 20, Abs. 2, S. 1 GG)

Die Würde des Menschen ist unantastbar (Art. 1, Abs. 1, S. 1 GG)

Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden. (Art. 2, Abs. 2, S. 1/2 GG)

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (Art. 3, Abs. 1 GG)

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Eine Zensur findet nicht statt. (Art. 5, Abs. 1, S. 3 GG).

Es versteht sich von selbst, daß jeder Versuch seitens der Staatsgewalt, die öffentliche Diskussion einzuschränken oder die Macht des Staates gegenüber Angeklagten in Strafverfahren zu verstärken, sich mit einer freien und demokratischen Gesellschaft nicht verträgt.

Aufgrund der Tatsache, daß die BRD eine Führungsrolle in der westlichen Welt innehat und aufgrund ihres Einflusses auf die Politik der Regierungen anderer Länder in West-Europa und anderwärts, muß jedes Anzeichen dafür, daß die Bundesrepublik von einer freien Demokratie in ein autoritäres und repressives Fahrwasser abgleitet, große Besorgnis bei allen erregen.

Zensur findet in einer Vielzahl von Bereichen tagtäglich statt

Tatsachen: Wenn von Zensur die Rede ist, versteht man darunter in der Regel Eingriffe in die Freiheit, sich in mündlicher oder schriftlicher Form zu äußern und die Äußerungen gedruckt zu verbreiten. Zensur hat aber zwei Seiten: eine positive und eine negative. Die politische Zensur, die dazu dient, Minderheiten zu schützen und nicht diskriminieren zu lassen, ist durchaus nicht gegen die Demokratie gerichtet, sondern dient vielmehr ihrer Erhaltung und Herstellung. Die negative Zensur besteht aus Maßnahmen öffentlicher und privater Instanzen, die die Freiheit der Meinungsäußerung gerade von Minderheiten drastisch beschneiden und sie gegenüber herrschenden Instanzen zur Ohnmacht verdammen. Aus dieser Charakteristik geht schon hervor, daß Zensur im negativen Sinne Kritik, die Gruppen und Individuen aller Art aneinander müssen üben können, zu verhindern sucht. An nega-

Bild: ID

tiver Zensur ist nicht die Kritik zu verurteilen. Vielmehr ist allein die Gewalt anzugreifen, mit deren Hilfe herrschaftlich schwächere Positionen an ihrer Meinungsäußerung gehindert werden.

Eine Zensur findet nicht statt – so heißt es im Grundgesetz. In der Tat gibt es in der Bundesrepublik keine offizielle Zensurinstanz. Dennoch findet Zensur in einer Vielzahl von Bereichen täglich statt. Ein wichtiges Instrument für diese nichtoffizielle Zensur bilden für den Staat die in den siebziger Jahren verabschiedeten Gesetzesparagraphen wie z.B. die §§ 88a und 130a StGB, die dem "Gemeinschaftsfrieden" dienen sollen, tatsächlich aber selbst wissenschaftliche und literarische Äußerungen über Gewalt strafverdächtig machen. Aber nicht nur diese neuerlich verabschiedeten Paragraphen des StGB laden zum staatlichen Mißbrauch ein. Die deutsche Eigentümlichkeit, den Staat als oberste und erste Privatperson zu begreifen, die jederzeit für Verleumdung empfindlich ist und von ihr verletzt werden kann (§ 90a StGB), stellt ein zusätzliches Mittel dar, Kritik zu unterbinden. Ähnliches gilt für andere Paragraphen des Strafgesetzbuches, die vor allem journalistische Freiheiten mit Strafe bedrohen (vgl. § 353c StGB).

Diese Praxis der Zensur stellt sich folgendermaßen dar:

a. Im Bereich der technischen Medien durch die politische Einflußnahme der zur Kontrolle, nicht aber zur Programmbeeinflussung berufenen Gremien. Dadurch wird das Rundfunkgesetz, das die technischen Medien als "öffentlich-rechtliche Anstalten" in die Verantwortung des Bürgers gegeben hat, abgeschwächt.

b. Im Bereich der öffentlichen Bibliotheken als behördlicher Druck auf Anschaffung, Bereitstellung von Büchern in der Handbibliothek, Einstellungspraxis für das Personal und Kontrolle des Leseverhaltens.

c. Im Bereich der Theater als Einflußnahme der kommunalen und der Länderbehörden auf den Spielplan und die Programmgestaltung der städtischen Theater und Staatstheater; dabei sind besonders die Kinder- und Jugendtheater betroffen, die oft ohne eigene Häuser arbeiten.

d. Im Bereich der Presse, der Buchhandlungen, der Universitäten und der gesellschaftskritischen Kunst. Hier besteht die Tendenz, Kunst dort anzugreifen, wo sie nicht "nur" Kunst bleibt, die Wissenschafts-, Lehr- und Lernfreiheit dort einzuschränken, wo gesellschaftliches Engagement nicht in das normale Passepartout paßt, Verlage und Buchhandlungen mit Durchsuchungen und Prozessen bis zur Existenzgefährdung zu überziehen, nur weil sie nicht genehme Bücher publizieren und ausgelegt haben, Journalisten mit Strafe zu bedrohen, die Informationen weitergeben, die sie auf durchaus legale Weise erhalten haben usw. usf.

Schlußfolgerungen: Die beschriebenen Zensurpraktiken stellen unter anderem die objektiven Bedingungen dar, auf die einzelne und Gruppen vorausgreifend reagieren, indem sie Selbstzensur üben. Selbstzensur ist so gesehen durchaus nicht eine Überreaktion verängstigter Leute. Vielmehr stellt sie, will man seinen Beruf behalten, in ihm aufsteigen oder ihn noch erreichen, die angemessene Reaktion auf eben die Zensurmaßnahmen dar.

Indem durch die Zensurmaßnahmen das Spektrum offiziell und halboffiziell erlaubter Meinungsäußerungen immer stärker eingeengt zu werden droht, entsteht die Gefahr einer Verstärkung einer Zweiteilung der Gesellschaft. Der normale und herrschende Teil, der sich anpaßt, der an den Rand gedrängte Teil der Minderheiten. Kein Wunder angesichts der Situation, daß gesellschaftliche Fluchtreaktionen gerade in der jüngeren Generation zunehmen: Von den Drogensüchtigen, die in ihrer Ohnmacht gegen sich selbst Terror ausüben bis hin zu denjenigen, die zu terroristischen Akten gegen andere ihre Zuflucht nehmen. Diese Fluchtgebärden aber haben ihre genau bezeichenbaren gesellschaftlichen Hintergründe. Die Zensur bildet einen vornehmlichen Teil davon.

Die Eingriffe in die Verteidigungsrechte stellen eine ernsthafte Bedrohung der Menschenrechte dar

Tatsachen: Eine wirksame Verteidigung wird behindert durch Maßnahmen, in denen sich ein allgemeiner Verdacht der Komplizenschaft von Verteidigern mit ihren Mandanten ausdrückt. Wir führen einige dieser Maßnahmen an:

1. Die für eine Verteidigung notwendige Vertraulichkeit der Kommunikation zwischen dem Verteidiger und seinem Mandanten wird in "Terroristenprozessen" behindert durch die Kontrolle der Korrespondenz, durch häufige Hausdurchsuchungen und Aktenbeschlagnahmungen bei Verteidigern und durch die Einrichtung einer Trennscheibe für das mündliche Gespräch in der Haft. Es gibt Beispiele, in denen diese Maßnahmen durch Manipulation der Ankage auf andere Prozesse mit politischem Hintergrund ausgeweitet werden.
2. Eine engagierte Verteidigung, wie sie das Gesetz verlangt, ist gefährdet, wenn, wie dies in einigen Fällen geschehen ist, Verteidiger ausgeschlossen wurden, weil sie hinsichtlich der Haftbedingungen entschieden für die Interessen der Angeklagten eintraten. Gerichte legten dieses Verhalten der Verteidiger als Komplizenschaft mit ihren Mandanten aus. Wegen anderer engagierter Äußerungen im Prozeß ist man später gegen Anwälte mit Straf- und Ehrengerichtsverfahren vorgegangen.

3. Anwälte in sogenannten Terroristenprozessen müssen demütigende Leibesvisitationen dulden. Weigern sie sich, werden sie mit hohen Gerichtskosten überzogen.
4. In einzelnen Fällen sind Telefongespräche von Anwälten überwacht und vertrauliche Gespräche zwischen Verteidigern und Mandanten mit verborgenen Mikrofonen abgehört worden.
5. Durch das Kontaktsperregesetz kann auf unbeschränkte Zeit der Kontakt zwischen Mandant und Verteidiger unterbrochen, ja sogar die Kontaktaufnahme von Anfang an verhindert werden, während die Anklage jederzeit Zutritt zu dem Verhafteten hat und Vernehmungen durchführen kann. Dadurch kann eine wirksame Verteidigung nicht nur schwer behindert, sondern sogar völlig unmöglich gemacht werden. Außerdem ist das Verbot der

Vorschlag für ein IV. Internationales Russell-Tribunal

Die ungarische Soziologin und Philosophin Agnes Heller, Mitglied der Jury des III. Internationalen Russell-Tribunals und Schülerin und später Assistentin von Georg Lukacz, hat vorgeschlagen, die Verletzung der Menschenrechte in Osteuropa zu untersuchen. Für diesen Vorschlag erklärte Agnes Heller auf einer Pressekonferenz des Tribunals u.a.:

Alle Menschen, die Ungerechtigkeit erleiden, sind gleich aus dem einzigen Grund, daß sie Ungerechtigkeit erleiden, ganz abgesehen davon, welche politischen Farben sie tragen, in welchem Land sie Ungerechtigkeit erleiden und ob sie unsere politischen Freunde oder Gegner sind. Organisationen und Individuen, die für die Menschenrechte einiger Gruppen eintreten, die Unterdrückung anderer aber verteidigen oder verschweigen, diskreditieren nur den Kampf für die Freiheitsrechte ...
Der Maßstab, an dem die Ungerechtigkeit zu messen ist, ist nicht der politische oder juristische Status quo eines Landes, sondern die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen ...
Präsident des III. Internationalen Russell-Tribunals, Vladimir Dedijer, hat in seiner einleitenden Erklärung zur Eröffnung dieses Tribunals die Beispiele von Chile, Argentinien, Brasilien, Iran, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion erwähnt ... All dies ist im vollen Einklang mit der Tradition des Tribunals. Die Verletzung der Menschenrechte in Südamerika wurde im II. Internationalen Russell-Tribunal festgestellt, was uns selbstverständlich nicht von der Verpflichtung befreit, die permanenten Rechtsverletzungen in diesem Bereich immer wieder zu verurteilen. Dasselbe Tribunal hat auch die bewaffnete Intervention der Sowjetunion in die Tschechoslowakei als Aggression definiert. Dieser Tradition folgend, wäre es angebracht, die Verletzung der Menschenrechte in der von Vladimir Dedijer erwähnten anderen gefährdeten Weltsphäre, nämlich in Osteuropa, endlich gründlich zu untersuchen ...

gemeinsamen Verteidigung allgemein eine schwere Behinderung für eine wirksame Verteidigung der Angeklagten. Ein Verteidiger, der ein Mitglied einer als kriminell bezeichneten Vereinigung vertreten hat, darf keine weiteren vermeintlichen Mitglieder derselben Gruppe in einem späteren Prozeß verteidigen. Die Staatsanwaltschaft hat wiederum die Möglichkeit, durch die Verfolgung einer unbegrenzten Zahl von Angeklagten an Sachkenntnis zu gewinnen.

Angeklagte, denen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird, unterliegen häufig für längere Zeit einer völligen Isolation und sensorischen Deprivation. Das hat physische Schäden zur Folge. Wir machen aufmerksam auf die Bewertung einer solchen Behandlung, die sich in einem Bericht von amnesty international aus dem Jahre 1973 findet: "Jedes Ermittlungsverfahren, das bezweckt oder zur Folge hat ein Versagen oder eine Verschlechterung der geistigen Funktionsfähigkeit, ist ein genauso schwerer Angriff auf die unantastbare Würde der Person wie die mehr traditionellen physischen Techniken der Folter."

Wenn Angeklagte, die in dieser Weise behandelt werden, deshalb nicht verhandlungsfähig sind, wird der Prozeß ohne sie fortgesetzt und damit ihr Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt. Man geht davon aus, daß sie ihre Verhandlungsunfähigkeit selbst verschuldet haben.

Schlußfolgerungen: Die Jury ist der Ansicht, daß die im Zusammenhang mit Fällen von mutmaßlichen terroristischen Handlungen jüngst verabschiedeten Gesetze und ergriffenen Maßnahmen eine ernsthafte Bedrohung der Menschenrechte darstellen. Die Jury hat festgestellt, daß es Eingriffe in die Beziehung zwischen Anwalt und Mandanten gibt. Das Recht auf eine umfassende und ausreichende Verteidigung durch einen Vertrauensanwalt ist jedoch unantastbar. Es wird in das Recht des Angeklagten auf rechtliches Gehör vor einem Gericht eingegriffen. In manchen Fällen bestehen Haftbedingungen, die mit Wahrscheinlichkeit zu physischen und psychischen Schäden führen. Somit wird das Recht des Angeklagten auf einen fairen Prozeß und auf eine menschenwürdige Behandlung verletzt. Da die Gefahr einer Ausweitung auf andere Strafverfahren besteht, ergibt sich daraus auch eine Gefahr für jeden einzelnen Bürger der BRD.

Der Verfassungsschutz droht zu einer Geheimregierung zu werden

Tatsachen: 1. Nach dem Verfassungsschutzgesetz § 3 I ist die Aufgabe des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz die "Sammlung über Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Bundesrepublik Deutschland oder eines der Länder gerichtet sind, oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben".

2. Die Geheimhaltung, die den Verfassungsschutz umgibt, bewirkt, daß viele Informationen über ihn kaum mehr als eine Annäherung an die Wahrheit sind. In den zehn Jahren von 1969 bis 1978 stieg das Budget des Verfassungsschutzes um mehr als das Dreifache von 29,9 Mio DM auf über 100 Mio DM pro Jahr.

3. Bis zum Jahre 1975 hatte der Verfassungsschutz computergespeicherte Akten von wenigstens 2 Millionen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland angelegt. Darüber hinaus existieren noch 190.000 Akten in West-Berlin die 10% der Bevölkerung erfassen.

4. 1972 schuf der Verfassungsschutz ein integriertes System (NADIS), um nachrichtendienstliche Informationen zu sammeln. Dieses System steht ebenso dem Bundeskriminalamt (BKA), dem Bundesnachrichtendienst (BND) wie dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) zur Verfügung. Diese Einrichtung hat Informationen über mehr als 3 Millionen Bürger gespeichert. Der Verfassungsschutz tauscht auch Informationen mit anderen Einrichtungen aus und hat direkten Zugang zu dem allgemeinen Informationssystem der Politik (INPOL), welches mit NADIS verbunden ist. Über INPOL ist es möglich, Hinweise auf alle anderen verfügbaren Informationsquellen zu erhalten. Der Verfassungsschutz hat u.a. auch Zugang zu den computergespeicherten Karteien der Universitäten, der öffentlichen Bibliotheken, der Personalbüros des öffentlichen Dienstes und der Länderregierungen. INPOL erhält 6 Millionen Informationsgesuche pro Monat.

5. Der Verfassungsschutz tauscht Informationen mit Geheimdiensten anderer Länder aus, darunter auch jenen in repressiven Diktaturen, und bewirkt dadurch, daß Furcht das Leben vieler Bürger und Ausländer beherrscht.

6. Der Verfassungsschutz schafft ein System von Klassifizierungen, mit dessen Hilfe Bürger in 'autoritativer" Weise als Verfassungsfeinde definiert werden, ohne daß sie irgendeine Möglichkeit besäßen, diese Klassifizierung wirksam zu bestreiten.

7. Die nominelle Verantwortlichkeit des Verfassungsschutzes gegenüber dem Bundesinnenminister schließt Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit nicht ein. Außerdem gibt es ein Arrangement, welches sicherstellt, daß der Verfassungsschutz das Parlament umgehen kann.

8. Der Verfassungsschutz hat sich ein untereinander verzahntes computergespeichertes Informationssystem zugelegt, an dem viele staatliche Organe, einschließlich der Polizei, teilhaben. Hierdurch wird die Beschränkung, daß der Verfassungsschutz keine Polizeigewalt besitzen solle, außer Kraft gesetzt. Auf diese Weise entsteht eine Tendenz, daß die Gewaltenteilung nicht nur zwischen Exekutive, Legislative und Judikative durchbrochen wird. Vielmehr besteht auch innerhalb der Exekutive die Tendenz, die Funktionstrennung zugunsten einer einheitlichen Machtstruktur zu überwinden.

Schlußfolgerungen: In jeder freiheitlichen Demokratie werden die Rechte von Individuen oder Gruppen von Bürgern durch die Existenz eines inländischen Geheimdienstes in Gefahr gebracht. Diese Gefahr ist in der Bundesrepublik Deutschland besonders groß, da ihr inländischer Geheimdienst, der Verfassungsschutz, über ein riesiges Netz von Informationssammlung, -aufbewahrung und -weitergabe verfügt.

Weit entfernt davon, die Verfassung zu schützen, ist der Verfassungsschutz heute der entscheidende Teil einer riesigen Maschinerie geworden, die durch ein System geheimer Sammlung und Weitergabe von Informationen (oder Fehlinformationen), von denen der einzelne keine Kenntnis und zu denen er keinen Zugang hat, die Lebensgrundlage und den Ruf unschuldiger deutscher Bürger zerstört (und in einigen Fällen zu Inhaftierungen führte). Darüber hinaus droht der Verfassungsschutz seine Macht über das Leben zahlloser weiterer Bürger auszuüben. In vielen Fällen sind die Opfer ohne eine explizite politische Meinung. In anderen Fällen haben die Betroffenen nichts weiter getan, als daß sie das demokratische Recht wahrnahmen, ihre persönliche politische Meinung zu äußern.

Ausweitungen und Praktiken des Verfassungsschutzes stehen in keinerlei Verhältnis zu irgendeiner tatsächlichen Bedrohung des Staates. Der Verfassungsschutz entwickelt eine Eigendynamik, die nicht parlamentarisch kontrolliert wird. Darüber hinaus hat er auch die tatsächliche Definitionsgewalt über den Sicherheitsbegriff des Staates, der ebenfalls nicht adäquater und wirkungsvoller parlamentarischer Kontrolle unterliegt. In der Tat kann der Verfassungsschutz selbst die größte Gefahr für die freiheitliche Demokratie darstellen, denn er droht zu einer Art Geheimregierung zu werden.

Strafverteidiger als Gutachter beim Russell-Tribunal ID-Bild

Kontroverse

Stellungnahme des SZ Tübingen zur Initiative von H. Gollwitzer und W.-D. Narr in Sachen Verfassungsschutzbericht 1977

Im Verfassungsschutzbericht 1977 wird das SB zu einer "links-extremistischen Gruppe" erklärt. Daraufhin richteten Helmut Gollwitzer und Wolf-Dieter Narr einen Brief an die Bundestagsabgeordneten von SPD und FDP (vgl. "links", Dezember 1978). Auf diesen Brief folgten mehrere Reaktionen. Gollwitzer und Narr erhielten einige Schreiben von Abgeordneten, die sich kritisch zum Verfassungsschutzbericht äußerten. Im Bundestag kam es aufgrund einer Anfrage des Abgeordneten Hansen zu einer Diskussion. Am 5. Dezember antwortete Herbert Wehner, worauf Gollwitzer und Narr nochmals erwiderten (die zwei Briefe Wehner und Gollwitzer/Narr sind in vollem Umfang in der FR vom 9.1.1979 wiedergegeben). Es ist aus Platzgründen nicht möglich, die verschiedenen Reaktionen und Schreiben in "links" zu dokumentieren. Sie sind jedoch im SB-Mitgliederrundbrief 54 enthalten (erhältlich gegen DM 2,-- in Briefmarken über Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4). – Das Sozialistische Zentrum Tübingen setzt sich in dem nachfolgenden Beitrag kontrovers mit dem ersten Schreiben von Helmut Gollwitzer und Wolf-Dieter Narr auseinander. Es könnte der Klärung unseres Politikverständnisses dienen, Sinn und Problematik einer solchen Initiative, wie der von Gollwitzer/Narr, die auf Vorschlag des SB-Arbeitsausschusses erfolgte, weiter zu diskutieren.

"Ich bin Demokrat, mein Herz ist rein,
Drum darf ich auch nicht
im Verfassungsschutzbericht sein."

Helmut Gollwitzer und Wolf-Dieter Narr haben sich in einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten von SPD und FDP gegen die Erwähnung des SB im Verfassungsschutzbericht 1977 zur Wehr gesetzt. Dieser Brief ist durchaus als ein Teil der Reaktion des SB auf diese Erwähnung zu verstehen. So wurde auch seine Veröffentlichung in "links" mit dem Appell an die Mitglieder des SB verbunden, sich an die zuständigen Abgeordneten im Wahlkreis zu wenden, um dem Brief dadurch größeren Nachdruck zu verleihen. Es kann uns also nicht gleichgültig sein, wie in diesem Brief argumentiert wird.

Bevor wir aber darauf eingehen, soll gleich vorneweg, um Mißverständnisse zu vermeiden, gesagt sein: Die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht darf auf keinen Fall, wie dies gelegentlich unter Genossen anklingt, als längst fällige Anerkennung unserer politischen Bedeutung verharmlost werden. Der Verfassungsschutzbericht ist schließlich Grundlage für Berufsverbotsentscheidungen oder allgemeiner, Grundlage für die Bestimmung, gegen wen sich die Staatsgewalt bevorzugt zu richten hat. Er sollte also ernst genommen werden, und wir halten es deshalb auch für richtig, die eigene Betroffenheit zum Anlaß zu nehmen, öffentlich auf diesen Bericht einzugehen.

Fragen wir aber nun genauer, wogegen sich Narr und Gollwitzer bzw. nach Lage der Dinge auch Arbeitsausschuß und "links"-Redaktion zur Wehr setzen, wie sie dies begründen und welche politische Perspektive ihre Forderungen enthalten.

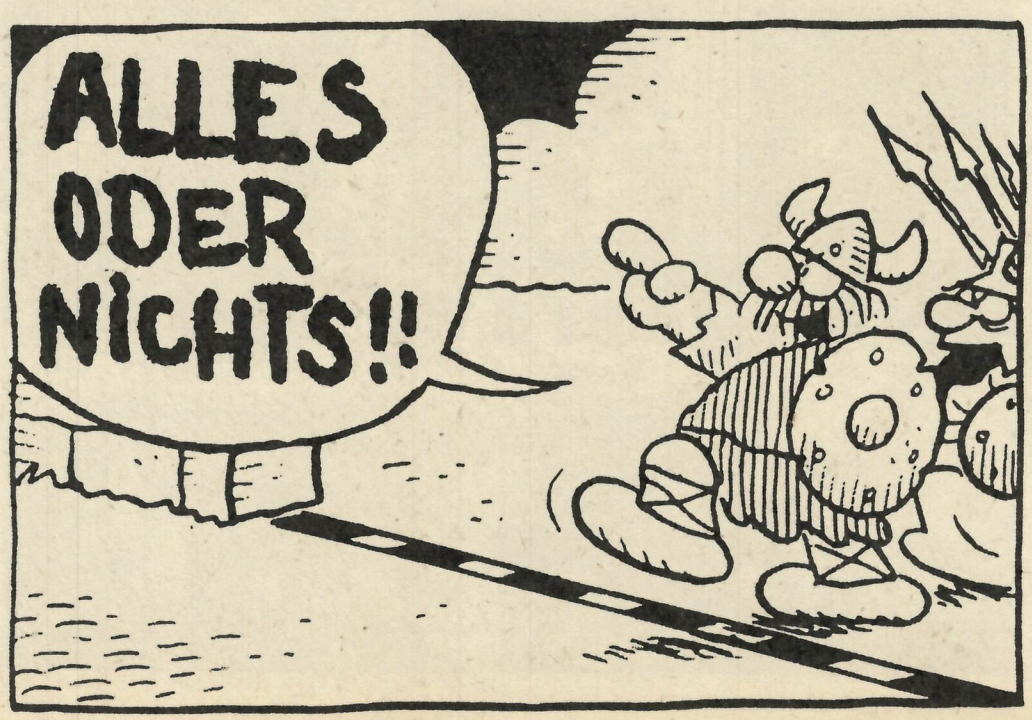
Die Abgeordneten der Regierungsparteien, die Adressaten des Briefes, werden auf einen Vorgang aufmerksam gemacht, der sie betreffen soll, "weil er letzten Endes in ihre parlamentarische Verantwortung fällt": Der Verfassungsschutz hat das SB zu einer "links-extremistischen Gruppe" erklärt. Damit wurde das SB in eine Rubrik eingereiht, deren wesentliches Kennzeichen laut Bericht "die oft bis zum Ekel und Haß gesteigerte Ablehnung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung" ist. Laut Verfassungsschutz gehört das SB zu jenen Gruppen, die "die demokratische Ordnung zersetzen und zerstören wollen".

Soweit Narr/Gollwitzer. Die Richtung der Argumentation wird hier schon klar. Der Brief macht die Abgeordneten nicht darauf aufmerksam, daß der Staat, den sie legitimieren, politischen Gruppierungen den Feindstempel aufdrückt, um auf dieser Grundlage seinen Gewaltapparat gegen sie einsetzen zu können, sei es durch Berufsverbote, Überwachungen, Zensur, Kriminalisierung. Gegenstand der Empörung ist auch nicht die Tatsache, daß seit Jahren große Teile der Linken auf dieser Grundlage zunehmend illegalisiert werden. Kritisiert wird nicht die staatliche Repression, die der Verfassungsschutzbericht ja nur aufs richtige Objekt lenken soll. Kritisiert wird, daß sie auf Grundlage des diesjährigen Berichtes zu Unrecht das SB trifft. Denn ganz nach dem St.-Florians-Prinzip (behüt mein Haus – zünd andere an) versucht der Brief die Abgeordneten davon zu überzeugen, daß die Einordnung des SB in die Rubrik "Linksextremismus", präzisiert als Ekel und Haß der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber, falsch sei.

Das erste Argument hierzu ist die unordentliche und schludrige Arbeitsweise des Verfassungsschutzes: "Als Beweis für diese Charakterisierung zieht der Bericht nichts weiter als einige aus dem Zusammenhang gerissene Begriffe und ein Zitat aus einem Diskussionsentwurf für 'Thesen des SB' heran, wonach das SB 'Revolution' auf gewalthafte Weise anstrebe."

Diesem Hinweis auf die kritikwürdige und zu Mißtrauen Anlaß gebende Schludrigkeit des Verfassungsschutzes folgt dann das Argument, das die Abgeordneten positiv überzeugen soll: "Daß eine solche Qualifizierung des SB mit der Realität dieser Gruppierung und der in ihr zusammenarbeitenden Menschen nichts zu tun hat, läßt sich bei näherem Hinsehen leicht erkennen. Im SB sind etwa 1.500 Linkssozialisten organisiert, deren politischen Standpunkt man nicht teilen mag, denen aber niemand, der sie kennt, absprechen wird, daß sie als Lehrer und Hochschullehrer, als Sozialarbeiter, in Jugendorganisationen und Gewerkschaften usw. täglich darum bemüht sind, für menschenwürdige und demokratische Zustände zu wirken. Wer diejenigen, die im SB politisch organisiert sind, auch nur einigermaßen zur Kenntnis nimmt – und man kann dies aufgrund der allemein zugänglichen Publikationen –, kann es nur als gezielte Verzerrung empfinden, daß ihre Handlungen als 'zersetzend' und 'zerstörerisch' abgestempelt werden."

Mit dieser Argumentation wird die eigene Legitimität durch die Zurückweisung des Vorwurfs 'zersetzender' Aktivitäten gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung begründet. Man versucht also zum einen, die eigene Legitimität durch den Beweis konstruktiven Verhaltens denjenigen gegenüber zu sichern, die gerade dabei sind,



Pianoforte, nix Kultura

Der Herr Steinweg, den Künstler Steinway nennen, seit er sich mit seiner Klavierfabrik auch in New York niedergelassen hatte, jener also und seine geschäftstüchtigen Nachkommen bauten sie, die besonderen Flügel. Sie sind die Schmuckstücke westdeutscher Konzertsäle.
In eben einem solchen, der Stuttgarter Liederhalle, fand zum Jahresende Anno Domini 1978 ein Konzert statt: der "Canto General" – Texte Pablo Nerudas, vertont von Mikis Theodorakis, aufgeführt vom 70köpfigen Tübinger Chor gleichen Namens, dem Chor "Canto General". Und eben dieser Chor benötigte für sein Konzert (Veranstalter: das Stuttgarter SZ und die Sozialistische Jugend) gleich zwei Klaviere. Der Erlös der Veranstaltung (Nettoüberschuß: DM 1.300,--) wurde der Opposition in Nicaragua überwiesen.
Freilich, bevor es dazu endlich kam, brauchte man besagte zwei Klaviere. Eines dieser niedlich-teuren Dinger stand auf der Bühne, durfte jedoch nicht betastet werden: Denn es ist "Konzerten vorbehalten". Ob denn der "Canto General" kein Konzert sei, wollten die Veranstalter von der städtischen Verwaltung wissen. Schon, schon, hieß es da sinngemäß – aber eben nicht "so eins" – kein "klassisches".
Ergo könne besagtes Pianoforte städtischerseits auch nicht herausgerückt werden – Theodorakis-Musik hin, Neruda-Text her.

PETER GROHMANN

sie abzubauen. Zum zweiten ist aus dieser Argumentation doch der Schluß zu ziehen, daß all diejenigen, die unserer "demokratischen Ordnung" tatsächlich weniger konstruktiv gegenüberstehen, durchaus zu Recht zum Objekt staatlicher Repressionsmaßnahmen werden.

Und noch etwas verdient festgehalten zu werden: Der konstruktive Charakter des SB wird mit den Bemühungen seiner Mitglieder um "menschenwürdige und demokratische Zustände" begründet. Nun sind wir aber in unserer Politik doch bisher von der Erkenntnis ausgegangen, daß menschenwürdige Verhältnisse in dieser Staats- und Gesellschaftsordnung gerade nicht zu verwirklichen sind. Ein Grund übrigens, weshalb die Gefühle, die wir ihr gegenüber empfinden, auch nicht die zärtlichsten sind.

Argumentiert man, die Einreihung des SB in die Rubrik "linksextrem" sei der schlampigen Arbeitsweise des Verfassungsschutzes geschuldet und bei genauerem Hinsehen durch die Verantwortlichen leicht als Fehleinschätzung zu erweisen, so ist es auch konsequent, in der geschehenen Weise an die Parlamentarier zu appellieren. Diese sollen nun ihre Kontrollaufgabe wahrnehmen und dafür Sorge tragen, daß die unbegründete Diffamierung des SB zurückgenommen wird. Das SB soll öffentlich, also wohl von offizieller, staatlicher Seite, rehabilitiert und vom rufmörderischen Makel des "Linksextremismus" befreit werden. ("Wir möchten Sie bitten, diesen Vorgang zum Anlaß zu nehmen, Ihre Aufgabe als parlamentarische Kontrollinstanz auch des Verfassungsschutzes wahrzunehmen und für eine öffentliche Revision dieser Diffamierung zu sorgen.")

Diese Forderung ist eingebettet in eine allgemeinere politische Perspektive: Gut demokratietheoretisch wird an die Abgeordneten appelliert, den Kompetenzanmaßungen des Verfassungsschutzes entgegenzutreten und sich auf die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten des Parlaments zu besinnen. Als ob durch den guten Willen der Verantwortlichen, der Verfassung gerecht zu werden, demokratischere Verhältnisse zu erreichen wären!

Wir wollen mit unserer Kritik nicht überbügeln, worum es Narr/Gollwitzer in diesem Brief zuallererst ging: Natürlich wurde er aus der Absicht heraus geschrieben, dem Zugriff staatlicher Gewalt entgegenzutreten. Seine Argumentation allerdings ist geradezu ein Lehrstück dafür, wie der Versuch, demokratische Rechte unter Berufung auf die bürgerliche Demokratie zu sichern, zu einer Bestätigung des idealen bürgerlichen Staates werden kann. Und das ist so sicher nicht Position des SB!

Wie aber soll die Kritik staatlicher Repressionsmaßnahmen dann eigentlich aussehen? Hierzu nur einige, sicher nicht neuen Anmerkungen: Abzulehnen ist die falsche Alternative zwischen einem lediglich taktischen Bezug auf demokratische Rechte und der Bejahung der verfassungsmäßigen "demokratischen Ordnung". Für uns muß klar sein, und wir müssen nach außen auch unmißverständlich klarmachen, daß Grund- und Menschenrechte – wie sie in der bürgerlichen Verfassung nur postuliert sind – realer Bestandteil unserer politischen Ziele und unserer Verkehrsformen sind. Für uns heißt dies aber auch, die mit der staatlichen Garantie zugleich gesetzte Einschränkung von Rechten zu kritisieren. Allerdings, auch in ihrer Einschränkung innerhalb der bürgerlichen Demokratie halten wir die Erhaltung dieser Rechte für eine Voraussetzung sozialistischer Politik und, mehr noch, schlicht für notwendig, um weitaus unmenschlichere Herrschaftsformen zu verhindern. Im Kampf gegen staatliche Gewalt kann es Sozialisten aber nie darum gehen, durch Einklagen des ideal verfaßten Staates und entsprechend durch eine Selbsteinordnung in den von ihm gesteckten Rahmen des Zugelassenen (bzw. noch nicht "Linksextremen") staatlichen Repressionsmaßnahmen abzuwehren. Freiheiten sind nicht durch die Berufung auf Herrschaft zu begründen – und sei sie noch so verfassungsgemäß!

Ein sinnvolleres Vorgehen gegen die dieses Jahr zum zweiten Mal erfolgte Erwähnung des SB im Verfassungsschutzbericht wäre daher nach unserem Verständnis gewesen, in einer öffentlichen Stellungnahme darauf hinzuweisen, inwiefern diese repressive Maßnahme durch Organe des bürgerlichen Staates den herrschenden Interessen entspricht und wie sie von da aus, durchaus noch im Rahmen bürgerlicher Demokratie, den Zugriffsbereich staatlicher Gewalt auf Kosten bestehender Freiheiten ausbaut.

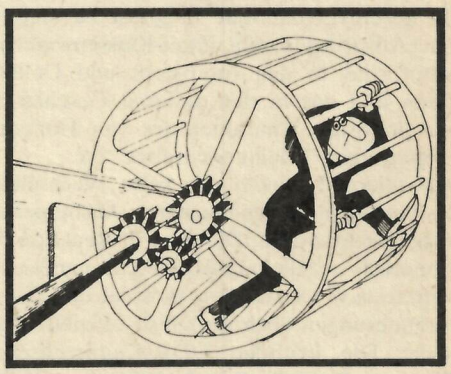
Eine argumentative Gegenstrategie durch eine sozialistische Organisation darf von daher nicht lediglich defensiv der eigenen Verurteilung zu entkommen versuchen, sondern sie muß offensiv aufzeigen, daß ihre Ziele sich an den materialen und emotionalen Lebensbedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung orientieren, daß deshalb ihre Aktivitäten legitim sind und von daher den eigenen Legalitätsspielraum zu sichern und zu erweitern suchen!

Infos der SB-Arbeitsfelder

Hiermit bieten wir die fortlaufenden Nummern mehrerer Jahrgänge der Informationsdienste der Arbeitsfelder des SB jeweils zu Sonderpreisen an:

Informationsdienst Arbeitsfeld Schule, Hefte 25 bis 31, Jahrgänge 1976/1977, u.a. zu folgenden Themen ● Thesen zur Situation und Aufgabe sozialistischer Lehrer ● Repression/Schulkonflikte ● Lehrerausbildung ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ● Lehrerzentren ● Schülerbewegung ● Schulalltag.
Die einzelnen Info-Broschüren würden zusammen DM 29,-- kosten, der reduzierte Abgabepreis ist DM 15,--.

Informationsdienst Gesundheitswesen, Hefte 2 bis 10, September 1974 bis Jahrgang 1977, u.a. zu folgenden Themen ● Krankenhaus ● Ambulante Versorgung ● Politische und gewerkschaftliche Arbeit am Krankenhaus ● Konzept für kooperative Ambulanz ● Gesundheitswesen und bürgerlicher Staat ● Gegen Standespolitik – für eine soziale Medizin ● Mediziner-Ausbildung.
Die einzelnen Info-Broschüren würden zusammen DM 38,-- kosten, der reduzierte Abgabepreis ist DM 20,--.



Informationsdienst Sozialarbeit, Hefte 11 bis 18, Jahrgänge 1976/77, u.a. zu folgenden Themen ● Institutionelle Probleme stadtteilbezogener Sozialarbeit ● Sozialarbeit und Jugendarbeitslosigkeit ● Alternative Psychiatrie ● Studium und Berufspraktikum ● Gewerkschaftsarbeit in der ÖTV ● Kindergartenarbeit ● Heimerziehung – Kritik und Alternativen.
Die einzelnen Info-Broschüren würden zusammen DM 39,50 kosten, der reduzierte Abgabepreis ist DM 20,--.

Es versteht sich, daß jeweils nur jede Serie zusammen zu dem Sonderpreis abgegeben werden kann, d.h. einzelne Hefte werden nach wie vor zum regulären Preis verkauft. Alle Informationsdienste sind broschiert und haben einen festen Umschlag.
Die Lieferung der vorstehend zusammengestellten Jahrgänge der Arbeitsfeld-Infos erfolgt ausschließlich gegen Vorauszahlung und portofrei (der Bestellung also gleich den Gegenwert durch Verrechnungsscheck oder in Bargeld beifügen) über den Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

"Soldat, Soldat ..."

Zum Wehrunterricht in der DDR

Von Hubertus Knabe

Seit dem 1. September 1978 gehört obligatorisch Wehrunterricht zum Unterrichtsprogramm der polytechnischen Oberschulen in der DDR. Gegen die Einführung dieses Unterrichts erhob sich vor allem seitens Mitgliedern der Evangelischen Kirche vielerorts Protest. Hubertus Knabe stellt im folgenden Inhalt und Hintergründe der Auseinandersetzungen um den Wehrunterricht in der DDR dar.

Die Einführung des neuen Faches ist parallel zu einer allgemeinen Entwicklung erfolgt, die kurzfristig breiter gewordenen Spielräume wieder einzuengen.

Wehrunterricht statt "Liberalisierung"

Die vorsichtige "Liberalisierung" im Zusammenhang mit der Entspannungs- und der Wohlstandspolitik der ersten Hälfte der 70er Jahre ist schon seit längerem an ihre ökonomischen und politischen Grenzen gestoßen. Signalisierten die Respektierung des Westfernsehens, die "Verwestlichung" von Mode und Musik etc., die Konflikte und Widersprüche möglicherweise zu entschärfen, hat gerade die seit dem VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 revidierte Politik in neue Widersprüche geführt: Materielle Engpässe bei steigenden Ansprüchen, ein Zwei-Klassenwarenangebot (das in den Intershops und Delikatläden und das in den anderen Geschäften), der politische Charakter des von Honecker propagierten "Meinungsstreites" etc.
Schockierend wirkte das kalte Wechselbad, das vor allem an der Biermann-Ausbürgerung festgemacht wurde. Die scharfe Reaktion des Apparates auf die politischen Krisenanzeichen weitete sich schnell aus. Beispiel der Klimaveränderungen auch im kultur-offiziellen Bereich: Die kritische DDR-Kulturzeitschrift "Temperamente", die seit 1976 (dem Höhepunkt der Integrationsversuche) im Verlag "Neues Leben" herausgegeben wurde, mußte Anfang Juli 1978 ihr Erscheinen einstellen.
Die Formierung einer Gesellschaft beinhaltet immer zweierlei: die rigorose Ausgrenzung und Disziplinierung ihrer Kritiker und ein abgestuftes System gesellschaftlicher Herrschafts- und Anpassungsmechanismen überhaupt.
Bei den eher im Vorfeld wirkenden Mechanismen der gesellschaftlichen Anpassung spielt die junge Generation in der DDR eine ganz besondere Rolle: Ihr höheres Bildungsniveau läßt sie stärker als die Älteren den Widerspruch zwischen Sozialismusphrasen und den täglichen Erfahrungen in Schule, Betrieb und Freizeit wahrnehmen. Die Betonung des privaten Bereichs und Lethargie, aber auch ein ungeheurer Überdruck sind die Folge, ein Überdruck, der sich explosionsartig entladen kann –, wie die Zwischenfälle am Alexanderplatz in Berlin zeigen, bei denen angeblich mehrere Polizisten von den Jugendlichen getötet (!) oder schwerverletzt worden sein sollen.
In der DDR bemüht man sich deshalb, schon in der Erziehung die widerspruchsvolle Gesellschaftsstruktur zu stabilisieren, d.h. die individuelle Anpassung an autoritäre Herrschaft zu erreichen.

Ausweitung und Vorverlegung des Wehrunterrichts

Ein Baustein – und um den soll es hier gehen – ist zweifellos die militärische Schulung und Ausbildung der Jugendlichen in der DDR. Dabei geht es weniger um die Fähigkeit, mit der Waffe umgehen zu können, als vielmehr um die Ausweitung militärischer (Gehorsams-) Sturkturen auf die Erziehung überhaupt: Kinder- und Jugendzeitungen sowie Lehrbücher bestehen bis zu 12% aus militärischen Inhalten; die Pionierorganisation „Ernst Thälmann" richtet das Kinder-Manöver „Freundschaft"aus; in den Schulen werden paramilitärische Wettkämpfe abgehalten ("Manöver Schneeflocke", Hans-Beimler-Wettkämpfe); in den 11. und 12. Klassen der Erweiterten Oberschule findet ein wahlfreier Lehrgang statt ("Grundfragen der Militärpolitik und des bewaffneten Schutzes der DDR"); die Berufsausbildung ist abhängig von der Teilnahme an einem Lager der Gesellschaft für Sport und Technik (GST), einer paramilitärischen Organisation in der DDR; Militärlager und Zivilverteidigungslager sind für Studenten Pflichtbestandteil des Studiums; insgesamt erfaßt die GST 90% aller wehrpflichtigen Jugendlichen vor deren Einberufung; das früher einmal generell verbotene Kriegsspielzeug beherrscht heute die Schaufenster der Spielwarenläden und findet verstärkt in den Kindergärten Verwendung.
Der Wehrunterricht, der am 1. September an den Polytechnischen Oberschulen der DDR eingeführt wurde, steht damit – und das ist wichtig – in einer Kontinuität, er führt die Entwicklung fort. Er sieht vor:
– vier Doppelstunden Wehrtheorie in der 9. Klasse,
– ab September 1979 vier Doppelstunden Wehrtheorie auch in allen 10. Klassen,
– ein zweiwöchiger Lehrgang mit Geländeübungen am Ende des Schuljahres,
– ein zunächst "freiwilliges", später obligatorisches vormilitärisches Lager für Jungen von zwei Wochen einschließlich deren Ausbildung an der Waffe. Leitung und Ausbildung werden durch Offiziers- und Unteroffiziersschüler der NVA erfolgen. In diesen Lagern gilt ein militärisches Reglement in Ablauf, Ordnung, Anrede, Uniformen; kein Urlaub, kein Besuch, kein Alkohol, kein Rauchen. Die Ausbildung wird den Umgang mit Waffen umfassen (Kleinkaliber). Vor allem aus materiellen Gründen werden 1979 zunächst nur etwa 20% der Jungen der 9. Klassen in diesen Lagern erfaßt, bis 1983 soll die Kapazität auf (fast) 100% gesteigert werden.
– Eine dreitägige Abschlußprüfung für den Bereich Wehrkunde am Ende des 10. Schuljahres.

Bemerkenswert hieran ist vor allem die Vorverlegung der militärischen Erziehung in ein Alter (13 bis 15 Jahre), wo die selbständige Auseinandersetzung mit Sinn und Form militärischer Ausbildung nur schwer möglich ist. (Ausbildung an der Waffe in diesem Alter gab es bisher freilich auch schon über die GST – allerdings auf freiwilliger Basis.)
In engem Zusammenhang mit den oben skizzierten gesamtgesellschaftlichen Widersprüchen in der DDR als Folge ihrer veränderten Politik seit 1971 und andererseits der sozusagen "permanenten Krise" in der jungen Generation in der DDR stehen die spezifischen Gründe, die die SED möglicherweise dazu veranlaßt haben, das neue Fach als Stabilisierungsfaktor heranzuziehen.
Anfang der 70er Jahre wurde nämlich gerade die Jugendpolitik grundlegend verändert: Die Jugendlichen sollten stärker als bisher ihre eigenen Bedürfnisse artikulieren können, sie sollten "ihre" Musik hören, "ihre" Kleidung tragen können, kurz: mehr kompensatorischen Freizeitvergnügungen nachgehen (dürfen). Die sich bis dahin immer nur im halblegalen Raum bewegende "Jugendbewegung" der DDR wurde gewissermaßen gesellschaftsfähig. Aus den informellen Jugend-Treffs wurden Discotheken, den unorthodoxen Musikgruppen wurde oft eine Karriere eröffnet – oder aber sie wurden aufgelöst. Statt gewaltsamer Politisierung durch verschrobene Jung-Funktionäre orientierte sich die FDJ mehr an bedürfnisnaher Freizeitgestaltung für Jugendliche.
Die Folge war: Eigene Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen begannen sich relativ breit zu entwickeln (wenn auch weniger radikal als zuvor), gerieten aber sehr leicht in Widerspruch zu den gleichwohl weiterbestehenden Restriktionsmechanismen. Und in einem System politischer Zwangsvergesellschaftung richtet sich dieser Widerspruch notwendig gegen den Staat.
Wenn in einer "Information (der CDU-Ost – H.K.) über die Einführung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen" zur Begründung des neuen Faches hingewiesen wird auf die "unverminderte (!) Aggressivität des Imperialismus" und damit auf die Notwendigkeit der "unablässigen (!) Stärkung der Verteidigungsbereitschaft", dann ist damit gleichsam innere Stabilisierung gemeint. Ziel sei nämlich, "die klassenmäßige internationalistische und patriotische Haltung der Jugend noch weiter auszuprägen, sie zur Liebe und Treue zu ihrem sozialistischen Vaterland zu erziehen. Es gilt, die Wehrbereitschaft und die Wehrfähigkeit der Jugend systematisch und planmäßig vorzubereiten und zu fördern."
Es macht dem Apparat keine Schwierigkeiten, trotz der auf Entspannung hinzielenden Außenpolitik (und der schrittweisen tatsächlichen Veränderungen im Verhältnis zu den kapitalistischen Staaten) mit der "Bedrohung durch den Klassenfeind" die innere Formierung ideologisch zu untermauern.

Widerstand

Eine öffentliche Diskussion um die Einführung des Wehrunterrichts in der DDR hat es nie gegeben. Während bei der Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahre 1968 oder des Jugendgesetzes von 1975 wenigstens formal öffentlich informiert und diskutiert wurde, fürchtete man bei der Problematik des

Wehrunterrichts augenscheinlich den Widerstand.
So tauchten erst Anfang 1978 die ersten Gerüchte auf, die DDR beabsichtige die Einführung eines Faches "Wehrunterricht" oder "Wehrkunde" (es kursierten verschiedene Bezeichnungen) in den oberen Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen. Später wurde bekannt, daß Lehrer über die geplante Einführung eines solchen Faches in den 9. und 10. Klassen informiert worden seien.
Ein Informationspapier eines CDU-Kreisverbandes zur Agitationsanleitung von CDU-Funktionären brachte die schriftliche Bestätigung. Unter der Hand wurde dieses Papier vor allem in kirchlichen Kreisen durch zahlreiche Abschriften und Verlesungen weiterverbreitet.
Bis zu diesem Zeitpunkt gab es aber keinerlei Bestätigung von staatlichen Stellen; auch die Eltern schulpflichtiger Kinder wurden über das neue Fach nicht informiert.
Der Widerstand gegen die Einführung des Wehrunterrichtes in der DDR konnte vor allem in den Kirchen seinen politischen Ausdruck finden. Das geschah auf zwei Ebenen: Auf der einen Seite die Verhandlungen der Konferenz der Kirchenleitung (KKL) mit den staatlichen Stellen und die öffentliche Stellungnahme der Kirchenführung (die jedoch immer bemüht bleiben mußte, den mit dem Gespräch zwischen Honecker und dem Vorstand der KKL am 6.3.1978 eröffneten Dialog zwischen Kirche und Staat nicht zu sehr zu belasten) – und auf der anderen Seite der breite Protest der Gegner des neuen Faches an der Basis, der besonders von Studentengemeinden und Jungen Gemeinden getragen wurde:
– In verschiedenen Gemeinden wurden Arbeitskreise o.ä. gebildet, die sich mit der Problematik beschäftigten.
– In zahlreichen Briefen an den Bischof wurde dieser aufgefordert, sich bei Gesprächen mit staatlichen Stellen um einen Verzicht auf den Wehrunterricht zu bemühen.
– In der ESG Naumburg und Dresden wurden Appelle verfaßt, die – namentlich unterzeichnet – an die Öffentlichkeit gebracht wurden. (Auch hier im Westen, da in der DDR nichts veröffentlicht wurde.) Eine öffentliche Verlesung des Dresdener Appells am 13.6.1978 wurde durch staatliche Intervention verhindert.
– Unterschriftensammlungen für Briefe und Eingaben an staatliche Stellen sind in der DDR anmeldepflichtig. Da keine Aussicht auf Genehmigung einer solchen Unterschriftensammlung bestand, war die einzig mögliche legale Form, Widerstand zu artikulieren, die der individuellen Eingaben nach dem Eingabengesetz vom 19.6.65.
Reaktion der Behörden: Alle, die das Ministerium für Volksbildung angeschrieben hatten, erhielten eine einheitliche Antwort; sie war drei Sätze lang, vermied sorgsam das Wort "Wehrunterricht" und mißverstand die (oft jugendlichen oder studentischen) Eingabeschreiber bewußt als Eltern schulpflichtiger Kinder. Weitere Beschwerden oder Eingaben an den Rechtsausschuß der Volkskammer der DDR, die die unzureichenden Antworten kritisierten, wurden nicht mehr beantwortet.
Auf den Kirchentagskongressen in Leipzig (26./27.5.78), Erfurt (4.6.78: 25.000 Besucher) und Stralsund konnte der Protest zusammenfließen und sich vor einer größeren Öffentlichkeit artikulieren.
Am 1. Juni 1978 wurden der Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitung (KKL) und seine Stellvertreter vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, offiziell und ausführlich über das neue Fach informiert. Der Anfang Mai in einem Schreiben an den Staatssekretär geäußerten Bitte, den Wehrunterricht nicht einzuführen, könne nicht entsprochen werden, hieß es. Die KKL beschloß daraufhin, sich mit einem "Wort an die Gemeinden" an ihre Anhänger zu wenden, das am 25.6.1978 ohne Behinderungen in allen Gottesdiensten der Evangelischen Kirche der DDR verlesen wurde. Dort heißt es:
"Die Konferenz befürchtet, daß durch die Einführung von obligatorischem Wehrunterricht die Erziehung zum Frieden im Bewußtsein gerade von Jugendlichen ernsten Schaden leidet und die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR in Frage gestellt wird."
Und andeutend, daß (unter Berufung auf den Artikel 20 der Verfassung) die Eltern aus Gewissensgründen ihre Kinder von dem neuen Fach fernhalten könnten: "Die Gewissen vieler sind belastet durch die Entscheidungen, die sie zu treffen haben."
Ein zweites Schreiben an den Staatssekretär für Kirchenfragen blieb unbeantwortet.
Seit dem 1.9.1978 gehört das neue Fach zum Lehrplan.
Der Opposition gegen die Einführung des Wehrunterrichtes ist es gelungen, zumindest in einem gesellschaftlichen Teilbereich – der Evangelischen Kirche und bei anderen interessierten Kreisen – eine Öffentlichkeit für die Problematik herzustellen. Das ist beachtenswert, weil diese Öffentlichkeit notwendige Voraussetzung für gemeinsames politisches Handeln überhaupt ist. Gerade in der DDR aber stellen sich hier (mehr noch als in anderen Ostblockstaaten) immense Schwierigkeiten in den Weg. Die Presse ist natürlich eingebunden in den Herrschaftsapparat, überhaupt sind sämtliche Medien beim Staat monopolisiert. Oppositionelle Gewerkschaftszeitungen wie in Polen sind hier undenkbar.
Das erklärt auch die Bedeutung der christlichen Opposition in der DDR. Die Kirche ist – bei allem politischen Druck, dem auch sie ausgesetzt ist – die einzige legale Institution, in der außerhalb des Apparates politische Zielbestimmungen diskutiert und politische Praxis geübt werden kann, organisiert und nicht individuell.
Der Widerstand gegen den Wehrunterricht in der DDR hat das neue Fach nicht verhindern können. Die Ursachen dafür sind evident: Die engen Spielräume, die jede öffentliche politische Diskussion verbieten, das daraus resultierende Fehlen einer halbwegs intakten politischen Kommunikations- und Infrastruktur, kurz, die aktuellen Herrschafts- und Kräfteverhältnisse in der DDR. Vielleicht spielt aber auch die mangelnde Solidarität aus dem Westen eine Rolle; zu sehr nämlich wurde hier die Problematik den Schlagzeilenschreibern der bürgerlichen Presse überlassen.

Aus Christian Schaffernicht: Vaterlandshiebe

Die Angst schwindet

Ein Bericht aus Chile

Von Birgit Rothe

Seit einigen Jahren verbringt Birgit Rothe 2 bis 3 Monate des Jahres bei Verwandten in Süd-Chile. Welche Organisationsformen des Widerstandes gegen die politische und wirtschaftliche Repression sich in Vorstädten entwickeln, beschreibt sie aus ihren Erfahrungen während ihres letzten Aufenthalts im Sept./Okt. 1978 in Concepción, einer Industriestadt im Süden Chiles.

Gefängnis-Szene

Wie immer am Sonntag, bildet sich eine lange Schlange von Frauen und Kindern vor dem Männergefängnis in Santiago. Wir, zwei Gringos, stehen auch in der Reihe. Gleich wird sich die Tür öffnen, wir werden uns wieder einzeln abtasten lassen, unseren Paß abgeben und dann in den Raum gehen, in dem die politischen Gefangenen auf ihren Besuch warten.

Plötzlich kommt die Menschenschlange ins Stocken. Ein Mädchen kommt zurück, spricht mit den anderen Frauen, großes Gedränge, aufgeregtes Reden, ich kapiere überhaupt nichts. Dann sagen sie uns, daß 19 politische Gefangene Besuchsverbot hätten zur Strafe – für was, weiß man nicht –, daß sich die übrigen politischen Häftlinge mit ihnen solidarisiert hätten und auch keinen Besuch empfangen wollten ...

Die Leute sind sehr beunruhigt. Sie befürchten, daß etwas Schlimmes passiert sei und bedrängen die Aufseher mit Fragen. Nach einigen Minuten ist klar, daß sie sich nicht einfach abwimmeln lassen, die Aufseher geben nach, sie lassen uns in die Besucherhalle und sagen, der Sprecher der politischen Gefangenen werde uns selbst die Lage erklären.

Alle stürmen hinein. Es bildet sich eine Menschentraube an einem Ende des Besucherraums um eine Steinbank, und dann kommt Mario, mit ihm kommen die Aufseher. Er stellt sich auf die Steinbank und, umringt von seinen Aufsehern mit ihren Gewehren, sagt er entschlossen: "Die Gefängnisaufseher, die Lakaien der Diktatur, haben die Nahrungsmittel geklaut, die uns das Rote Kreuz gegeben hat" – seine Hände zittern – "vorgestern hat die CNI wieder zwei Genossen aus dem Gefängnis geholt und gefoltert. Das ist schon längere Zeit nicht mehr der Fall gewesen. Ein Teil von uns hat in der Nacht Löcher in die Zellenwände geschlagen, um sich wenigstens verständigen und Krach schlagen zu können, wenn weitere Genossen abgeholt werden. Dafür haben sie Besuchsverbot bekommen und sollen in Einzelhaft gesteckt werden. Alle anderen haben sich mit ihnen solidarisiert und wollen auch keinen Besuch empfangen."

Und jetzt geschieht etwas Erstaunliches. Vor den Augen der Aufseher wird ein Programm aufgestellt; die Angehörigen werden amnesty international informieren, die und die Zeitung. Und morgen wird man sogar im Rundfunk über den Vorfall hören. 10 Minuten später kommen plötzlich alle politischen Gefangenen heraus, die Gefängnisdirektion hat das Besuchsverbot für alle aufgehoben. Am nächsten Tag berichten Radio und Zeitungen.

Einige Tage später, am Todestag von Che Guevara, kommen Genossen mit Gitarren ins Gefängnis und drinnen singen alle zusammen das Che Guevara-Lied. Clotano Blest, der Gründer der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT, ist auch dabei. In den Ecken stehen die Aufseher mit ihren Gewehren. Wieder einige Tage später erfahren wir, daß vier der politischen Gefangenen in einem Zivilprozeß zu lebenslänglich und 15 Jahre verurteilt worden sind; das Urteil aus dem Militärprozeß, in dem sie wegen genau des gleichen Sachverhaltes angeklagt sind, steht noch aus. Die Strafen werden sich addieren.

Veränderungen

Innerhalb des letzten Jahres hat sich in Chile sehr viel verändert. Die Menschen verlieren immer mehr die Angst, und so gab es großen Widerstand gegen die Volksabstimmungsfarce Pinochets Anfang des Jahres 1978, es gab die offene massenhafte Spaziergangsdemonstration am 1. Mai im Zentrum Santiagos, und es gab den Hungerstreik der Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen. In 6 Kirchen Santiagos, dem UNICEF-Gebäude, dem Sitz des Roten Kreuzes und in anderen großen Städten des Landes hungerten über 200 Menschen, hauptsächlich Ehefrauen und Mütter von Verschwundenen. 10 Wochen später boykottierten die Kupferarbeiter in der größten Mine des Landes, in Chuquicamata, die Kantinen. Ihnen folgten die Textilarbeiter von Tomé.

Im September schrieb die nationale Gewerkschaftskoordination einen offenen Brief an Pinochet, in dem die Lage des Landes nach 5 Jahren Diktatur angeprangert wird: 2.500 Verschwundene, Massenarbeitslosigkeit, Inflation, Unterernährung und Hunger chileni-

scher Kinder und Verlust sämtlicher demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte. Die Antwort der Junta waren Verhaftungen in Chuquicamata, außerdem wurden über 300 Menschen kurzfristig im ganzen Land festgenommen, gefoltert, verhört und wieder freigelassen. Schließlich das jüngste Verbot der wichtigsten Gewerkschaftsverbände.
Gegen die politische und wirtschaftliche Repression, die in den Vorstädten besonders spürbar ist, entwickeln sich besondere Organisationsformen des Widerstandes auf Stadtteilebene:

Der Widerstand im Stadtteil

Die Arbeitslosen gründen eigene Werkstätten; es gibt Bäckereien, Schreinereien, Druckereien, Wäschereien, Autowerkstätten und Lederwerkstätten. Fast alle sind halb illegal, ohne Lizenzen, dürfen so auch keine Werbung für sich machen und können ihre Produkte nur untereinander auf Stadtteilebene weitergeben. Die einzelnen Werkstätten sind zusammengeschlossen zu einem großen Verband. Jeder, der in einer Werkstatt arbeitet, ist verpflichtet, auch in einer Arbeitsgruppe mitzumachen. Die Arbeitsgruppen beschäftigen sich beispielsweise mit Arbeitsplatzbeschaffung für die Mitglieder der Werkstätten, mit wichtigen Informationen aus Zeitungen, der Arbeitsgesetzgebung oder mit kultureller Arbeit. Es gibt Theater-, Folklore- und Musikgruppen, auf deren Veranstaltungen andere Leute angesprochen und Dinge ausgesprochen werden können, die sonst verboten sind.
Es soll also zweierlei erreicht werden: 1. eine materielle Existenzgrundlage zu schaffen 2. davon ausgehend die Möglichkeit und Realisierung politischer Arbeit.
Die Werkstätten pflegen gute Kontakte zu anderen Organisationen mit ähnlichen Zielsetzungen. Man liefert also nicht nur Brötchen aus der Bäckerei in die Volksküche des gleichen Sektors, sondern macht auch gemeinsame Musikveranstaltungen in den Räumen der Volksküche. In den Organisationen der Werkstätten, der Volksküchen, der Angehörigen der Verschwundenen, der ehemaligen politischen Gefangenen, arbeiten Leute aller politischer Parteien und Unorganisierte zusammen. Unterschiedliche politische Konzeptionen der Mitarbeitenden hemmen in keiner Weise die konkrete Arbeit im Widerstand. Das war für mich eine sehr wichtige Erfahrung, ebenso die Herzlichkeit im Umgang miteinander. Ich glaube, all das hat einen entscheidenden Einfluß auf das Standvermögen der einzelnen.

Subtileres Vorgehen

Die Junta sieht schließlich nicht tatenlos zu, wie der Widerstand wächst, sondern sie reagiert, und zwar sehr geschickt.
Die offensichtliche Terrordiktatur der ersten Zeit nach dem Putsch wandelt sich unter nationalem und internationalem Druck zu einem subtiler vorgehenden Regime. Es werden nicht mehr "Rädelsführer" verhaftet, um sie für Jahre in Konzentrationslagern verschwinden zu lassen und sich Vorwürfe der Menschenrechtsverletzung gefallen lassen zu müssen, nein, jetzt geht man das schlauer an. Man verhaftet einfach alle möglichen Leute – deinen Nachbarn, deinen Onkel, dich – zack, zack von der Straße weg, das geht jetzt ganz schnell, foltert sie, behält sie 4-5 Tage, um Informationen über den Widerstand zu bekommen und läßt sie dann auf einer abgelegenen Straße wieder laufen.
Oder man geht durch die Uni, durch einen Betrieb und fragt ganz gezielt nach einer bestimmten Person. Und jeder, den man fragt, weiß, daß schon wieder jemand gesucht wird und er selbst der übernächste sein kann.
Jeder Tourist, der durch Chile reist, sieht davon selbstverständlich nichts, er sieht überhaupt wenig Polizei und hört keine Schüsse fallen. So steigt das chilenische Image allmählich wieder, Schritt für Schritt, schließlich hat es kürzlich sogar "freie" Gewerkschaftswahlen gegeben. Was ich zu Beginn meines Aufenthaltes widersprüchlich und unverständlich empfunden habe, wie die anfangs geschilderte Situation im Gefängnis, scheint mir jetzt folgerichtig.

Neue Hoffnung

Es zeigen sich überall die Zeichen eines Kräftevergleichs zwischen Junta und Widerstand und – die Junta ist nicht mehr überall stärker, wie zu Beginn. Noch vor einem Jahr waren Leute, die ich auf der Straße ansprach, immer sehr zufrieden mit der Junta. Jetzt äußern viele auf die gleiche Frage offen ihre Kritik.
Heuer konnte die Junta erstmalig keine Parade und Kundgebung auf der Praza de armas in Santiago zum 11. September durchführen. Es wäre niemand gekommen. Pinochet sprach über sämtliche Fernsehprogramme zur Nation, aber vor den Schaufenstern der Fernsehgeschäfte, vor denen sich sonst die Menschen versammeln, stand niemand.

"Philosophische Abende"

Charta '77 im dritten Jahr ihrer Existenz

Von Jan Koval

Jaroslav Sabata, Sprecher der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung Charta '77, der im Oktober letzten Jahres bei einem Treffen mit polnischen Oppositionellen verhaftet worden war, wurde Anfang Januar zu neun Monaten verschärfter Haft verurteilt. Die Aktivität der Charta '77 ist durch derartige Urteile allem Anschein nach jedoch nicht zu unterdrücken. Jan Koval berichtet.

Schon allein die Tatsache, daß die Charta '77 – nach zehnjährigem Bemühen der Bürokratie, die Opposition zum Schweigen zu bringen – jetzt schon in das dritte Jahr ihrer Existenz tritt, ist eine kleine Sensation. Es wäre freilich nicht nur falsch, sondern auch für die Charta '77 selbst schädlich, ihre Bedeutung überzubewerten; es ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Charta, zusammen mit dem polnischen Komitee für die gesellschaftliche Selbstverteidigung KOR, die aktivste oppostionelle Bewegung Osteuropas ist.
Ihre Mitgliederzahl hat sich bei etwas über einem Tausend Unterzeichnern eingependelt, von denen bisher nur ein einziger seine Unterschrift zurückgezogen hat. Seit dem Frühsommer 1978 entwickelt sie steigende Aktivitäten. Es finden – vor allem in Prag – sogenannte "philosophische Abende" statt; die "Prof. Patocka-Universität", die stark an die polnische "Fliegende Universität" erinnert, ist weiterhin tätig. Eine Fülle neuer Samizdat-Zeitschriften wird verbreitet: Neben der "Informace o Charte" – einer Mitteilungs- und Diskussionszeitschrift der Bewegung – existieren verschiedene kulturelle, politische, ökonomische und philosophische Zeitschriften.
Große Bedeutung fällt der Tätigkeit des "Komitees für die Verteidigung von zu Unrecht Verfolgten" zu. Dieses Komitee, das als eine Arbeitsgruppe der Charta '77 im April zu arbeiten begann, gibt numerierte Mitteilungen heraus, mittlerweise an die 60, in denen über Prozesse und andere Formen der Repression gegen die Charta-Unterzeichner informiert wird. Auf diese Weise erfährt die Öffentlichkeit auch über Prozesse und Verfolgung weniger prominenter Leute.
Bei aller Zurückhaltung möchte ich einen Aspekt in der oppositionellen Arbeit hervorheben: die internationalen Kontakte, die in diesem Sommer zwischen der tschechoslowakischen und polnischen Opposition zustandekamen und sich seitdem entwickeln konnten. Eine Zusammenarbeit der Opposition osteuropäischer Länder ist eine vollkommen neue Tatsache, die den bisher mehr oder weniger national beschränkten Charakter dieser Bewegungen überwindet.
Mehrere Teilnehmer des zweiten Treffens am 1. Oktober 1978 wurden an der tschechoslowakisch-polnischen Grenze verhaftet. Jaroslav Sabata, einer von ihnen, wurde inzwischen zu neun Monaten verschärfter Haft verurteilt. (Die verschärften Haftbedingungen wurden nach Mitteilung eines Charta-Mitglieds verhängt, da Sabata "ein Wiederholungstäter" sei.)
Sabata, 1968 Mitglied des ZK der KPTsch, war einer der hohen KP-Funktionäre, die es ablehnten, die Intervention von 1968 zu sanktionieren. Deshalb wurde er seiner Funktion enthoben. Er wurde in der sozialistischen Opposition aktiv, bis er schließlich 1971 verhaftet und zu 6 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt wurde. Aufgrund von internationalen Protesten wurde er 1976 entlassen; bald danach, im Januar 1977, stand seine Unterschrift auf der Gründungserklärung der Charta '77. Im Frühjahr 1978 wurde er zu einem der drei Sprecher dieser Bürgerinitiative gewählt.
Es ist ohne Zweifel auch ihm zu verdanken, daß viele der Aktivitäten der Charta '77 zustandegekommen sind und die Stimmung optimistisch bleiben konnte. Die Forderung nach seiner Freilassung sollte Bestandteil der internationalen sozialistischen Solidarität werden!

Schauturnen

"Wahlen" in Namibia von Südafrikas Gnaden

Von Gunter Schröder

Im Dezember letzten Jahres fanden in Namibia von Südafrika durchgeführte Scheinwahlen statt. Trotz offiziöser internationaler Ablehnung dieser Farce sind die Wahlen Resultat eines "Kompromisses" zwischen den imperialistischen Metropolen und Südafrika. Gunter Schröder untersucht die Bedeutung der Wahlen selbst und geht auf die Spannungen in Namibia ein, vor deren Hintergrund sich die parlamentarische Zwangsvorstellung abspielte.

Wie nicht anders zu erwarten, führte Südafrika ungeachtet aller internationalen Proteste Anfang Dezember vergangenen Jahres in Namibia Scheinwahlen durch. Es hatte diese Wahlen am 20. September im Zusammenhang mit der Ablehnung der UN-Vorschläge zur Verwirklichung der Unabhängigkeit Namibias angekündigt. Die bereits Monate zuvor eingeleitete Registrierung der Wahlberechtigten gegen den Widerstand der UN und der SWAPO belegt, daß sich Südafrika auf die Durchführung von Scheinwahlen schon lange vor dem offziellen Scheitern der UN-Mission festgelegt oder zumindest vorbereitet hat. In der Beteiligung Südafrikas an den Verhandlungen mehr als bloße Hinhaltemanöver zu sehen, fällt schwer.

Das "Wahlergebnis", ein "Sieg" der von Südafrika – und der CDU – massiv unterstützten "Demokratischen Turnhallenallianz" (DTA) stand von vorneherein fest. Wegen der Funktion dieser Wahlen im Rahmen seiner Strategie zur Erhaltung der südafrikanischen Vorherrschaft in Namibia, war Südafrika daran gelegen, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung und einen hohen DTA-Stimmenanteil herbeizuführen.

Diesem Ziel stand vorneweg entgegen, daß die SWAPO, die von den UN und vielen Staaten als einzig legitimer Sprecher der Bevölkerung Namibias anerkannt wird, sowohl zum Boykott der Registrierung als auch der Wahlen aufrief. Dem Wahlboykott schlossen sich auch die sogenannten gemäßigten Nationalisten der Nationalen Front Namibias (NNF) und der SWAPO-Demokratischen Partei (SWAPO-DP) Andreas Shipengas, des erst 1978 aus tansanischem Gefängnis entlassenen ehemaligen Informationssekretär der SWAPO, sowie die einflußreichen Führer der afrikanischen Kirchen an.

Da eine Befolgung des Boykottaufrufes die Nützlichkeit der "Wahlen" für Südafrikas Pläne beeinträchtigt hätte, setzte es alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zur direkten und indirekten Beeinflussung und Einschüchterung ein, um ein genehmes "Wahlergebnis" zu erzielen (siehe Kasten).

Angesichts dieser "Wahl"vorgänge ist es schon fast verwunderlich, daß die DTA, der die meisten Beobachter in der namibischen Bevölkerung einen realen Anhang von 20-30% zugebilligt hatten, bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten "nur" 60% der Stimmen erhielt. Immerhin verschaffte ihr dies in der so "gewählten" "Verfassunggebenden Versammlung" 41 von 50 Sitzen. Die übrigen 9 verteilen sich auf 4 unbedeutende kleine Parteien, die sich noch an der "Wahl" beteiligten, bzw. beteiligen durften.

Es war vielfach die Befürchtung geäußert worden, Südafrika würde, gestützt auf diese "Wahl", in Namibia eine DTA-Regierung bilden und diese nach rhodesischem Muster die Unabhängigkeit erklären lassen. Daß dies bis jetzt nicht eintraf, bedeutet allerdings nicht, daß sich Südafrika diese Möglichkeit nicht für einen ihm geeignet oder erforderlich erscheinenden Zeitpunkt offenhielte. Die gegenwärtig im Vordergrund stehende Zielsetzung erhellt aus den Äußerungen des südafrikanischen Statthalters in Namibia, die Wahlen "hätten ein sehr greifbares, neues Element" in die Überlegungen bezüglich der Zukunft Namibias eingeführt. Es hätten so viele der registrierten Wähler abgestimmt, daß die Angehörigen der neuen Verfassunggebenden Versammlung auch gegenüber dem Ausland mit größerer Autorität auftreten könnten.

Imperialistisches Interesse: "Stabilisierung"

Im Klartext bedeutet dies, daß eine durch die "Wahlen" "aufgewertete" DTA den Joker in den Verhandlungen mit den UN und der SWAPO im Hinblick auf die Wahlen abgeben soll, die 1979 unter UN-Kontrolle in Namibia stattfinden sollen. Diese Wahlen hatte Südafrika im Oktober 1978 "zugestanden", nachdem die Vertreter der fünf westlichen Mächte, die die UN-Mission initiiert und gestützt hatten, nach Pretoria geeilt waren, um wenigstens dem Schein nach ihre Initiative zu retten. Als "Gegenleistung" für dieses "Zugeständnis" bekam Südafrika stillschweigend die Durchführung seiner Wahlen zugestanden und enthielten sich die Westmächte im Sicherheitsrat der UN der Stimme, als über die Androhung von Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika im Falle seiner Weigerung, die UN-Vorschläge zu verwirklichen, abgestimmt wurde.

Dieses Abstimmungsverhalten verdeutlicht, daß die Westmächte aufgrund ihrer massiven Wirtschaftsinteressen in Südafrika, selbst gegen die ihren langfristigen Interessen im südlichen Afrika zuwiderlaufende Politik Südafrikas das einzig wirksame Mittel des Boykottes nicht einsetzen können.

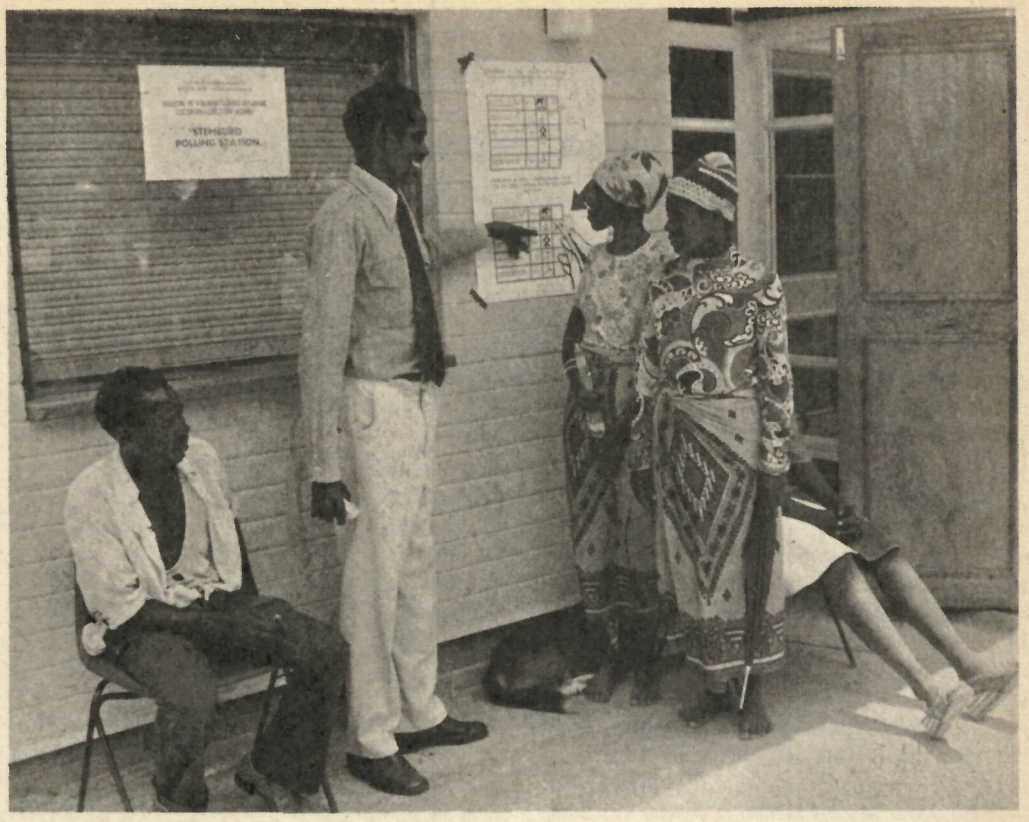
Seit dem Angola-Krieg von 1975 und angesichts der immer stärker werdenden Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zielt die Politik der Westmächte darauf ab, zur Sicherung ihrer dortigen immensen wirtschaftlichen und militärischen Interessen eine "Stabilisierung" herbeizuführen. Um deren Gefährdung durch die Machtübernahme sozialrevolutionärer Bewegungen zu verhindern, bemühen sie sich seitdem, sowohl in Zimbabwe wie in Namibia Regierungen an die Macht zu bringen, in denen die "gemäßigten" afrikanischen Nationalisten dominieren, die aber breit genug angelegt sind, um die revolutionären Kräfte erfolgreich isolieren zu können. Zur Erlangung dieses Zieles ist der Westen im Prinzip bereit, die partikularen Interessen der weißen Siedler Namibias und Zimbabwes und des hinter diesen stehenden Südafrika zu

Das für Pretoria schmeichelhafte Ergebnis kam nur unter erheblichem Druck und in Gegenwart von mehr als 50.000 südafrikanischen Soldaten zustande. Der des Landes verwiesene Direktor des Christlichen Zentrums in Windhuk, Justin Ellis, konnte Dokumente vorlegen, die die Praktiken im Gebiet von Ovambo und Kavango im Norden Namibias aufdeckten, wo die SWAPO ihre meisten Anhänger hat. Dort seien unmittelbar vor Beginn der Registrierung Mitgliedskarten der von Südafrika unterstützten DTA an fast alle Bewohner verteilt worden. Den Namibiern wurde erklärt, jeder müsse zusätzlich zu seinem Ausweis und seiner Steuerbescheinigung stets eine solche Karte bei sich tragen. Wer das nicht tat, konnte kurzerhand von Soldaten niedergeschlagen werden, wie es am 24.4. Namindo Kauluma in Onamgolo passierte. Außerdem wurde verbreitet, daß ohne DTA-Karte niemand mehr ärztlich behandelt werde. Alte Leute, die in Onawa ihre Rente abholen wollten, wurden von Regierungsbeamten mit Armee-Eskorte aufgefordert, sich als Wähler registrieren zu lassen. Erst anschließend erhielten sie ihre Rente. Landesweit wurden die Namibier mit der Drohung unter Druck gesetzt, sie würden entlassen, wenn sie sich nicht für die Wahl registrieren ließen.

Zudem kämpfte die DTA mit allen Mitteln der Bestechung, mit Freibier, Druck auf Abhängige und viel, viel Geld, das zu einem beträchtlichen Teil aus Deutschland stammte. Besonders tat sich dabei die "Deutsche Fördergesellschaft e.V." hervor, die bereits 1977 als gemeinnützige Organisation (unter der Steuernummer 205/027/a/83 gemäß Körperschaftssteuergesetz) anerkannt wurde. Große deutsche Firmenunternehmen sollen der von Botschafter a.D. G. Sonnenhol präsidierten Fördergesellschaft ihre Unterstützung zugesichert haben. Über die der CSU nahestehende Hanns-Seidel-Stiftung flossen zudem südafrikanische Gelder an die DTA, bisher rund 5 Mio. DM. "Die CDU/CSU führt ihren ersten echt-schwarzen Wahlkampf ...", erkannte der Windhuker Journalist Kurt Dahlmann. Neben der CSU engagierte sich die der FDP nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung: erstere versprach ein bildungspolitisches Projekt mit Geldern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit; die zweite ließ Anfang Juli eine Delegation der "Namibia National Front" (NNF) in die Bundesrepublik kommen. Sie sollten vor allem Wahlkampfideen sammeln. Wahlplakate der CDU sollen sich auch im DTA-Büro in Windhuk als Vorlage für die eigene Produktion gestapelt haben. Zahlreiche CDU-Politiker besuchten in letzter Zeit Windhuk. Jetzt schickte sogar der Außenminister einen Vertreter, Klaus Kinkel, nach Namibia, um sich die Sorgen der Deutschen anzuhören.

H.-M. GROSSE-OETRINGHAUS

beschneiden, wenn es ihm nur gelänge. Alle Konkurrenz der westlichen Multis mit südafrikanischem Kapital kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein Wirtschaftsboykott oder eine "zu starke" Beschneidung der wirtschaftlichen Interessen der Siedler und Südafrikas in Namibia und Zimbabwe auch sehr empfindlich die dort operierenden westlichen Multis träfe.
Die SWAPO hat aber keinen Zweifel daran gelassen, daß sie, falls Namibia unter ihrer Führung unabhängig würde, das Land so rasch wie möglich aus dem Würgegriff des von Südafrika praktizierten kolonialkapitalistischen System befreien würde. Ebenfalls war abzusehen, daß eine SWAPO-Regierung in Namibia den Befreiungsbewegungen Südafrikas politisch und militärisch jede denkbare Unterstützung gewähren würde. Und schließlich könnte sich Botswana mit Hilfe einer SWAPO-Regierung in Namibia von der wirtschaftlichen und geographischen Abhängigkeit von Südafrika stärker als bisher ablösen. Damit fiele aber der bisherige "Puffer" zwischen schwarzen Frontstaaten und weißem Rassistenregime aus, für die "Strategen" des südafrikanischen Generalstabes eine schreckenerregende Vorstellung.



Wahlhilfe Bild: dpa

Klassenwidersprüche als ethnischer Konflikt

Für die Verfolgung seines Zieles, eine Regierungsübernahme durch die SWAPO in jedem Falle und nahezu um jeden Preis zu vermeiden, fand Südafrika dabei sogar innerhalb der afrikanischen Bevölkerung des Landes einen gewissen Kreis von Verbündeten.
Im Zuge der von Südafrika seit Mitte der 60er Jahre verstärkt betriebenen Ausplünderung des Landes zog nämlich eine dünne Schicht Afrikaner, die vor allem im Dienstleistungssektor (Kneipen, Händler usw.) und Baugewerbe zu finden waren, bescheidene Vorteile aus dem kolonialkapitalistischen System. Diese Kreise hatten kein Interesse daran, daß ihre gegenüber der Masse der Namibier privilegierte Position durch einen Wahlsieg der SWAPO, die eine tiefgreifende Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft Namibias in ihrem Programm angekündigt hatte, gefährdet worden wäre.
Die am stärksten mit der kolonialkapitalistischen Struktur "verfilzten" Namibier ermöglichten der "klügeren" Republikanischen Partei der weißen Namibier unter Dirk Mudge die Formierung der DTA. "Klüger" war diese Partei insofern, als sie im Gegensatz zu den Ultrarassisten die Notwendigkeit einsah, etwas von den weißen Privilegien und Profiten abzugeben, um das System als Ganzes erhalten zu können. Diejenigen Kräfte dieser dünnen namibischen "Mittelschichten", die zwar ihre Privilegien halten wollten, aber nicht durch Zusammenarbeit mit Südafrika, boten sich über die NNF und SWAPO-DP westlichen Wirtschaftsinteressen als mögliche Bündnispartner an. So soll die SWAPO-DP zur westeuropäischen Sozialdemokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung, Schweden) Verbindung haben, während die NNF sich Großbritannien andient.
Die politische Problematik dieser Schicht liegt aber weniger darin, daß es sie gibt, sondern vielmehr darin, daß sie überproportional sich aus anderen Volksgruppen Namibias als den Ovambo rekrutiert, die vorwiegend als Kontraktarbeiter schuften dürfen. Diese Entwicklung ist keineswegs ein Zufall, sondern wurde bereits durch die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches angelegt und von Südafrika systematisch gefördert. Kehrbild dieser Verhältnisse ist die Tatsache, daß die SWAPO und vorneweg ihr sozialrevolutionärer Flügel ihre Anhänger überproportional unter den Ovambo hat.
Es ist klar, daß die oben skizzierte Politik Südafrikas für die SWAPO nicht akzeptabel war und ist. Die Zurückweisung der schon hinreichend fragwürdigen UN-Vorschläge durch Südafrika wurde denn auch nicht nur durch einen Wahlboykott beantwortet, sondern auch mit der verstärkten Orientierung auf den bewaffneten, langandauernden Befreiungskrieg.

Südafrikanische Repression und Handlungschancen der SWAPO

Vieles deutet daraufhin, daß Südafrika ganz bewußt die SWAPO soweit bringen will, daß sie jeden weiteren westlichen Vermittlungsvorschlag zwischen den Vorstellungen der SWAPO und den immer höher geschraubten südafrikanischen Bedingungen einfach ablehnen muß. Angesichts der dann zu erwartenden Verstärkung des bewaffneten Kampfes der SWAPO hätte Südafrika die Möglichkeit, gegenüber den westlichen Mächten die Notwendigkeit seiner weiteren militärischen Anwesenheit in Namibia zu demonstrieren. Gleichzeitig könnte es dem Westen die durch die "Wahlen" "aufgewertete" DTA in Verbindung mit dessen "Jokern" NNF und SWAPO-DP angesichts der "bewiesenen Intransingenz" der SWAPO als "geeignetere Partner" für eine "Befreiungsstrategie" andienen. Dies könnte dann dazu führen, so hofft wohl Südafrika, daß die für dieses Jahr vorgesehenen Wahlen unter UN-Aufsicht ausfallen und eine DTA (-NNF-SWAPO-DP)-Regierung dann die bisher nicht zu erwartende internationale Anerkennung erhielte.
Es entspricht der hier umrissenen Strategie Südafrikas, daß durch die Ablehnung der UN-Vorschläge in der SWAPO innere Spannungen auftreten. Der SWAPO-Flügel, der bereit war, sich überhaupt auf das Abenteuer Verhandlungen einzulassen (die große Mehrheit der in Namibia selbst operierenden Inland-SWAPO, aber auch eine starke Gruppe der Auslands-SWAPO) ist jetzt diskreditiert, und der Flügel, der Verhandlungen mit Südafrika von vorneherein als nutzlos abgelehnt hatte, fühlt sich bestätigt. Gleichzeitig wird jetzt die Zusammenarbeit mit Angola, Kuba und der UdSSR vor allem auf militärischem und politischem Gebiet verstärkt.
Dies gibt Südafrika die erwünschte Gelegenheit, mit dem Schreckgespenst der kubanisch-russisch-angolesischen Invasionsgefahr zu drohen und zu versuchen, darüber den Namibia-Konflikt, an dem niemend außer es selbst (und die hinter ihm stehenden Kapitalinteressen aus aller Welt) die Schuld trägt, zu internationalisieren.
Somit zeichnet sich als wahrscheinlichste Entwicklung in Namibia für dieses Jahr ab, daß es keine wesentlichen Veränderungen geben wird. Von südafrikanischer Seite hinhaltend geführte Scheinverhandlungen werden neben den verstärkten Bemühungen zur militärischen und politischen Ausschaltung der SWAPO stehen. Eine Verschärfung des Konfliktes im Zuge dieser Strategie wird jedoch das Lager der "kooperationswilligen" Namibias zwangsläufig schrumpfen lassen, da mit der "inneren Logik" solcher Konflikte eine Repression verbunden ist, die auch gerade die trifft, mit denen das Regime kollaboriert oder kollaborieren möchte.
Langfristig zeichnet sich dadurch ab, daß die von westlicher Seite angestrebten Stabilisierungsstrategien (zumindest in ihrer ursprünglichen Form) nicht verwirklichbar sein werden. Ob die durch Südafrika und die Westmächte erzwungene, ebenfalls sich abzeichnende, zunehmende Einbindung der SWAPO in die politisch-militärischen Konzepte der UdSSR und Kuba für das südliche Afrika aber langfristig zum Nutzen des namibischen Volkes ist, kann zumindest in Zweifel gezogen werden.

Schwarzes Gold

Die Wirtschaftsbeziehungen BRD – Südafrika

Von Hans-Martin Große-Oetringhaus

Die traditionell guten Handelsbeziehungen der westdeutschen Wirtschaft zu Südafrika haben 1978 einen weiteren Höhepunkt erreicht: Nach Mitteilung der Südafrikanisch-Deutschen Handelskammer überschritten die bundesdeutschen Ausfuhren nach Südafrika Ende September 1978 die Vorjahresmarke mit 2,21 Milliarden DM um mehr als 20%. Die Bundesrepublik wurde damit 1978 wichtigster Handelspartner Südafrikas.

Besonders große Anziehungskraft übt das südafrikanische Apartheid-System auf bundesdeutsche Investoren aus: Bisher produzieren über 400 Unternehmen aus der Bundesrepublik in Südafrika. 1978 nahm der Gesamtbetrag westdeutscher Investoren in Südafrika um ca. 6% zu. (Quelle "Rand Daily Mail vom 29.11.1978).

Der Leiter der südafrikanischen Niederlassung von Rosenthal erklärte diese Anziehungskraft so: "Bei der Firma Rosenthal in Bayern ... verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine sehr große Einsparung."

AEG zahlte 1975 in Südafrika 68% seiner schwarzen Arbeiter Löhne unter dem Existenzminimum. Bei Daimler-Benz wurden 70%, bei DEMAG 64%, bei Klöckner-Humbold-Deutz 52%, bei Siemens 62%, bei Stollberg-Zink-AG 74% und bei Krupp 63% der schwarzen Arbeiter unter dem Existenzminimum entlohnt.

Südafrika wirbt in bundesdeutschen Zeitungen und Veranstaltungen um Investitionen mit dem Hinweis, daß die Schwarzen dort keine politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Rechte haben. Keine einzige bundesdeutsche Firma in Südafrika hat eine schwarze Gewerkschaft als Partner in Tarifverhandlungen anerkannt.

Lizenzvergabe für Rüstungsgüter

Die "traditionell guten Beziehungen zu Südafrika" drücken sich auch in der engen militärischen Zusammenarbeit aus. Der UN-Sicherheitsrat hat 1977 beschlossen, daß Südafrika keine Waffen und militärischen Ausrüstungsgüter mehr erhalten soll (Resolution 418 vom 4.11.77). Diesem Beschluß hat die Bundesregierung zumindest formal zugestimmt. Praktisch sieht das allerdings ganz anders aus. Sie verhindert nicht, daß Firmen, die Waffen nach Südafrika exportierten, dieses nun über Drittländer tun oder in ihren Produktionsstätten innerhalb Südafrika für die südafrikanische Armee und Polizeikräfte produzieren.

Dies bestätigte im Dezember 1978 erneut der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, auf eine Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Helwin Peter. Grüner gab bekannt, daß bis zum 13.3.78 bundesdeutsche Rüstungsfirmen uneingeschränkt Patente und Lizenzen aus dem Bereich der Rüstungstechnologie an Firmen in Südafrika vergeben durften.

Peter geht davon aus, "daß bis März in nicht geringerem Umfang solche Lizenzen zur Verfügung gestellt worden sind und heute in Südafrika Waffen produziert werden, die in der Bundesrepublik, möglicherweise sogar unter Inanspruchnahme von Bundesmitteln, entwickelt worden sind". Obwohl öffentlich immer wieder bestritten, so hat die Bundesregierung diese Vorgänge doch nicht völlig verschwiegen. Im November 1978 veröffentlichte sie eine Broschüre, in der "Vorwürfe über eine angebliche nukleare und militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika" (so der Titel) zurückgewiesen wurden. An versteckter Stelle ist darin aber auch vermerkt, daß bis März 1978 Lizenzen für Rüstungsgüter ohne weiteres an Südafrika geliefert werden durften.

Die Konsequenz ist so einfach wie logisch: Wer im Besitz der Lizenzen ist, braucht Rüstung nicht mehr zu importieren, wenn er nur über die notwendigen Industriekapazitäten verfügt. Und Südafrika ist ein hochindustrialisierter Staat mit einer ausgebauten Rüstungsindustrie.

Industriell-militärischer Komplex

Zudem stellt sich die Frage nach einer Trennungslinie zwischen "wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher" Zusammenarbeit und der Übertragung von Waffentechnologie, die Frage nach einer Trennungslinie zwischen der Produktion von militärisch verwendbaren "zivilen" Gütern in Südafrika und nuklear-wissenschaftlicher Zusammenarbeit. In der Praxis läßt sich hier kaum differenzieren. Anzeigen machen deutlich, daß viele bundesdeutsche Firmen, die Produktionsstätten, Vertretungen und Beteiligungen in Südafrika haben, neben zivilen Gütern auch Waffen herstellen. In vielen Fällen ist der südafrikanische Staat und damit auch die Armee und die Polizeistreitkräfte ihr Hauptkunde.

Die Verquickung militärischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit nimmt in der atomaren Zusammenarbeit eine extrem gefährliche Form an. Bei Johannesburg entsteht mit westeuropäischer und nordamerikanischer Hilfe eine Anlage, die es Südafrika ermöglichen wird, Natururan bombentauglich anzureichern. Daß es dies auch vor hat, bekräftigte Ministerpräsident Vorster am 10.5.76: "Wir können Uran anreichern, und wir haben die Fähigkeit dazu, und wir haben den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet."

Aus der bundesdeutschen Industrie stammen umfangreiche Lieferungen für eine Urananreicherungsanlage. So liefern Siemens und Messerschmidt-Bölkow-Blohm die Trennelemente, MAN/Gutehoffnungshütte-Sterkrade die Kompressoren, Siemens die elektronischen Anlagen, GEA (Bochum) die Kühlsysteme und Kessler u. Luck Lüftungsanlagen, die Firma Steigerwald in München (zu 67% in Bundesbesitz) Elektronenstrahlperforiermaschinen. Die Bundesregierung erteilt die für diese Lieferungen notwendigen Lizenzen und versieht einen großen Teil von ihnen mit Kreditgarantien, den sogenannten Hermesgarantien (vgl. hierzu auch "links" Nr. 104, Nov. 1978, S. 15).

Umfassender Boykott Südafrikas!

Die Betroffenen und sich solidarisch Engagierenden in der ganzen Welt fordern einen umfassenden Boykott Südafrikas.

Anders deutsche Politiker. Nach seinem letzten Südafrika-Besuch fragte der IG-Metall-Vorsitzende Loderer: "Wen träfe der Boykott? Ich meine, vor allem die Ärmsten der Armen, die schwarze Bevölkerung. Sie verlöre in einer ohnehin schwierigen Lage noch mehr Arbeitsplätze." (FAZ). Einen Boykott lehnt Loderer im Gegensatz zu den Beschlüssen seiner Organisation ab.

Daß seine schwarzen Kollegen in Südafrika da ganz anderer Meinung sind, erklärte Drake Koko, Generalsekretär der Black Allied Workers Union, auf der Pressekonferenz des DGB am 19.1.77: "Viele Leute stellen uns die Frage, wenn wir Investitionen und Kapital abziehen aus Afrika, wird der schwarze Arbeiter als erster darunter leiden. Das Argument gilt nichts bei mir. Augenblicklich leidet der schwarze Arbeiter, ohne daß Ihr dabei wäret, Investitionen abzuziehen. Der schwarze Arbeiter besitzt nichts. Er hat weder eine gesellschaftliche Position noch irgendetwas anderes in Südafrika. Er hat nichts zu verlieren."

Daß die um ihre Freiheit kämpfenden und politisch bewußten Afrikaner Boykotte begrüßen würden, erläuterte bereits vor Jahren der Führer des ANC (African National Congress) und Friedensnobelpreisträger Albert Luthuli: "Der wirtschaftliche Boykott Südafrikas wird den Afrikanern zweifellos große Opfer abfordern. Hierüber machen wir uns keine Illusionen. Wenn dadurch aber weniger Blut vergossen wird, so sind wir gerne bereit, die Leiden als Preis dafür auf uns zu nehmen. Wir leiden ja auch so schon: Unsere Kinder sind zum größten Teil unterernährt, und das Leben (bis jetzt noch) einiger unter uns hängt von der Gnade eines Polizisten ab."

Ähnlich äußerte sich Bischof Tuto: "Wenn man Investitionen zurückziehen würde, dann würden wir leiden, aber mit Hoffnung. Heute leiden wir ohnehin, aber ohne Hoffnung."

Politischer Kampf und persönliche Stärke

Gespräch mit Helmut Gollwitzer
Fortsetzung und Schluß

In der Januar-Ausgabe "links" haben wir den ersten Teil eines Gesprächs abgedruckt, das Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack anläßlich seines 70. Geburtstages mit Helmut Gollwitzer führten. Im nachfolgenden zweiten Teil geht es konkret um Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik, um die Frage, wie private Bedürfnisse und die politischen Interessen zusammenzubringen sind und um Argumente, warum Leben nicht voll ist ohne Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten.

Ansatzpunkte in der Bundesrepublik

Wir möchten jetzt gerne etwas gezielter auf konkrete Ansatzpunkte für uns in der Bundesrepublik zu sprechen kommen. In Deiner Rede an Ulrike Meinhofs Grab hast Du gesagt: "... Hätte sie bei uns mehr Menschen gefunden, ebenso bereit mitzukämpfen für eine menschenfreundlichere Gesellschaft und nicht zuerst darauf bedacht, die eigene Haut zu retten, wären wir ebenso entschieden und rücksichtslos gegen uns selbst gewesen, vielleicht hätte sie dann mit uns eine Strategie der Befreiung gesucht, die anders ausgegangen wäre und nicht gezeichnet von Haß und Gegenhaß. Dafür fehlt sie uns jetzt." Wo siehst Du, wenn wir einfach so direkt fragen dürfen, Ansatzpunkte hier und heute und spezifisch-konkret für einen solchen Kampf? Was können wir denen entgegenhalten, die sich ins Landhaus flüchten oder an den Strand von Tunix reisen?

Gollwitzer: Ich hoffe, es wirkt nicht billig, wenn ich hier auf das Sozialistische Büro verweise. Wo sind heute hier bei uns Ansätze für den Kampf für eine menschenfreundlichere Gesellschaft? Das SB hat, als wir damit vor etwa 10 Jahren angefangen haben, in einer mir damals sehr eindrücklichen Weise die Frage ähnlich gestellt. In den ersten Rundbriefen standen solche Erwägungen: Wo sind in unserer heutigen Gesellschaft Risse, die auch dem einzelnen Menschen fühlbar werden und an denen angeknüpft werden kann bei unserer Systemkritik, um denen, die sich relativ wohlfühlen in dieser Gesellschaft oder mindestens meinen, Besseres, als wir gerade haben, sei kaum zu erreichen, um denen klarzumachen, daß das, was wir haben, nicht so gut ist, wie sie meinen, und daß es wahrscheinlich noch schlechter werden wird. Daß es also in ihrem Interesse liegt, auch praktisch-politisch in ein kritisches Verhältnis zur "freien Marktwirtschaft" und zur gegenwärtigen bundesrepublikanischen Gesellschaft zu treten. Damals wurden als Ansatzpunkte angegeben neben dem, was den einzelnen Bundesrepublikaner nicht direkt berührt, aber was für uns selbstverständlich wichtig ist, nämlich die Rückentwicklung der Dritten Welt als Kehrseite der kapitalistischen Fortentwicklung unseres Weltteils; vor allem die psychische Verelendung, die Kosten des quantitativen Fortschritts, der arme Staat neben dem privaten Reichtum mit allen Folgen, die das hat, im Erziehungswesen, im Wohnungswesen, im Verkehrswesen, für die Arbeitsbedingungen in der Fabrik usw. Dies alles gilt unverändert und inzwischen nun so vermehrt weiter, so daß es jetzt zusammengefaßt werden kann unter der Forderung des qualitativen Fortschritts gegenüber dem quantitativen Fortschritt, der uns ständig schädigt.

Ja, das waren die Aufgaben, die wir uns damals gestellt haben. Und es ist richtig, sie stellen sich heute eher drängender als vor zehn Jahren. Wir können auch feststellen, daß aus dem SB, beurteilt man seine Bedeutung sozusagen von außen her, ein nicht unbedeutender Faktor im linken Spektrum der BRD-Gesellschaft geworden ist. Aber bei genauerem Hinsehen stellen wir fest, daß heute, mehr als in den Aufbruchsjahren 1968/69, Genossen, die die Verhältnisse um sich herum zu analysieren vermögen und für Gefahren und das Leid um andere nicht unempfindlich sind, sich zurückziehen. Wir müssen ja heute einen erheblichen politischen Exodus gerade auch von Genossen der mittleren Generation, die zehn und mehr Jahre politischer Arbeit als Linke hinter sich haben, feststellen. Wie kann man diese Genossen an ihrem eigenen Anspruch anpacken, wie kann man ihren oft analytisch gestärkten Panzer durchbrechen, die Meinung also, daß zur Zeit ohnehin nichts "drin" sei und man sich deswegen besser um die eigenen Angelegenheiten kümmere? Selbstverständlich soll der berechtigte private Anspruch nicht geleugnet werden. Aber das Glück im bundesrepublikanischen Winkel zu suchen, in der Pflege der eigenen Resignation, ist falsch und gefährlich zugleich.

Gollwitzer: Was wir, schlagwortartig geredet, unter der psychischen Verelendung in unserer Etappe des Hochkapitalismus verstehen, macht es möglich, ja verständlich, daß jemand, der bisher aktiv mitgekämpft hat, aussteigt, wegen der Nachteile, die er hier erfährt, in ein unpolitisches Leben, in Karriere, Geldverdienen, Villa oder zweites Landhaus oder vielleicht auch an den Strand von Tunix. Dieses Aussteigen erfolgt in der Meinung, ich könne eine Insel gewinnen, auf der ich von den Schäden dieser Gesellschaft unbetroffen bleibe. Das ist eine Illusion. Bei unveränderter Gesellschaft gibt es für niemanden von uns eine Insel, auf die er entfliehen kann, um für sich allein zu leben und wenigstens mit seinen Kindern ein intaktes Familienleben zu haben. Mag der einzelne gut versorgt sein, indem er beruflich vorangekommen ist in der "freien Wirtschaft" oder in der Beamtenkarriere, – spätestens im Verhältnis von Eltern und Kindern, aber auch in seinen eigenen psychischen und beruflichen Krisen holen ihn die gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Damit möchte ich nicht sagen, daß der einzelne sich bloß dadurch entlasten soll, daß er alle Schuld an der Misere, in der er selbst steckt, auf die Gesellschaft schieben soll. Im Einzelgespräch muß man jemanden oft sagen: "Klage nicht die Gesellschaft an, klage dich selber an, schau nach, was du falsch gemacht hast und was du jetzt inmitten der uns gegebenen Gesellschaft ändern könntest!" Aber wir müssen wissen, daß auch die psychischen Zustände gerade in ihrer heutigen Massenhaftigkeit ein Problem der bürgerlichen Gegenwart geworden sind, in einem Maß, wie wir es nie vorher gewußt haben. Auch an den Strand von Tunix kann man sich jedenfalls nur noch dem Scheine nach flüchten. Wir sehen am Strand von Tunix dann die gleichen Deformationen, ob ich nun bürgerlich und solid werde oder ob ich vergammle. Aber auch die dritte Möglichkeit, eine alternative Lebensweise zu versuchen, bleibt dann Illusion, wenn einer erwartet, er hätte damit die Insel gewonnen, auf die er sich aus dem allgemeinen Verderben herausretten könnte. Habe ich diese Illusion nicht, dann freilich wird mein Versuch alternativer Lebensweise sofort verbunden sein mit dem allgemeinen politischen Kampf, und das ist das Entscheidende. Wir bekämpfen nicht diese alternativen Versuche, wir stellen denen, die sie machen, immer nur die Frage: "Scheidet ihr damit aus dem politischen Kampf aus oder werdet ihr dadurch vielleicht erst recht stabilisierte Genossen und macht pionierhafte Versuche einer Lebensweise in einer künftigen Gesellschaft?"

Die privaten Bedürfnisse und die politischen Interessen zusammenbringen

Wir meinen, daß wir es jetzt, vereinfacht gesagt, mit zwei Phänomenen zu tun haben. Das eine, das im Abklingen ist, aber das exemplarisch eigentlich vorgelebt worden ist durch die K-Gruppen. Dort ist das Persönliche, das Private, das Individuelle verdrängt, bekämpft und unterdrückt worden. Nur die "richtige" Politik, die "richtige" Aktion hatte das Primat. Das neuere, in jüngster Zeit feststellbare Phänomen, was Du jetzt auch kurz beschrieben hast, besteht im Sich-Zurückziehen, im Versuch, für sich selbst eine neue Innerlichkeit zu entwickeln. Auch im Hinblick auf dieses andere Extrem gilt, daß derjenige, der den politischen Kampf aufgibt, sich auch als Individuum aufgibt. Er muß genauso scheitern. Sein Leben wird ohne das politische Engagement für ihn und andere leerer. Wenn wir das so sehen, dann geht, wenn ein Genosse aus der politischen Arbeit aussteigt, nicht nur ein Mitstreiter für unsere Sache verloren, sondern er verliert sich auch selbst. Das ist für die unter uns, die weitermachen, und das sind ja immerhin noch viele, eine Herausforderung. Was aber können wir tun?

Gollwitzer: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Frage des individuellen Interesses mit den Stichworten Emanzipation, Selbstverwirklichung usw. sich jetzt enorm in den Vordergrund gedrängt hat. Was wir dazu zu

sagen haben, könnte ich formulieren in Antwort auf eine These, die ein Genosse in einer Diskussion auf dem Bahro-Kongreß anschaulich aufgestellt hat. Er sagte, das politische Interesse auf der einen Seite und das individuelle Interesse auf der anderen Seite habe sich für uns polarisiert: wir bringen das z.Zt. nicht zusammen. Man müßte darauf antworten, erstens, durch eine Aufklärung über den politisch-gesellschaftlichen Zusammenhang und Untergrund für die persönlichen Probleme, für das, was er das persönliche Interesse genannt hat: das ist nicht trennbar. Zweitens, wo dies in Konkurrenz zu treten scheint mit meinem Leben, sollte ich mir die Maxime stellen, daß die politische Arbeit der Frage nach der Selbsterfüllung vorangeht. Solange ich sie in Alternative, in Konkurrenz zueinander sehe, bin ich versucht, meine unmittelbare Selbsterfüllung im Individuellen gegen das Politische zu finden. Nach allem, was wir im Verlauf dieses Gesprächs bereits gesagt haben, haben wir gesehen, daß unsere Motivation, politisch tätig zu werden, aus unserem Wissen kommt: so lohnt sich unser Leben, so kommen wir auch als Individuum auf unsere Rechnung. Es fehlt also Wesentliches in der angestrebten Selbsterfüllung, wenn ich sie in der privaten Isolation betreibe. Freilich kommt es darauf an, die auseinanderklaffenden privaten Bedürfnisse und die politischen Interessen und Aktivitäten, die der erwähnte Diskussionsredner als getrennte Pole darstellte, zusammenzubringen, in sich, in der eigenen Person zu vereinheitlichen. In der Parole, wir wollen unsere Bedürfnisse jetzt in unserem eigenen kurzen Leben befriedigen, kommt aber ein ernstzunehmendes Bedürfnis zum Ausdruck. Gerade weil wir auf lange hinaus diese Gesellschaft nicht in dem Maße verändern werden können, obwohl wir überzeugt sind, daß sie verändert werden muß, drängt sich die individuelle Frage wieder in den Vordergrund: soll ich mich, mein Leben ganz opfern für das Glück der anderen und die Zukunft? Diese Frage kann man nicht einfach mit dem Kantschen Imperativ – "Du sollst", unabhängig vom eigenen Glück – überfahren.

Wie ließe sich denn eine Uberbrückung der Kluft zwischen privater und politischer Aktivität, eine Kluft, die diese Gesellschaft ja immer mehr verbreitert, vorstellen, ohne in diese oder jene Fluchtgebärde zu verfallen?

Gollwitzer: Wenn jemand im politischen Kampf, in der politischen Praxis bleibt und dort zugleich in seiner Gruppe sorgt für den Abbau von Gesinnungsvergewaltigung, von schrecklichem Gruppendruck, der den einzelnen einschüchtert und linientreu macht statt ihm freie Äußerungsmöglichkeiten zu geben, wenn jemand den Abbau von hierarchischen, verfestigten Strukturen befürwortet, die sich auch in solchen Gruppen ergeben, wenn versucht wird, auch emotionalen Bedürfnissen neben der rationalen Analyse zu entsprechen, Wärmestrom gegen Kältestrom, wenn die Gruppen die Probleme des einzelnen nicht als angeblich belanglos verdrängen, – wo das geschieht, wo also in einer politisch arbeitenden Gruppe zugleich das Menschliche, das individuell Menschliche seinen Platz hat, ist in einem winzigen Bereich schon vorweggenommen, was von einer sozialistischen Gesellschaft erwartet wird. Und das ist sowohl Aufgabe des einzelnen, der beiträgt zu solcher Entwicklung seiner Gruppe, wie auch der Gruppe gegenüber dem einzelnen.

Aspekte einer sozialistischen Alternative

Angesichts der vielen Verwechslungen und Unsicherheiten scheint es uns immer erneut wichtig, deutlich zu machen, was wir unter einer sozialistischen Alternative verstehen und warum sie für uns nicht eine verblasene Utopie darstellt, nicht das, was Bloch Wunschdenken genannt hat, sondern – auch wenn wir die zum Teil skeptischen Aspekte unseres bisherigen Gesprächs bedenken – noch immer auf der humanen Tagesordnung steht. Könntest Du zentrale Aspekte einer sozialistischen Gesellschaft anführen und verdeutlichen, warum es – human gesprochen – nichts außer der sozialistischen Alternative gibt?

Gollwitzer: Diese Frage weiß ich eigentlich nur auf eine sozusagen autobiographische, ganz persönliche Weise zu beantworten. Ich nehme sie so auf, daß ich antworte auf die

Bücher von Helmut Gollwitzer (Auswahl) • ... und führen, wohin Du nicht willst. Bericht einer Gefangenschaft • Die reichen Christen und der arme Lazarus • Krummes Holz – Auf rechter Gang. Zur Frage nach dem Sinn des Lebens • Die kapitalistische Revolution • Veränderung im Diesseits. Politische Predigten • Befreiung zur Solidarität. Einführung in die evangelische Theologie • Alle Bücher sind erschienen im Chr. Kaiser Verlag München.

Frage: Warum hältst du heute die sozialistische Revolution für nötig und was gibt dir die Hoffnung, daß sie auch möglich sei? Unter sozialistischer Revolution verstehe ich nicht den alten Revolutionsbegriff, die Vorstellung von der Revolution, die mit dem Tage der politischen Machtergreifung alles ändert, sondern einen langwierigen Prozeß. Ein kommunistischer Schriftsteller (Le Duan, Generalsekretär der KP Vietnams) hat gesagt, die eigentliche Revolution beginne erst am Tag nach der Revolution. Ich möchte hinzusetzen: schon in den Tagen vor der Revolution beginnt die Revolution. Was wir unter sozialistischer Revolution verstehen, ist ein Prozeß mit besonderen Höhepunkten, sie ist kein schlagartiges Geschehen, sie ist ein langer Weg.

Du sagtest, Du wollest die vorgenannte Frage ganz subjektiv in persönlicher Weise beantworten. Laß uns deshalb dazwischen sagen, daß wir eine solche Art der Antwort sehr gut fänden. Wie bist Du persönlich dazu gekommen, eine prozeßhafte Revolution für nötig zu halten?

Gollwitzer: Ich war bis 1933, ganz von rechts kommend durch mein eigenes Elternhaus und einen rechten Bund der Jugendbewegung, dann ungefähr beim Sozialismus angekommen und hatte ein bißchen Marxismus-Kenntnis. Das alles war noch sehr vage. Dann hat die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus im Bündnis von Linken, ordentlichen Rechten und ordentlichen Konservativen diese Frage zurückgedrängt. Danach kamen für mich fünf Jahre sowjetische Gefangenschaft. Ich kam zurück und hatte die Schnauze voll von Sozialismus und hielt für das Höchste in diesem irdischen Jammertal mit seinen begrenzten Möglichkeiten einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, einen reformierten Kapitalismus. Meine Entwicklung zum Sozialisten war dann begründet in einer schrittweisen Erkenntnis, daß es diese Vermenschlichung des Kapitalismus nicht geben kann. Dazu trugen bestimmte Beobachtungen bei. Mir rückten Probleme der Dritten Welt, vor allem auch durch die christliche Ökumene, sehr viel näher, und es entsetzte mich, was dort der gleiche Kapitalismus anrichtet, dem wir hier solche "sozialen Errungenschaften" zu verdanken haben. Das führte zu der Frage, ob das überwindbare Pannen sind oder ob das System notwendig solche Folgen zeitigt. Mein Fazit für die kapitalistische Gesellschaftsordnung wurde negativ. In der gleichen Zeit, durch dieses Negativwerden, entstand das Interesse für eine positive Alternative. Da in diesen Jahren selbst nonkonformistische Positionen, von sozialistischen ganz zu schweigen, sehr isoliert waren, konzentrierte sich mein aktives Engagement auf die außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen der 60er Jahre, also Ostermarsch, Kampagne gegen die Notstandsgesetze, Studenten- und Protestbewegung. Erst die Protestbewegung hat die Frage nach der sozialistischen Alternative in diesem Lande und damit für viele von uns wieder auf die Tagesordnung gebracht. Aber diese Protestbewegung konnte zwar viele Impulse geben für uns alle, aber angesichts der Kräfteverhältnisse konnte sie nicht die Alternative selbst sein.

Wenn ich heute beschreiben soll, was eine sozialistische Gesellschaft ist, dann fallen mir erst einmal nur negative Antworten ein, nämlich eine Gesellschaft, die nicht die und die Eigenart hat usw. Schwerer zu beantworten ist, wie die positive Konstruktion einer solchen Gesellschaft aussieht. Das ist eine Schwierigkeit, in der wir, glaube ich, alle stehen. Denn die Antwort, der entscheidende Schritt werde die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sein, hat sich als nicht genügend herausgestellt, weil Folge dieses Aufhebens des Privateigentums an den Produktionsmitteln auch eine andere Gesellschaft sein kann als die, die wir als sozialistische meinen. Das ist also ein notwendiger Schritt, aber es ist noch nicht der Schritt auf dem sozialistischen Weg selbst, sondern eine notwendige Vorbedingung für den sozialistischen Weg, bei dem man aufpassen muß, daß er nicht Vorbedingung für einen anderen, dem Sozialismus konträren Weg wird. Mir ist Bahro deswegen wichtig, weil er neben Karl Korsch, André Gorz u.a. gerade zur positiven Füllung dessen, was mit Vergesellschaftung der Produktionsmittel gemeint ist, einige wichtige Anregungen gibt.

Die positiven Momente der bürgerlichen Gesellschaft erhalten

Genügt die negative Bilanz im Urteil über die kapitalistische Ordnung, um sich als Sozialist zu bezeichnen?

Gollwitzer: Sie hilft uns dann ein gutes Stück weiter, wenn die negative Bilanz nicht mit einem apokalyptischen Fazit beantwortet wird. Die negative Bilanz drängt zu der Frage nach der Alternative auch dann, wenn heute unter Sozialisten diese Frage zunächst, soweit ich sehe, nur auf zweierlei Weise beantwortet werden kann. Einmal, um überhaupt zur Alternative zu kommen, müssen wir die positiven Momente der bürgerlichen Gesellschaft erhalten. Diese positiven Momente sind natürlich nicht die "freie Markt-

wirtschaft", die es ohnehin kaum gibt, sondern es sind die republikanischen Freiheiten, die die bürgerliche Gesellschaft errungen und zum Teil oder vorübergehend selbst wieder liquidiert hat in ihrem Entwicklungsgang. Das ist schon ein erster Schritt; denn die Verteidigung der Grund- und Menschenrechte ist ja schon eine Gegenbewegung gegen das kapitalistische System, dem es zuzuschreiben ist, daß diese Freiheitsrechte ständig bedroht sind. Zum zweiten: soweit ich sehe, sind Sozialisten verschiedener Richtungen einig in der Verteidigung und dem Ausbau der sozialen Errungenschaften, die ebenfalls durch die kapitalistische Entwicklung, vor allem durch die Krisen, gefährdet werden. Der Einsatz gegen die Rücknahme sozialer Errungenschaften, wie zum Beispiel die gegenwärtigen oder jüngst vergangenen Streiks in Druck- und Stahlindustrie, ist zunächst reformistisch begrenzt. Insoweit aber eine solche Rücknahme den Erfordernissen der kapitalistischen Ordnung entspricht, übersteigen Widerstandsaktionen dagegen die kapitalistische Ordnung. Wenn dieser Kampf dann noch mit einer weiteren Perspektive verknüpft wird, sind wir, so sehr wir ständig für Reformen kämpfen, nicht Reformisten, sondern Revolutionäre, weil wir eine Gesellschaftsform ohne Krisen wollen, ohne den ständigen Menschenmord an Millionen, den kapitalistische Krisen verursachen, ohne Arbeitslosigkeit, ohne diesen Arbeitsstreß, ohne das quantitative Wachstum, für ein qualitatives Wachstum. Aber aus dem, was ich gerade mit den letzten Worten zum Ausdruck bringen wollte, sehen wir, daß wir deutlicher sagen können, was wir nicht wollen, auch angeben können, mehr in Form eines Idealzustands, was wir wollen, aber die Übersetzung des Wunschzustandes in die Schritte, die zu ihm führen und in seine "konkrete Denkbarkeit", um mit Bahro zu reden, dies ist eigentlich die schwierige Aufgabe.

Hierin liegt aber eine entscheidende Schwäche der sozialistischen Bewegung. Denn es ist gar keine Frage, daß die Kritik der bestehenden Zustände unabdingbar ist, und sie muß spezifisch sein, sie darf nicht nur global ausfallen, das ist eine Vorbedingung. Aber Sozialisten versäumen ein zentrales Politikum auch im Sinne der Abstraktion für noch nicht sozialistische Bevölkerungskreise, wenn sie ihnen nicht auch wiederum in einer konkreten Weise aufzuzeigen vermögen, wie denn der negative Zustand in einen positiven Zustand hin überwindbar ist. Denn, wenn ich heute ein bißchen was habe, das vielzitierte Häuschen im Grünen, dann will ich dieses nicht einfach verlieren für ein Wolkenkuckucksheim, das vielleicht edel aussieht und ganz paradiesische Züge trägt, das aber, solange mir die Verwirklichungschance überhaupt nicht einsichtig ist, wie die Taube auf dem Dach erscheint, welcher ich den Spatz in der Hand vorziehe. Deswegen ist es zentral, daß die Zwischenglieder zwischen dem kritisierten Zustand, der nicht haltbar ist unter menschlichen Gesichtspunkten und einem sozialistisch-humanen Zustand stärker ausgefüllt werden. Das ist eigentlich auch die zentrale Herausforderung von Bahro, daß er überhaupt den Mut hat, einmal an die Formulierung einer Alternative heranzugehen. Man kann die Notwendigkeit einer konkreten Alternative zum Beispiel an dem Thema Erhalt der Menschenrechte, über das Du gerade gesprochen hast, zu verdeutlichen suchen. Die Menschenrechte sind positive, aktive Rechte des Menschen, die sich in einer sozialistischen Gesellschaft verändern, sie sind nicht nur negative Abwehrrechte gegen einen übermächtigen Staat. Die freie Meinungsäußerung ist ein aktives Recht, ein Beteiligungsrecht, nicht nur ein abstraktes Recht, das wiederum primär Abwehrcharakter besitzt. Mit anderen Worten, die soziale Fundierung, die sozialistische Fassung dieser Menschenrechte verändert auch diesen Charakter von Abwehrrechten in Aktivrechte des sozialistischen Bürgers. Daraus kann man einen weiteren Hinweis für eine sozialistische Gesellschaft entnehmen, nämlich daß eine sozialistische Gesellschaft zweifelsohne eine dezentrale Gesellschaft sein wird, eine Gesellschaft, die im Grunde möglichst am Ort Entscheidungen fällt, daß es eine Gesellschaft sein wird, die keine zentrale Bürokratie kennen darf, weil in der zentralen Bürokratie notwendigerweise Delegation, Herrschaft, abstrakte Regelungen usw. den Vorrang haben. Wir sollten hinzufügen, daß auf Grund des Stands der Produktivkräfte, auf Grund des Stands der Technologien man an und für sich sagen kann, daß heute solche Dezentralisierung durchaus möglich wäre, nicht unrealistisch ist. Werden hier nicht vielfältige Möglichkeiten deutlich, an die wir bisher noch allzuwenig anknüpfen?

Leben ist nicht voll, ohne Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten

Gollwitzer: Meine Antwort wäre eine Ergänzung zu dem eben Gesagten und eine Anknüpfung an etwas, das wir vorher schon festgestellt haben, nämlich warum die Integrierung der individuellen Bedürfnisse in die politische Arbeit so wichtig ist. Es ist eine anthropologische Einsicht des Sozialismus, daß der Mensch nicht voll ist, daß Leben nicht voll ist, wenn es nicht in Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten stattfindet. Der Ausschluß aus der Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten bzw. die Reduzierung dieser Beteiligung auf Wahlen alle vier Jahre ist aber ein Kennzeichen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ein Kennzeichen mangelhafter Demokratie. Konkrete, gruppenbezogene politische Arbeit hat darum ihre große Bedeutung, weil in ihr – wie z.B. in den Bürgerinitiativen – dieser notwendige Vollzug von wirklichem Menschsein ein Stück weit eingelöst wird durch Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten. Wer da aussteigt, der muß wissen, daß er die Verkümmerung des Menschseins, die die kapitalistische Gesellschaft vollzieht, nun am eigenen Leibe selber vollzieht.

Damit stehen wir wieder bei den Problemen mit unserer politischen Praxis. Wir sind Minorität und stehen unter dem Schicksal einer "Avantgarde", die, was nicht anmaßend gemeint ist, sondern mehr ein Schicksal ist, mehr weiß als viele andere wissen, weiter sieht als viele andere sehen, den anderen dadurch voraus ist und vor der Frage steht, wie sie das den anderen vermittelt, und wie sie die anderen in die gleiche Bewegung bringt. Und dies, ausgeschlossen weithin von den Massenmedien bei uns, mit nicht entfernt den gleichen Informationsmöglichkeiten, die die Gegenmächte zur Verfügung haben! Wie also kann politische Aufklärung bei uns vorangetrieben werden? Wie kann sie so vollzogen werden, daß nicht unsere Resultate

Olle und Wolter

Neu im Februar:

Lutz Mez (Hrsg.)
Der Atomkonflikt
Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung im internationalen Vergleich
Eingeleitet von Robert Jungk
Berichte über BRD, Frankreich, Italien, Großbritannien, Schweden, Japan, USA, Osteuropa u.v.a.
ca. 300 Seiten, ca. DM 20,–

Theo Pirker
Die blinde Macht
Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik

Neuherausgabe mit aktuellem Vorwort des Autors!

Band I: Vom „Ende des Kapitalismus" zur Zähmung der Gewerkschaften
Band II: Weg und Rolle der Gewerkschaften im neuen Kapitalismus
Jeder Band ca. 320 Seiten, ca. DM 20,–

Norman Geras
Rosa Luxemburg
Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus
ca. 220 Seiten, ca. DM 18,–

Karl Marx
Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts
Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie
Mit Kommentaren von Rjasanov, Rabehl und Wolter
Erste vollständige Ausgabe in deutscher Sprache
244 Seiten, DM 19,80

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte 1918
Stenographische Berichte
Originalreprint A4-Format
220 Seiten, DM 24,80

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1000 Berlin 30

den anderen um die Ohren geklatscht werden, so daß sie nur abgeschreckt werden, sondern so, daß die anderen auf den Weg gebracht werden zu Denk- und Erkenntnisprozessen, von denen wir gewiß sein können, daß sie bei den gleichen Resultaten landen, die diese Prozesse bei uns zu Wege gebracht haben. Jedenfalls, da wir allen putschistischen Strategien, wie sie noch bei Lenin enthalten sind, abgesagt haben, ist es das Ringen um die Mehrheit der Bevölkerung, um Erkenntnisverbreiterung, so daß eine Mehrheit sich für den sozialistischen Weg ergibt. Diese Aufgabe ist schwer. Allerdings gibt es, dies sei nochmals an die Adresse der Resignierten gesagt, Ansätze. Heute ist die Erkenntnis der Brüche, der Schäden, der Fäulnis im kapitalistischen Gesellschaftssystem ungleich weiter vorgedrungen als noch vor zehn Jahren, obwohl es damals eine große Protestbewegung gab, und, ohne daß ich die Bürgerinitiativen überschätze, sind sie ein Phänomen, das wir damals bei den Anfangsüberlegungen des Sozialistischen Büros noch kaum zu träumen gewagt haben. Das sollte uns etwas optimistischer machen in der Frage, wie eine auf die Erzielung einer Mehrheit gerichteten Aufklärungsarbeit erzielt werden kann.

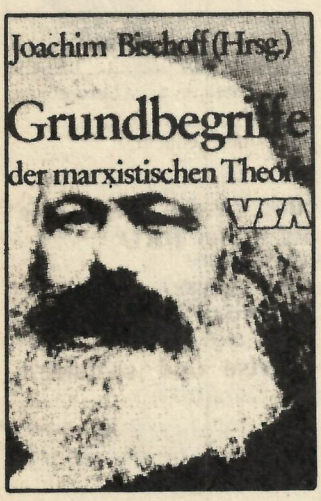
Politischer Kampf und persönliche Stärke

Laß uns mit einer ganz persönlichen Frage enden, die allerdings an das anschließt, was wir die ganze Zeit gesprochen haben. Wie schaffst Du es trotz so vielfältiger und verschiedener Anforderungen, Du selbst zu bleiben? Was machst Du, wenn Dich Enttäuschung und Resignation bedrücken? Denn Deine Stärke sind ja nicht blicklose Tollkühnheit oder Mangel an Angst und Sorge, sondern die Art, wie Du sie, anderen helfend, überwindest.

Gollwitzer: Wenn man, wie ich, erfährt, daß man anderen den Eindruck von Stärke, von Zuversicht, von unangefochtenem Kampfgeist macht, fragt man sich selbst: "Woher kommt der Eindruck, der sich mit dem, wie du wirklich dran bist, nicht notwendig deckt?" Selbstverständlich erfahre ich Anfechtungen, von denen wir gesprochen haben, sowohl intellektuelle wie psychische. Die Depressionen angesichts der Frage, ob die Barbarei schon so über uns hereingebrochen ist, ob alles vergeblich ist, das alles ist keinem von uns fremd, mir auch nicht. Wenn ich trotzdem offenbar den Eindruck mache, daß ich nicht schlapp mache, dann bin ich froh darüber. Und ich mache auch nicht schlapp, das hat sicher ganz bestimmte Gründe, etwa auch den Grund meiner physischen Gesundheit. Ich weiß nicht, wie ich dran wäre, wenn ich nicht so robust wäre. Da ist man sicher besser gerüstet für diese Anfechtungssituation. Ganz sicher trägt dazu auch bei, daß ich in intensiven sozialen Beziehungen stehe. Das beginnt beim Zusammenleben mit meiner Frau, die ein stabilisierendes Element, ein stärkendes, für mich ist, und bei dem intensiven Austausch, in dem wir stehen. Ebenso die übrigen sozialen Beziehungen, also viele Freunde und viele positive Erlebnisse mit Genossen, so daß ich individuelle Einsamkeitserfahrungen kaum empfinde. Es kommt noch etwas drittes hinzu, das ist mein Christsein und das, was ich sowohl an Aufforderung, an Stärke, an innerer Mobilisierung und an Ich-Stabilisierung dadurch erfahre, daß ich ein Hörer des Evangeliums bin, daß mir Jesus jeden Tag äußerst wichtig ist, daß ich nicht in den Wind schlagen kann alles, was von Gottes Liebe und Gegenwart gesagt wird, daß ich davon immer wieder einiges bis ins Psychische hinein erfahre, daß ich beten kann. Gut, das alles zusammengenommen könnte der Eindruck entstehen: du bist eben privilegiert, du bist viel besser dran als sehr viele andere. Auf diesen Einwand möchte ich antworten: Ich hoffe, daß das, was ihr in meinem Fall Stärke nennt, anderen zugute kommt. Und das scheint der Fall zu sein. Ist man selbst einigermaßen besser ausgerüstet für die Kämpfe des Daseins, dann kann das für andere ein Gewinn sein. Immer einige wieder sind – aus solchen Gründen, wie sie für mich gelten oder auch aus anderen Gründen – stabiler als andere, und an die halten wir uns in schwachen Momenten. Daraus folgt für mich in der gemeinsamen Arbeit von christlichen und sich nicht als christlich bezeichnenden Sozialisten: Erstens: Es mache keiner dem anderen die Quellen madig, aus denen der andere Stärkung und Orientierung für den gemeinsamen Kampf um eine menschenwürdige Gesellschaft empfängt. Zweitens: ich bin froh, wenn Genossen durch meine christliche Haltung, wie unvollkommen sie auch sein mag, aufmerksam werden auf das, was der durch die Christen so oft in Verruf gebrachte christliche Glaube für unser Leben, also auch für unseren politischen Kampf bedeuten kann.

Politische Literatur in der Diskussion:

Nicos Poulantzas
Staatstheorie
Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie
250 Seiten; Paperback; DM 22,—



Ein Handbuch zum Verständnis der kapitalistischen Gesellschaft.
250 Seiten; Paperback; DM 19,80

Immer noch Kommunist?
Erinnerungen des Arbeiters Paul Elflein; herausgegeben von R. Becker und C. Bremer 150 Seiten; Fester Einband; DM 16,80

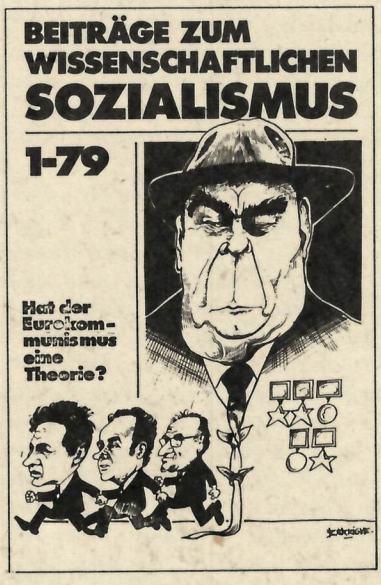
Heinrich Hannover
Klassenherrschaft und Pol. Justiz
Plädoyers gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD
320 Seiten; Fester Einband mit Schutzumschlag; DM 22,—

Bruno Trentin
Arbeiterdemokratie
Ein akt. Beitrag zur Diskussion über marxistische Gewerkschaftstheorie.
200 Seiten; Paperback; DM 18,—

Agnes Heller
Philosophie d. linken Radikalismus
Antworten auf Fragen, wie man denken, handeln und leben soll.
200 Seiten; Paperback; DM 18,—

Unser **Politisches Programm** führt nicht jede Buchhandlung. Wir weisen Ihnen eine Bezugsquelle nach!

VSA-Verlag, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26



176 Seiten; DM 9,—; Jahresabonnement (6 Hefte): DM 44,—

Heft 1-79 enthält Kommentare, Berichte und Artikel zu
— 91 Thesen der KPI
— Stahlarbeiterstreik
— Arbeitslosigkeit und Armut i.d. BRD
— IG Metall-Organisation und Mitglieder
— Balibar: Zum 23. Parteitag der FKP
— Linke Austeritätspolitik?
— Sozialreformismus in der Krise

Zwischen 2 Kinos

Von Michael Kötz

Foto: Basis-Film

1932.
Das Auto fährt durch eine gerade, ebene Allee. Vom Fond aufgenommen: der Schlotbaron, am Steuer, und neben ihm der Ingenieur.
Ingenieur: "Bei diesem Automobil zum Beispiel ist der vierte Gang für die hohen Geschwindigkeiten gemacht. Er ist dazu da, daß es eine glatte, breite Straße gibt, ohne Verkehr und Hindernisse. Wenn wir mit diesem Gang langsam fahren, stockt der Motor und bleibt stehen, er wird abgewürgt."
Hier wendet der Schlotbaron seinen Blick von der Straße und schaut den Ingenieur kurz an. Schließlich zieht der Mann am Steuer die Schlußfolgerung: "Was wir brauchen, ist eine glatte Bahn ... (er macht eine Handbewegung nach vorne) ... auf der es vorwärts geht, damit unsere Maschinen einen Auslauf haben."
Schnitt.
Jetzt nur noch der Kühler und die Straße, die unter ihm hindurchgleitet: das Widerspiegeln der Bäume am Straßenrand auf der glänzenden Kühlerhaube, auf der Umrandung des Scheinwerfers; und in der Mitte die Kühlerverzierung – ein Kugel, von der zwei Flügel ausgehen –, die sich ebenfalls spiegelt. Das Dröhnen des Motors, immer stärker werdend, nach dem Ende des Dialogs.
Schwarzfilm,
und weiter dieses Dröhnen, wie von einem Flugzeug, das dabei ist, von der Erde abzuheben. (Filmprotokoll von Peter Nau, erschienen im Verlag Filmkritik, München).
Ich brauche das Filmbild der nach vorn eilenden Luxuslimousine, der Straße, die dabei verschluckt wird, um verstehen zu können, was hier 1932 zum Ausdruck kommt, obgleich bisher das ganze Jahrhundert davon bestimmt ist: fortschreitendes Kapital. Ich verstehe im Kino mit den Augen.
Ich brauche das Bild für einen sinnlich werdenden Sinn. Was das ist?
Der Versuch, insbesondere historische Wahrheiten nicht gänzlich abzutrennen von dem, was die menschlichen Sinne dabei empfanden. Haruna Farocki hat den Film "Zwischen zwei Kriegen" in einige Kinos bringen können. 83 Minuten, 16 mm, schwarz/weiß, und eine Eigenproduktion aus den Mitteln aller Beteiligten, verlegt im Basis-Filmverleih, Berlin, Finkensteinallee 32. Die 'story' dieses Films ist die politische Ökonomie von Schwerindustrie, deutschem Faschismus, zwei Weltkriegen und dem Begriff der Zeit. Das Drehbuch schrieb Alfred Sohn-Rethel, indem er damals die Vorhaben und Aktivitäten der deutschen Schwerindustrie 'von innen heraus' studieren und protokollieren konnte.*
"Zwischen Zwei Kriegen" anzusehen, ist jede Mühe wert. Dieser Film kann dazu beitragen, daß wir etwas politisch Wichtiges lernen: den Mut, einen Gedanken zu fühlen, ein Gefühl zu denken.
Film überhaupt kann dazu dienen, daß wir praktisch umsetzen, was vielen Linken schon lange klar ist: die Form (besser der Marxsche Begriff der Formbestimmtheit) ist nicht bloßes Beiwerk des Eigentlichen. Die Art, in der wir vergangene und gegenwärtige Wirklichkeit zu verstehen und zu vermitteln versuchen, entscheidet darüber, ob die Erkenntnisse realistisch bleiben und ob die Wahrheiten, die wir berichten, zu Wirklichkeiten werden bei unseren Zuhörern.
Das Filmbild ist nicht einfach die Illustration eines Gedankens. Das Filmbild ist ebensowenig natürliches, einfach vorgefundenes Material. Das Bild behauptet ein Eigenleben. Die Abbildung ist immer nur ein Versuch, Wirklichkeit zu zeigen.
"Geschichten werden schon lange erzählt ... Materialistische Geschichten werden noch nicht lange erzählt, es fehlt nicht nur an Motiven, schon an den Werkzeugmaschinen der Phantasie überhaupt, Prototypen einer solchen Erzähl- oder Darstellungskunst zu entwikkeln ..." (Harun Farocki, Filmkritik vom November 1978).

Wir müssen das sogenannte Vermittlungsproblem ernst nehmen. Wir sollten die Abneigung der meisten Menschen gegen die Schule dabei unterstützen, wir sollten nicht versuchen, in Form und Art der Schule zu belehren. Die Menschen haben ganz Recht, wenn sie das ablehnen, wenn sie weghören, wenn sie lieber Lieder singen, wenn sie lieber Hollywood-Spielfilme, als sogenannte Aufklärungsdokumentarfilme sehen.
Die gesellschaftliche Realität ist gar nicht abgebildet, wenn die Träume und Phantasien fehlen in einem Film. These: Solange wir 'seriös' sein wollen als Linke, sind wir in den Augen derer, die wir ansprechen, vor allem Bildungsbürger. Solange die Menschen ihre Wunschbilder, Mythen, Phantasiewirklichkeiten nur in Fernsehserien, Schaufensterauslagen, Disco-Samstagen, Mittelmeerferien und F.J. Strauß'scher Erdverbundenheit aufbewahrt sehen, bleiben wir im wesentlichen wirkungslos. Zumindest das Flair des Abenteuertums sollten wir nicht dem 'Wilden Westen' überlassen, nur weil Kohl Terrorismus für abenteuerlich erklärt (was er nicht ist).
Ich will hier sagen, daß das Kino ein überaus nützlicher Ort zu sein vermag für eine Art der 'Aufklärung', die zugleich Zuneigung entstehen läßt für die wünschenswerte Wirklichkeit, für ein Gefühl möglicher Geborgenheit. Ein Kino schaffen also, das ganz anders als Hollywood, groß und stark wird, weil es sich der gesellschaftlichen Erfahrung der Menschen als Ganzer annimmt, nicht aufgeteilt, nicht gegliedert, nicht geordnet nach Wichtigkeit und 'Moral von der Geschicht', sondern sich nach allen Richtungen (auch der sogenannten unrealistischen) ausbreitend, mit der Machbarkeit der Realität spielend.
Ich erlebte mit "Zwischen Zwei Kriegen" einen Film, der mir Geschichte nahelegte (weil er mit der Zeit spielt), der mir Geschichte wirklich machte, dabei aber nie so tat, als sei er die Geschichte selber, der beispielweise, obwohl es doch um den Ernst und das Gewicht der deutschen Schwerindustrie geht, auf den Engel der Geschichte (ein 'Gedankenbild' Walter Benjamins) verweist, den er auftreten läßt in der Rolle einer Krankenschwester.
Ich erlebe, im Kino nicht getäuscht zu werden von vorgetäuschtem Leben, von gespielter Betroffenheit der Darsteller.
Und ich erlebe, wie in der Diskussion nach dem Film sich die meisten der links-intellektuellen Zuschauer über Abstraktheit und Leblosigkeit dieses Films beklagen. Als sei das Kino heute konkret und lebendig.
Den Film wirklicher machen also. Daran mitarbeiten.

**Alfred Sohn-Rethel, 1899 geboren, stand in den zwanziger Jahren mit Bloch, Benjamin, Kracauer und Andorno in Verbindung und gehört zu jener Tradition kritischer Marxisten, der viele von uns bis heute verpflichtet sind (vgl. sein theoretisches Hauptwerk: "Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis", Frankfurt 1970). Seit seiner Emigration im Jahre 1936 lebt er in England. Zuvor war er "als unerkannter Marxist in eines der inneren Aktionszentren des Finanzkapitals" gelangt: als wissenschaftlicher Mitarbeiter im "Mitteleuropäischen Wirtschaftstag e.V." in Berlin und Redaktionsmitglied der "Deutschen Führerbriefe" (einer Art Privatkorrespondenz des Finanzkapitals). Vgl. dazu den Beitrag in Kursbuch 21 (S. 17-35) und seine Aufsatzsammlung "Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus", Frankfurt 1973.*
Anmerkung der "links"-Redaktion

Mehr als Show-Busin

Die Nina-Hagen-Band

Foto: Günther Rakete

Die Nina-Hagen-Band wirbelt seit einigen Monaten mit Punk-Sound und schnoddrig-aggressiver Zunge durch die bundesdeutsche Rockszene. Die erste LP (im Oktober auf den Markt gebracht) findet reißenden Absatz. Mit der Geschwindigkeit eines Flächenbrandes verbreiten sich die Hagen-Töne in Fernsehen, Radio und Hitparaden. Die – meist jugendlichen – Zuhörer drängen sich in Musikschuppen wie Konzerthallen, um die Rocklady plus Kompagnons, (ehemalige Polit-Rockgruppe Lokomotive Kreuzberg) life zu erleben.

Ihre Musik hat etwas Faszinierendes, Süchtigmachendes, Sprengendes und Erschlagendes zugleich an sich. Im Life-Auftritt ist die Wahrnehmung streckenweise auf die voll ausgesteuerte Synthesizer-power des dröhnenden Punk-Rocks reduziert, das Hauptgefühl ein hämmerndes Boxen in der Magengrube; aber vielleicht müssen diese Grenzbereiche der Sinne erreicht sein, um überhaupt noch zuhören zu können.

Hier setzen die kritischen Inhalte von Nina Hagens Liedern an: Sexualität, Anmache, Drogen, Frausein, Einsamkeit treffen auf Alltagserfahrungen und Probleme von Jugendlichen und Verweigerern einer fragwürdigen Reife in dieser Gesellschaft, die oft in der rationalen Auseinandersetzung überhaupt nicht anzusprechen sind.

Mit hemmungsloser Offenheit "flippt" sie in die Grenzbereiche von bewußt erlebter Wirklichkeit, in die Träume, Wünsche, Spinnereien oder bringt den leise tötenden Alltagstrott wie die verdrängten Bedürfnisse brutal auf den Punkt. Ihre Sprache ist ein Gebräu von Gassenjargon, Berliner Schnauze, Comic-Sprüchen und Parolen und macht der aufbegehrenden Intention der Texte alle Ehre.

Nina Hagen präsentiert nicht nur Musik und Sprache, sondern sie spricht auch mit ihrem Körper: Ein Energiebündel im Totaleinsatz. In schwarzer hautenger Hülle, kohliger Gesichtsschminke strahlt sie aggressiv-lüsterne Beweglichkeit aus. Sie ist Maske, Magierin im Umgang mit ihrem Frausein, schwankend zwischen Rockerbraut, Lesbierin und Bankmackerin. Wer ist sie: eine Persönlichkeit "vom anderen Ufer" oder eine geschickte Vermarkterin ihres Könnens?

Ihre bisherige Geschichte: Als "anständig" sozialisierte DDR-Jugendliche (aktiv bei den Thälmann-Pionieren und in der FDJ) kam sie vor mehr als zehn Jahren durch Wolf Biermann (ihren quasi Stiefvater) mit Musik und einer kritischen Einstellung gegenüber dem "Sozialismus" in Berührung. In ihren früheren Erfahrungen als Sängerin in Bands orientierte sie sich stark an der westlichen Musik und traf damit die Bedürfnisse und Stimmung der DDR-Jugendlichen; jedoch fühlte sie ihre Entfaltungsmöglichkeiten sowohl in inhaltlicher wie in musikalischer Richtung sehr eingeschränkt. Sie wird 1976 ausgebürgert. In der BRD baut sie an einem Programm, sie versucht, musikalisch zu lernen, wo sie kann, orientiert sich an verschiedenen Punk- und Reggae-Gruppen und findet Kontakt zur Londoner Frauenrockband "The Slits".

Neue Broschüren – Arbeitsfeld Schule

2000 ★ Verlag

Informationsdienst Schule, Heft 35
Schwerpunktthema: "Umgang mit Faschismus",
104 Seiten, broschiert, DM 7,--

Von den Lehrern wird erwartet, die Problematik des Neofaschismus im Unterricht zu behandeln, obwohl die Erweiterung des Begriffs "Faschismus" unter Einbeziehung heutiger gesellschaftlicher Entwicklungen bisher nicht geleistet wurde. Bei dem Unterrichtsthema "Neofaschismus" treten zwangsläufig politische Konflikte auf, da hier Fragen wie Berufsverbote, Abbau demokratischer Rechte, Polizeischutz für neonazistische Aufmärsche und Kundgebungen, Prozesse gegen antifaschistische Demonstranten und ähnliches nicht auszuklammern sind.

Die Beiträge dieses Hefts berühren historische Aspekte des Faschismus wie auch aktuelle Erscheinungsformen faschistoider Tendenzen in Schule und Alltag. Sie beschreiben Versuche einer Bewältigungsstrategie für Lehrer und Schüler.

Neben dem Schwerpunktthema behandelt der Informationsdienst: Berliner GEW, Arbeitsfeld Schule in Bayern, Lehrerstreik in Peru und Schulversuch Glocksee.

Reihe Roter Pauker, Heft 16
Renke Maspfuhl/Heiner Studt
SCHÜLERÖFFENTLICHKEIT – ROSTA-FENSTER UND SCHABLONENDRUCK –
72 Seiten, zahlreiche Abbildungen, DM 6,--

Mit der vorliegenden Broschüre soll eine Anregung gegeben werden, wie Schüler mit einfachen Mitteln und in relativ kurzer Zeit ihre Interessen medienvermittelt artikulieren können. Näher behandelt wird dabei eine einfache Vervielfältigungstechnik, der Schablonendruck. Neben technischen und methodischen Anleitungen formulieren die Autoren auch Gesichtspunkte des grundsätzlichen Wozu und Warum praktischer Medienarbeit.

Im einem Beitrag über ROSTA-Fenster – im Schablonendruck erstellte Bilderfolgen mit jeweils einer Unterzeile – werden historische Entstehungsbedingungen dieses Mediums in der Bürgerkriegszeit nach der russischen Revolution deutlich. Damals herrschte ein materieller Mangel, der die Verwendung der avanciertesten Vervielfältigungstechniken ausschloß und auf die Entwicklung einfacherer, deswegen aber keineswegs unkünstlerischer Medien wie der ROSTA-Fenster verwies. Der Rückgriff auf einfachere, unmittelbarere Techniken kann vielleicht gerade heute künstlerischer und politischer Anstoß sein.

Diese, mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen versehene Broschüre eignet sich nicht nur für den Schulalltag, sondern ist auch für Sozialarbeiter und Bildungsarbeiter brauchbar.

★

Roter Termin-Kalender

Solidaritätsveranstaltung "Iran"
3. Februar in Gießen
Die hessischen Studentenschaften bereiten Arbeitsgruppen mit folgenden Themen vor: Beziehungen Iran – BRD, aktuelle Entwicklung in Iran, Bedeutung der religiösen Auseinandersetzungen, Rolle der Frauen, Ausweisung von Oppositionellen aus der BRD. Für den Abend ist ein umfangreiches Kulturprogramm vorgesehen.

"Demokratische Praxis im Schußfeld"
Fachtagung des Sozialpädagogischen Zusatzstudiums (SPZ)
9. und 10. Februar in Hamburg
Das SPZ soll nach Plänen der Universitäts-Verwaltung umstrukturiert werden. Auf der Strecke bliebe ein Lehrkonzept, das an den Interessen der Betroffenen ansetzt. Mit der Fachtagung "Demokratische Praxis im Schußfeld" (gearbeitet wird in 8 Projektgruppen. Jugend, Alte, Knast, Ausländer, Industriearbeit etc.) soll ein Beitrag zum Erhalt des SPZ geleistet werden. Die Tagung beginnt am Freitag um 19.00 in den Räumen des Martin-Luther-King-Hauses, Grindelallee 9

Arbeitstagung über Polizeimaßnahmen, -entwicklung und -gesetzgebung
10./11. Februar in Mainz
Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz und die Ev. Studentengemeinde AK "Innere Sicherheit" aus Mainz veranstalten diese Tagung in der ESG, Am Gonsenheimer Spieß 1; nähere Informationen: Ekkehard Waldaestel, Dahlmannstr. 10, 6 Frankfurt 60

2. Intern. Erlanger Videotage
15.-18.2. in Erlangen
Thema: Dokumentarisches Arbeiten. Eingeladen sind Filmdokumentaristen, Videogruppen, Mitarbeiter der Fernsehanstalten und Publizisten.
Nähere Informationen: Uni Erlangen, Theaterwiss. Abt. z.Hd. Jörg Witte, Bismarckstr. 1, 852 Erlangen 1

Regionalseminare "Zur Auseinandersetzung mit Bahros Alternative"

- **2./3. Februar in Marburg**
Nähere Auskünfte: Reinhard Fenchel, Tel. 06421/29890

- **24./25. Februar in Duisburg**
Das ursprünglich für den 17./18.2. in Essen vorgesehene Seminar ist verlegt worden; weitere Auskünfte: SB Duisburg/Mühlheim c/o Wohngemeinschaft, Düsseldorferstr. 128, 433 Mülheim, Tel. 0208/481229

"links"-Redaktionskonferenz
Thema: "Ökologie"
24./25. Februar in Hannover im Pablo Neruda-Haus
Anmeldung an: Sozialistisches Büro, Postfach 591, 605 Offenbach 4

Plakat-Ausstellung
Repression – Made in Germany
bis 24. Februar in Westberlin
Die Rotation-Galerie (Pfalzburgerstr. 72) zeigt in einer politisch-didaktischen Ausstellung sämtliche Entwürfe, die anläßlich des Plakatwettbewerbs zum III. Internationalen Russell-Tribunal eingegangen sind.

Methoden in der Sozialarbeiter-Fortbildung
9.-11. März in Westberlin
Anmeldung: Krista Reinhardt c/o Euser, Bürknerstr. 6, 1 Berlin 44

Behinderte – Nichtbehinderte
16.-18. März in Frankfurt
In dieser ebenfalls vom Arbeitsfeld Sozialarbeit vorbereiteten Tagung sollen folgende Themen in Arbeitsgruppen diskutiert werden: Arbeitssituation von Behinderten, Sexualität, Politische Tendenzen im Behindertenbereich, Gemeinsames Wohnen von Behinderten und Nichtbehinderten. Anmeldung: Arbeitsfeld Sozialarbeit, Postfach 591, 605 Offenbach 4

s? Von Jutta Rücker und Michael Gotthelf

Der stark verwurzelte Widerstand gegen die Normen des DDR-Kulturbetriebs, der nur allzu schnell jede Form von Aus- und Aufbruch auch in der Musik als bürgerliche Dekadenz diskriminiert, bestimmt sicherlich den radikalen musikalischen Stil, den Nina Hagen jetzt vertritt. Ein Stück weit liegt darin eine Mystifizierung einer entfesselten Musik. Sie hat für sich gründlich die Vorstellung abgeschminkt, daß Lieder mit nur kritischem Inhalt – ohne eine aufbrechende Form – irgendetwas verändern können. Sie bezieht das Bedürfnis vieler Jugendlicher nach totaler Behämmerung mit ein und versucht darüber überhaupt erstmal ins Bewußtsein einzudringen.
Dennoch ist ein solches Ziel mit Widersprüchen gespickt, und es finden sich viele Momente von Anpassung darin; zum Beispiel die Frauenlieder können außerhalb des Ursprungs in einer Bewegung schnell auf dem Bedürfnismarkt verramscht werden und zum Modegag verkümmern.
Inwieweit die von Nina Hagen verwendeten Texte nicht Teil einer geschickten Marketingstrategie sind, die das bei Linken ebenso vorhandene Identifizierungsbedürfnis abdecken und damit neue Käuferschichten erschließen will, bleibt offen. Das aggressive Artikulieren emotionaler Bedürfnisse, in denen frau/man sich wiederfinden kann, verpackt in gekonnt produzierter Rockmusik, findet auf jeden Fall auch bei kritischeren Musikkonsumenten Anklang.
Zweifel tauchen erst auf, wenn man den hinter der Musik stehenden "Produktionsapparat" betrachtet. Ist man die Wahl traditioneller Plattenfirmen ja bereits durch andere engagierte Künstler gewöhnt – bei Nina Hagen handelt es sich um denselben amerikanischen Plattenproduzenten wie bei ihrem Berater Biermann – so verwundert doch die Zusammenarbeit mit der professionellen Konzertagentur Mama auf Kosten linker Veranstalter, wie auf der ersten "Promotionstournee" der Hagen Band im Herbst. Hatte man zuerst verkündet, man wolle vor allem des Publikums zuliebe in Clubs und linken Kneipen gastieren, so entschied man sich bei den zwei in Frankfurt geplanten Konzerten kurzfristig anders, sagte die in der Frankfurter Alternativkneipe angesetzten Auftritte ab und beauftragte die Mama-Konzertfirma mit der Durchführung des Konzerts in der mehrere tausend Zuschauer fassenden Offenbacher Stadthalle.

Was veranlaßte die Hagen Band zu diesem Schritt?

Die Frankfurter Spontis hatten sich erdreistet, sich über den vom Hagen-Management vorgelegten Vertrag, der unter anderem vorsah, wieviel Liter Saft, Milch, Kaffee usw., der Band unbedingt zur Verfügung zu stehen habe, zu mokieren. Der noch ganz liebevoll witzige Hinweis, daß man nicht genau wisse, ob man die geforderte Milch liefern könne, da die Hauskuh zur Zeit auf der Weide zugange sei, hatte die formelle Kündigung des Vertrags von Seiten der Schallplattenfirma zur Folge. Erste Anzeichen einer gezielt betriebenen Vermarktungsstrategie oder ein versehentlicher "Ausrutscher"?

Sicher bietet eine etablierte Plattenfirma allein schon durch ihr besseres Vertriebsnetz eher die Gewähr, ein breiteres Publikum zu erreichen. Sicher bedeuten Großauftritte in Konzerthallen auch für das Publikum ein gewisse Verbesserung. Wer die Hagen-Auftritte in Clubs miterlebt hat, kann davon ein Lied singen: Gedränge, miese Akustik, vom hinteren Teil des Saals aus läßt sich die Bühne kaum erkennen und mehrere hundert potentielle Konzertbesucher kommen nicht einmal in diesen "Genuß". Sie stehen draußen vor der Tür. Akzeptiert man allerdings diese "äußeren Zwänge" und die damit zusammenhängenden Bedingungen, so wirken für das linke Publikum bestimmte Sprüche aufgesetzt und unehrlich: "Wir sind nicht wie Udo L., jedes Jahr 'ne Deutschland-Tournee mit Großauftritten, jedes Jahr 'ne LP! Wir lassen uns nicht so vermarkten ..."

Die Hagen & ihre Crew werden sich entscheiden müssen, welchen Weg sie gehen wollen. In der Praxis Udos profitträchtigen Fußstapfen folgen, sich verbal aber als die große Alternative preisen, dürfte auf die Dauer ihre noch zahlreichen und begeisterten Fans verprellen.

Deutschland – ein Wintermärchen

Von H.E. Brand

Fernsehen und Rundfunk brachten packende Frontberichte. An die Stelle des Kampfes gegen den Terrorismus trat vorübergehend der Großangriff gegen die Schneemassen. Ein Volk war wieder einmal aufgerufen, in der Stunde der Not zusammenzustehen. Während die alltägliche Katastrophe – Abgase aus Millionen von Autoauspuffen, radioaktive Emissionen der Atomkraftwerke, Giftausstöße der chemischen Fabriken usw. – zur Bagatelle, zur Normalität reduziert wird, wurde das Natürliche – Schnee und Eis im mitteleuropäischen Winter – zum Außergewöhnlichen, zur Katastrophe dramatisiert.

Unser Mitarbeiter kurz vor Flensburg dpa

Zwischen Weihnachten und Neujahr schob sich die Schneefront Kilometer um Kilometer südwärts vor. Während die Bundeswehr in Schleswig-Holstein bereit stand, eine erwartete Springflut zu bekämpfen, fiel hinter ihrem Rücken der Schnee ein. Als sie darauf reagierte, war es bereits zu spät: eingeschneit wie damals in Rußland.

Zweifellos erreichte der Wintereinbruch hier und dort – insbesondere in ländlichen Teilen Schleswig-Holsteins – Katastrophenausmaß. Doch daß das so war, hat wesentlich auch mit der vom Kapitalismus durchgesetzten technisierten und zentralisierten Infrastruktur zu tun. Selbst der entlegenste Hof ist heute von zentralisierter Stromzufuhr abhängig – von der Heizung der Wohnung bis zum Überleben der Tiere. War früher das Durchstehen eines strengen Winters auf Grund vielfältiger Vorsorgemaßnahmen, anderer Formen der Tieraufzucht und relativ autonomer Organisation des bäuerlichen Lebens eine Selbstverständlichkeit, so ist den Bauern diese Autonomie in den letzten Jahrzehnten zunehmend genommen worden. Nicht daß damit die Rückkehr zur "guten alten Zeit" proklamiert werden soll: Der Weg kann nur in eine andere Richtung führen – Wiederherstellung relativer bäuerlicher Autonomie auf der Basis einer ökologisch bewußt eingesetzten dezentralen Technologie.

Die negativsten Seiten der Abhängigkeit von einer hochzentralisierten Infrastruktur waren in diesen Tagen allerdings nicht nur in den von Schneemassen besonders betroffenen ländlichen Gebieten spürbar. Autobahnen und Straßen sind zu einem Lebensnerv dieses Systems geworden. Doch schon Schnee und Glatteis können ihre Funktionsfähigkeit in Frage stellen. Unabhängigkeit von der Natur durch deren totale Unterwerfung – dies ist einer der Pfeiler, auf denen der Anspruch basiert, jedes Risiko hinsichtlich der Erreichung des Ziels, das reibungslose Funktionieren des Systems zu gewährleisten, auszuschalten.

Wo der Sieg über den Schnee einmal mißlingt, fahren die Feldherren beim nächsten Mal noch schwerere Geschütze auf. Eskalation der Materialschlacht, mehr Bundeswehr, effektivere Überwachung der Natur, besseres Frühwarnsystem – in derartigen Kategorien werden die künftigen Siege über die Natur bereits heute gefeiert. Ökologische Kriterien gibt es für derartige, generalstabsmäßig vorgetragene Großangriffe nicht. So droht der anvisierte Sieg über die Natur neue, zerstörerische Konsequenzen nach sich zu ziehen. Nur ein Beispiel – stellvertretend für tausend ähnlich verhängnisvolle Kreisläufe.

Um die Straßen benutzbar zu halten, werden in der BRD bei Schnee und Eis täglich Zigtausende Tonnen Salz gestreut, die die Strekken in Matschpisten verwandeln. Salz, das nicht nur Autos, Schuhsohlen und Hundepfoten, Straßenpflaster und Gehwege zerstört, sondern auch den Boden, die Pflanzen, das Grundwasser und die Flüsse und schließlich auch uns selbst vergiftet. Was wiederum die Verstärkung aufwendiger Abwehrmaßnahmen erfordert, die selbst wiederum die Erweiterung der vorhandenen Industriekapazitäten, verstärkten Rohstoffabbau, neue Infrastrukturmaßnahmen usw. bedingen, die ihrerseits – obwohl zur Bekämpfung ökologischer Schäden betrieben – die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts weiter vorantreiben ...

So war die wahre Katastrophe, die zwischen Weihnachten und Neujahr begann, vielerorts weniger der Schnee als der Kampf gegen den Schnee. Viele haben sich allerdings – soweit sie nicht zu den besonders Betroffenen zählten – diesem Kampf gegen die Natur verweigert, haben diese Tage genossen, statt sich der behördlich verordneten Notstandsübung zu unterwerfen. Wir saßen beispielsweise tagelang eingeschneit am nördlichen Stadtrand von Hamburg, machten Spaziergänge durch winterliche Parks, fanden endlich einmal Zeit, uns aufeinander zu beziehen, Zeit, etwas gemeinsam zu tun, einmal nicht gehetzt zu sein. Erst nach Tagen hörte jemand zufällig Nachrichten im Radio: wir saßen mitten in der KATASTROPHE.

Viele machten ähnliche Erfahrungen. Sie waren zufrieden, einmal ein wenig aus der Alltäglichkeit auszubrechen und Situationen zu erleben, die nicht vorgeplant und vorbestimmt waren. Sie freuten sich darüber, einige Tage nicht pünktlich zur Arbeit zu können oder den Arbeitsplatz überhaupt nicht zu erreichen und dafür nicht diszipliniert zu werden.

Bedroht fühlten sich in dieser Situation vor allem die, denen es um die totale Verplanung des Menschen geht, die das gesamte gesellschaftliche Leben kalkulier- und kontrollierbar zu machen versuchen und die auf die endgültige Unterwerfung der Natur setzen. Der Schnee brachte das alles einen Augenblick durcheinander. Viele haben es genossen. ★

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. • Druck: hbo-druck Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Drucksache "Spendet für den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds" mit anhängender Zahlkarte; Spendenaufruf "Die Arbeiter in Iran untersützten!" mit anhängender Zahlkarte; Prospekt "Broschüren des SB – Winter 1978/79"; Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!".